

- 1 Die deutsche Opposition in Südtirol
- 4 Der Fall des Partisanen Hans Pircher
- 7 Zur Verschulung der österreichischen Universitäten
- 8 Ist die Studentenrevolte in die Hosen gegangen?
- 9 Prof. Schupp und Freiheit der Wissenschaft
- 11 Bildungsplanung in Südtirol
- 13 Nicht nur Arbeitsplätze verteidigen – auch neue schaffen
- 16 Das Lehrlingswesen in Südtirol
- 20 Decreti delegati
- 23 Das Südtiroler Kulturzentrum
- 24 Sozialkritisches Volkslied
- 26 Zum Thema Abtreibung
- 27 In eigener Sache

nummer 2

**skolast**

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - juli 1975 - 20. jahrgang

# Promotionen

BERGER Josef Franz, St. Walburg/Tirol	Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.
BERNARD Erich, Kallern	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Technische Chemie an der Technischen Hochschule Graz. Diplomarbeit: „Vergleichende Untersuchung der Gieß-Metallurgie von 1,4-Polyisopren- und 2-Methyl-2-Penten“.
BRESCIANI Adelfinde, Sterzing	Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Innsbruck.
BUSSETTI Hansjörg, Lana	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
CONSTANTIN Franz, Brives	Promotion zum Doktor der Philosophie (Psychologie) an der Universität Salzburg. Dissertationsthema: „Die visuelle Wahrnehmung und Visuomotorik bei Kindern mit leichten zerebralen Bewegungsstörungen“.
DEMETZ Ernst, St. Ulrich	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
DIETL Gerhard, Stüfs	Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Landwirtschaft) an der Hochschule für Bodenkultur Wien.
DÖRMANN Walter	Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Der Bergbau im Raum Klausen“.
EGGER Reinhold, Meran	Promotion zum Doktor der Pharmazie an der Universität Florenz.
ENGL Jakob, Terentien	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.
FISCHER Hubert, Partschins	Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Bauwesen) an der Universität Innsbruck.
FLEISCHMANN Konrad, Lana	Promotion zum Doktor der Philosophie (Psychologie) an der Universität Salzburg.
GASSER German, Wölflein	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
GRUBER Veronika, Kurtatsch	Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Innsbruck.
GÜLLER Alois, Felders	Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Bauwesen) an der Technischen Hochschule Graz.
GURSCHLER Siegfried, Schnais	Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Architektur) an der Universität Innsbruck.
HARPF-KOFLER Ursula, Brixen	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck.
HEISS Josef, Sarntheim	Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona.
HILLEBRAND Alois, Tisens	Promotion zum Doktor des Kirchenrechts an der Päpstlichen Universität Gregoriana Rom. Dissertationsthema: „Die rechtlichen Strukturen der Armut im Kapuzinerorden.“
HOLZER Heinrich, Lappach	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Hochschule für Welthandel Wien.
JANEK Reinhold, Kastelruth	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die fünfzehn Hörspiele Günther Eichs - Gestalten und Realitätenverhältnis“.
JANEK-FERKMANN Terry, Kastelruth	Promotion zum Doktor der Literarischen Fächer an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Motivvariationen in Arturo Schmitzlers Einakterzyklus Anatol, Lebendige Stungen, Marionetten, Komödie der Worte“.
KAUFMANN Reinhold, Bozen	Promotion zum Doktor der Philosophie (Germanistik) an der Universität Innsbruck.
KLEM Johann, Aigund	Promotion zum Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Verona.
KOFLER Alois, Sarntheim	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Das Prinzip der Mündlichkeit im deutschen, österreichischen und italienischen Zivilprozess - Versuch eines Vergleiches“.
KUSSTATSCHER Josef, Villanders	Sponsion zum Magister der Theologie an der Universität Innsbruck.
LEITGEB Adelheid, Brixen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
MAURBERGER Sr. Anna Teresa, Bozen	Promotion zum Doktor der Philosophie (Germanistik) an der Universität Innsbruck.

# Die deutsche Opposition in Südtirol

Eva Klein

Wie steht es um die deutschen Oppositionsparteien in Südtirol? Welches sind ihre Programme für die weitere Zukunft und welches ihre Chancen, zunehmend im Lande Fuß zu fassen, nachdem die Südtiroler deutscher Muttersprache seit Kriegsende oder besser gesagt seit der faschistischen Machtübernahme in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts an ein Einparteiensystem gewöhnt waren, das durch einige Versuche, dieser Einheitspartei eine Opposition gegenüberzustellen, nur vorübergehend gestört, nicht aber wirklich unterbrochen worden war?

## Erste Anzeichen einer Opposition

Theoretisch müßten die Aussichten der Opposition nach der Annahme des sogenannten Paketes gut sein, auch weil damit eines der Hauptargumente der Südtiroler Volkspartei zugunsten ihrer Monopolstellung gegenüber Rom gefallen ist. Darüberhinaus haben sich die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in Südtirol im Laufe der Zeit geändert, weswegen vor allem links von der SVP Platz für eine Opposition sein müßte. Doch in einem bis vor kurzem vorwiegend von der Landwirtschaft gekennzeichneten sozioökonomischen System geht jede gesellschaftliche und politische Umstrukturierung langsam vor sich. Werfen wir also vorerst einen Blick auf die Vorgeschichte der Opposition in Südtirol.

Die als Sammelpartei kurz nach Kriegsende 1945 gegründete Südtiroler Volkspartei hat sich die Erhaltung der Volksgruppe und den Kampf um ihre Rechte in Rom und auf internationaler Ebene als vorerstes Ziel ihrer Tätigkeit gesetzt, wobei andere Interessen zumindest in den Hintergrund gerückt und zum Teil jahrelang vernachlässigt worden sind. Um diese volkstumpolitischen Ziele zu erreichen, bedürfte es der Geschlossenheit der Südtiroler gegenüber Rom, erklärte die SVP und fand mit einigen Ausnahmen so lange Glauben und Unterstützung, bis diese Ziele mit der Annahme des Paketes, das heißt eines neuen, erweiterten Autonomiestatuts, erreicht waren.

Die ersten Oppositionsversuche wurden durch die Verschärfung und Ausartung des Volkstumskampfes in Bombenterror und Sprengstoffattentate verursacht. Nicht alle waren mit diesem Gang der Dinge einverstanden. Bereits im September 1961 vereinigte sich Exponenten der SVP in einer moderierten parteiinternen Gruppe, die nach ihrem Programm „Aufbau“-Richtung benannt wurde. 1964 war ein letztes Mal von dieser Richtung die Rede, als es hieß, drei ihr angehörende SVP-Gemeinderäte, darunter der „Dolomiten“-Chefredakteur Toni Ebner, seien von ihrem Amt zurückgetreten, um als Exponenten einer „zweiten Südtiroler Partei“ bei den Regionalratswahlen im Herbst zu kandidieren.

Einen weiteren Versuch unternahm Dietrich Graf Wolkenstein senior im August 1961 mit der Gründung der Südtiroler Dableiber-Partei, die er etwa

ein Jahr später in Südtiroler Demokratische Partei umbenannte. Dieser Parteigründung war kein allzu großes Glück beschieden, die SDP nahm an keinen Wahlen teil.

Bereits vorher, und zwar anfangs 1961, war eine Sozialdemokratische Partei Südtirols gegründet worden, deren Exponenten sich kurz vor den Parlamentswahlen 1963 in undurchsichtige Affären verstrickten und auch dadurch bei den Wahlen, an denen sie teilnahmen, erfolglos blieben und dann in Vergessenheit gerieten. An den erwähnten Wahlen nahm als unabhängiger Kandidat für den Senat der erste Generalsekretär der SVP, Altsenator Dr. Josef Raffener, teil, und erzielte mit über 15.000 Stimmen einen beachtlichen Erfolg, den er den Anhängern des Aufbaus zu verdanken hatte. Die Stimmen reichten nicht für einen Sitz, doch gründete Raffener im September des gleichen Jahres die als rechtsstehende Oppositionspartei zur SVP klassifizierte „Tiroler Heimat-Partei“ und kandidierte für die Regionalratsbeziehungswise Landtagswahlen, wobei er mit über 5.000 Stimmen ein Mandat errang und bis zum Ende der Legislaturperiode innehatte. Die Partei selbst ging nach inneren Krisen etwa 1967 ein.

Die einzige der damals gegründeten und heute noch bestehenden Oppositionsparteien ist die Soziale Fortschrittspartei Südtirols (SFP). Sie hatte ihren Ursprung in dem von damaligen SVP-Landtagsabgeordneten Dr. Edmunt Jenny im Jänner 1965 gegründeten „Südtiroler Arbeitskreis für sozialen Fortschritt“. In diesem Arbeitskreis entfaltete Jenny eine Tätigkeit, die im April 1966 zu seinem Ausschuß aus der SVP und zur Gründung der SFP führte.

Letzter Anlaß zum Ausschuß Jennys aus der SVP war ein Rundschreiben des Arbeitskreises, in dem die Politik der SVP kritisiert und schon damals eine Reform der Verwaltung, eine bessere Koordinierung der verschiedenen Ämter, eine Vereinfachung des bürokratischen Aufbaus und eine langfristige Planung auf allen Gebieten gefordert wurde, die wirklich allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen sollte, und nicht nur gewissen Funktionären oder wirtschaftlichen Privatgruppen. „Es ist notwendig, daß wir uns von den überholten

Lebensformen und von den patriarchalischen Einstellungen lösen und die gesellschaftliche Umstellung vorbereiten“, heißt es in dem Rundschreiben wörtlich. In diesem Umbruch erstünden den Schichten, für die politisch, sozial und wirtschaftlich Platz gemacht werden müsse für Südtiroler Industriearbeiter, Eisenbahner, Beamte, Techniker und Jung-Akademiker.

Im Zusammenhang mit den Gewerkschaften hieß es in dem Rundschreiben, das als eine Art programmatische Erklärung, die noch heute ihre Gültigkeit hat, angesehen werden kann, man werde „in Zukunft zwischen Politikern unterscheiden müssen, die aus Propagandagründen viel von sozialen Fragen reden und nichts dafür tun, und solcher, die nicht zögern, in den Gewerkschaften aus fadenscheinigen Gründen die Einheit der Südtiroler Arbeiter zu spalten (gemeint war die von der SVP betriebene Gründung des ASGB), und die sozialen Probleme als karitative Aufgabe und als Wahlschlager betrachten.“

Schließlich wurde damals von Jenny die Notwendigkeit betont, die Beziehungen zu den italienischen Parteien zu überprüfen, die „von führenden politischen Kreisen Südtirols“ ständig geübt, einseitige Anpassung an die „angeblich weltanschaulich bestehende DC und ganz besonders an den in Trient maßgebenden konservativen Flügel der Partei“ habe dem Südtiroler Volk schon „schwere Enttäuschungen und Rückschläge eingebracht“, heißt es in dem im April 1964 veröffentlichten Dokument.

Im Verlauf der Diskussion über die Haltung des Arbeitskreises und Jennys warf der „Dolomiten“-Direktor Toni Ebner seinem damaligen Nachfolger im Parlament, Hans Diel (dem später das gleiche Schicksal wie Jenny beschieden war), vor, ohne die notwendige Klärung im Schoße der Partei abzuwarten, den Fall Jenny hochzuspielen, „als ob er einem Bruche in der Sammelpartei Vorschub leisten wollte“. Diel selbst gab seinem damaligen Parteikollegen Jenny zu verstehen, daß „auch in der SVP bestimmte demokratische Spielregeln befolgt werden müssen“. Das kurz darauf zusammengesetzte Schiedsgericht der SVP dekretierte den Ausschuß Jennys aus der Partei, was diesen jedoch nicht dazu bewog, auf sein Landtagsmandat zu verzichten.

**SFP: für ein modernes, freies und fortschrittliches Südtirol**

Die Soziale Fortschrittspartei (SFP) trat in ihrem ersten Programmtext

für die Erleuchtung einer autonomen Region Südtirol ein, für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die allen Südtirolern Arbeit und Wohlstand sichert und der Abwanderung Einhalt gebietet und für ein modernes, frohes und fortschrittliches Südtirol. Die Hismburger „Welt“ kommentierte den Fall Jenny unter anderem folgendermaßen: „Die SVP sieht nach der Partei-Neugründung immer mehr ihren ursprünglichen Charakter als Sammelpartei aller Südtiroler gefährdet. In ihren Reihen wird es von jetzt an kaum noch ernst zu nehmende Gegengewichte zu den führenden national-konservativen und katholischen Kräften geben. Die liberal eingestellten Kreise des Bürgertums haben sich zum großen Teil entweder ganz aus dem Parteilieben zurückgezogen oder sich der Südtiroler Heimatpartei des ehemaligen Senators Raffener angeschlossen“.

Im Verlaufe des Jahres 1966 traten drei SVP-Gemeinderäte zur SFP über, unter ihnen der derzeitige SPS Landtagsabgeordnete Alfons Rigotti aus Kaltern und der heutige SFP-Gemeinderat von Bozen, Dr. Luis Lunger. Die Partei nahm nach einigen internen Schwierigkeiten erfolglos an den Parlamentswahlen im Frühjahr 1968 teil, bei denen sie 5.549 Stimmen und keinen Kammerstimm errang.

Kurz zuvor hatte der erste Landeskongress der SFP in Bozen stattgefunden, an dem 50 Delegierte teilnahmen und Grußworte der SPÖ überreicht wurden. Dabei ließ es im Hinblick auf die bevorstehende Wahl, dies sei zum erstenmal seit 50 Jahren wieder eine echte Wahl. Kurz vor den Wahlen hatte auch die bayrische SPD während eines Südtirolbesuchs offiziell Kontakt mit der SFP aufgenommen.

Fehl schlug der nächste Versuch Jennys, bei den Landtagswahlen im Herbst 1968 sein für die SVP vor vier Jahren errungenes Mandat für die SFP beibehalten zu können. Er erhielt 5.329 Stimmen; einige hundert mehr hätten für ein Restmandat gereicht.

Die SVP frohlockte, obwohl der deutschen Volksgruppe damit ein Mandat verloren ging. Bei den Gemeindevahlen 1969 gelang es der Partei Jennys, in den 17 Gemeinden, in denen sie an den Wahlen teilnahm, 3.672 Stimmen und 24 Gemeinderäte zu erringen.

Beim dritten Landeskongress, an dem 115 Delegierte und Gäste aus Österreich und Bayern teilnahmen, konnte man verkünden: „Wir sind eine politische Realität“. Auch der damals bereits von der SVP angeschlossene Kammerabgeordnete und spätere Gründer der Konkurrenzpartei SPS, Hans Dietl, kam zum Kongress und versprach, sich in Rom als Unabhängiger auch für die Anliegen der SFP einzusetzen. Das Wirken der SFP, sagte er, sei im Interesse der gesamten Südtiroler Bevölkerung.

Einige Rückschläge hatte die Partei 1971 zu verzeichnen, als nach-einander insgesamt 71 Mitglieder austraten, nachdem zuvor der Kalterer Gemeinderat und heutige SPS-Landtagsabge-

ordnete Alfons Rigotti und der Obmann der Lokalorganisation von Kaltern Karl Zovini ausgeschlossen werden waren. Die zwischige Geschichte wurde nie ganz aufgedeckt. Jenny war Rigotti vor, ihn durch einen Beamten der Landesregierung verdrängen zu wollen.

Für eine weitere „Sensation“ — so bezeichneten sie zumindest die „Dolomiten“ — sorgte Jenny anlässlich der Parlamentswahlen im April 1972 mit seiner Wahlempfehlung (mangels eigener Teilnahme) zugunsten antifaschistischer Parteien mit sozialer Ausrichtung, die sich „jenseits aller nationalitären Vorurteile für die Rechte und Interessen der Südtiroler Bevölkerung einsetzen“. Er schloß eine Stimmabgabe zugunsten der SFP und auch zugunsten Hans Dietls aus, da die SFP in dessen Damals gegründeten „Verband der Unabhängigen“ „keine Alternative zur Politik der SVP“ sehe.

Diese Wahlempfehlung sollte Jenny in den folgenden Jahren bei jeder Gelegenheit von seinen Gegnern vorgehalten werden. Unmittelbar hatte sie zur Folge, daß fünf Vorstandsmitglieder der Partei, an ihrer Spitze Dr. Peter Fappaccini aus Schlanders und jener Hermann Obexer aus Bozen, der kürzlich in den Vorstand der SPS gewählt worden ist, ihre Ämter niederlegten, ohne jedoch aus der Partei auszutreten. Diese fünf SFP-Vorstandsmitglieder wurden von den neun restlichen bei der Abstimmung über die Wahlempfehlung überstimmt. Sie hatten, übrigens genauso verklauusiert wie in der schließlich angenommenen Version zugunsten des PSI, eine Wahlempfehlung zugunsten Dietls gefordert, gegen die Jenny war, weil man in den zuvor mit Dietl geführten Gesprächen keine gemeinsame Linie gefunden hatte. Er befürchtete überdies, Dietl wolle in die SFP eindringen, sie zu einer zweiten „Sammelpartei“ unfunktionieren und ihre sozialdemokratische Ausrichtung verwischen“.

Mit „einem klaren Wahlprogramm“ stellte sich die SFP 1973 für die Landtagswahlen im Herbst. Zu den Schwerpunkten gehörte das Eintreten für eine bessere Zusammenarbeit mit den anderen im Lande lebenden Volksgruppen und mit gewissen italienischen Parteien, um die dringend notwendigen Reformen und einen allgemeinen Fortschritt zu erreichen. Im Hinblick auf die Bildungsplanung trat die Partei Jennys für eine doppelsprachige Universität ein, da Südtirol eine Brückenfunktion einnehmen müsse, was die Industrialisierung betrifft, für neue politische Akzente. Die SFP wurde damals offiziell von Vertretern der Nordtiroler SPÖ im Wahlkampf unterstützt, in den sie ansonsten allein, das heißt ohne Zusammenarbeit mit den anderen, inzwischen aufgetretenen Südtiroler Oppositionsparteien SPS und PDU zog, nachdem sie „einen klaren Wählerauftrag als sozialistische Partei wollte“ und es andererseits nicht gelungen war, den Vorschlag, im neuen Regionalwahlgesetz Listenverbindungen vorzuschreiben, durchzubringen.

## Inge Quattieri

39012 Meran, Manzonistraße 11,  
Tel. 333 11

übernimmt Reinschrift:  
von Doktorarbeiten.

Bei den Wahlen am 18. November 1973 erhielt die SFP 4.914 Stimmen und Jenny mit 2.328 Vorzugsstimmen ein Restmandat, mit dem er wieder in den Landtag einzziehen konnte. Die Gemeindevahlen im darauffolgenden Herbst 1974 brachten der SFP ein besseres Ergebnis: sie errang in den 15 Gemeinden, in denen sie kandidierte, 3.004 Stimmen und 22 Sitze mit einem Stimmenzuwachs im Vergleich zu den Landtagswahlen um 29 Prozent.

### Die SFP erhält Konkurrenz

Damit wären wir vorläufig am Ende der Geschichte der SFP und können uns ihrer Konkurrenzpartei, der Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SPS) zuwenden, deren Ursprung in dem kurz vor den Parlamentswahlen im Mai 1972 von Hans Dietl (er war im Herbst 1971 aus der SVP ausgeschlossen worden) gegründeten Wahlverband der Unabhängigen (WdU) liegt. Dietl nahm an diesen Wahlen teil und erhielt auf Anhieb 28.739 Stimmen als Senatskandidat, die jedoch nicht für ein Mandat reichten. Damals schrieb die unabhängige Grazer „Kleine Zeitung“ zur Gründung des WdU, in Österreich habe bei den Wahlen 1949 und 1953 eine Liste gleichen Namens kandidiert, aus der Mitte der fünfziger Jahre die FPÖ hervorgegangen sei, deren nationalem Flügel Dietl nahestehe.

Nach den Wahlen versuchte die SVP, Kontakte mit dem WdU aufzunehmen, die zu einer Rückkehr des Verbandes in die SVP führen sollten. Ein Gespräch fand statt, zeignte jedoch ein negatives Ergebnis, da Dietl erklärte, nur wenn die SVP wieder zur Sammelpartei werde, käme eine Rückkehr in Frage. Sie habe sich jedoch immer mehr zur Einheitspartei entwickelt und sei seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage, die oft entgegengesetzten Interessen der Südtiroler zu vertreten.

Anfangs November 1972 sickerte wie ein Paukenschlag die Nachricht durch, daß in Südtirol „eine vierte deutsche Partei“, und zwar die SPS gegründet worden war. Dietl gab zu, die Partei zu unterstützen. Der WdU war vor den Kopf gestoßen und begründete Dietls Schritt damit, daß dieser zuerst versucht haben, den WdU „in eine sozialistische Partei umzuformieren“, wogegen sich der Ausschuß ausgesprochen hatte. Der WdU kam daraufhin mit einem eigenen Programmentwurf heraus, und kündigte eine „starke Opposition zur SVP“ an und änderte seinen Namen in Partei der Unabhängigen (PDU). Als solche nahmen die ver-

blichsen Anfänger erfolglos (24/6 Stimmen) bei den Landtagswahlen 1973 teil, konnten aber bei den Gemeindevahlen 1974, bei denen sie als Tiroler Verband gemeinsam mit der Europäischen Föderalistischen Partei (EFP) in sechs Gemeinden Kandidaten aufstellten und in drei davon, einen gewissen Erfolg (über 1.000 Stimmen) erzielen. Die politische Zielsetzung der FDP ist eher unklar, zur Zeit legt sie das Hauptgewicht auf freie Verfügungen über den Grundbesitz.

Zu den Gründungsmitgliedern der SPS, die bereits Mitte November 1977 ihr Programm vorstellten, gehörten unter anderem außer Hans Dietl Willi Fischbömmel, Alfons Rigotti, Dr. Alexander Brenner-Knödl, Silvan Flor, Hermann Oberer, Dr. Peter Tempelner und Norbert Florineth, zum Großteil frühere SFP-Mitglieder. Im Aktionsprogramm der neuen Partei ließ es sich erkennen, man wolle den 28.000 Wählern, die bei den Parlamentswahlen für Dietl gestimmt, sich damit zu einem berechtigten Protest gegen die SVP entschlossen und von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch gemacht hatten, eine echte Alternative bieten. Die Ursache für den Wahlerfolg Dietls sei, daß die SVP zunehmend von „kleinen, auf ihre Sonderinteressen bedachten Gruppen gelenkt wird, während die Belange der sozial schwächeren Schichten in ihren berechtigten Forderungen entweder nicht vertreten oder übergangen werden“.

Im Programm wurden als erstes Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung genannt. Man sprach sich für zukunftsorientierte und umweltfreundliche Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe aus, um auch die Heimatiemen zurückholen zu können. In Bildungsfragen wurde von besserer Möglichkeiten für alle und von einer Pädagogischen Hochschule in Bozen gesprochen, von neuen Kindergärten und Mittelpunktschulen, von besserer Erwachsenenbildung. Die SPS und ferner für die Pflege der Volkskultur und der Traditionen in zeitgemäßer Form ein. Was die Beziehungen zur italienischen Volksgruppe betrifft, zeigte sich die Partei an einer loyalen Zusammenarbeit interessiert, im Hinblick auf die Gewerkschaft sprach sich die SPS für einen parteiulich ungebundenen und autonomen ASGB aus. Im übrigen erklärte Dietl, nicht die vierte, sondern die zweite deutsche Partei zu sein. SFP und PDU ignorierte er damit einfach.

Bei den Landtagswahlen ein Jahr später stellte die SPS 14 Kandidaten auf und verbüßte sich 18.000 Wählerstimmen. Die Bemühungen Dietls um die Schaffung einer Einheitsliste der deutschen Oppositionsparteien SPS, SFP und PDU mit Kandidaten aller drei Parteien waren am Listenziehen und an anderen Meinungsverschiedenheiten gescheitert. Die SPS errang immerhin mit 12.036 Stimmen ein volles und ein Restmandat, womit Hans Dietl und Willi Ercklbaumler in den Landtag einzogen. Für Dietl war damit „das

Parteiemonopol der SVP endgültig zu Ende“, er räumte jedoch der SFP keinen Platz neben sich ein.

Zur Zeit der Gemeindevahlen 1974 nahm der SPS-Lauter jedoch keine partei am Parteileben teil und unterstützte die Verbindungen auch nicht. Das Ergebnis war — man weiß nicht ob deswegen oder aus organisatorischen Gründen — eher mager. In den zehn Gemeinden, in denen die SPS an den Wahlen teilnahm, errang sie 2.339 Stimmen und elf Sitze. Ein neuerlicher Versuch Dietls, eine gemeinsame Oppositionsliste der SPS, SFP, PDU und EFP für die Wahlen zu schaffen, war ebenso mißlungen wie jener, Listenverbindungen herzustellen, wenn man von einigen wenigen Ausnahmen absieht. Einerseits sträubte sich die SFP, mit der „ideologielosen“ PDU zusammenzugehen andererseits sah sie sich von der SPS in Bozen brüskiert, wo letztere eine Listenverbindung mit der SVP anstrebte, was jedoch nicht gelang, weil sie von letzterer als „marxistische Partei“ abgelehnt wurde.

Die SPS widmete sich nach den Wahlen dem Aufbau der peripheren Organisationen, sie gründete Ortsgruppen und entwickelte auch im Landtag eine lebhaftige Tätigkeit. Als Hans Dietl Anfangs 1975 sein Landtagsmandat aus Gesundheitsgründen zurücklegte, rückte Alfons Rigotti an seine Stelle. Ein oberflächlicher Versuch der SVP bei ihrem Landeskongreß im März, die „oppositionellen Kräfte“ für die Partei zurückzugewinnen, wurde von der SPS entschieden zurückgewiesen, die SFP ignorierte ihn ganz.

Bei ihrem ersten Landeskongreß im Mai 1975, bei dem die 150 Delegierten auch das erste Statut der Partei und die Gremien wählten, erteilte die SPS ihrem Vorstand den Auftrag, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die deutschen Oppositionskräfte in Südtirol zu einigen. Ein gemeinsames Vorgehen sei vor allem im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen von großer Bedeutung, heißt es im Programm für die nächsten zwei Jahre. In grundlegenden Fragen, die die Sicherung der Rechte der deutschen Volksgruppe betreffen, wird der Vorstand verpflichtet, auch mit der SVP Kontakte aufzunehmen, um eine gemeinsame Plattform zu finden.

Im übrigen versteht sich die SPS, wie beim Landeskongreß erklärt wurde, als Partei der linken Mitte. Als besorgniserregend wird die zunehmende Machtkonzentration in den Händen der SVP bezeichnet, sowie die ebenfalls zunehmende kulturelle Abkapselung und die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmer. Weiteren Anlaß zur Sorge gibt schließlich die Abwanderung von Südtirolern in italienische Parteien.

Diese beiden, von der SPS bei ihrem Kongreß aufgeworfenen Fragen, das heißt die Einigung der oppositionellen deutschen Kräfte und die Abwanderung von Südtirolern in italienische Parteien weisen Enker Ausrichtung, sind im Zusammenhang mit der künftigen Entwicklung in Südtirol im allgemei-

nen und mit jener der beiden sozialistischen oder sozialdemokratischen Oppositionsparteien im besonderen von Bedeutung.

#### Deutsche kandidieren auf KPI- und PSI-Listen

Um sich ein klareres Bild machen zu können, muß vorerst erwähnt werden, daß bei den Landtagswahlen 1973 die Kommunistische Partei (KPI) zehn deutsche Kandidaten unter insgesamt 34 aufstellte, von denen einer (Graf Stecher) ein Landtagsmandat errang, während der Italiener Anselmo Gobibler das zweite zugesprochen erhielt. Auch bei den Gemeindevahlen 1974 stellte die KPI in den 18 Gemeinden, in denen sie teilnahm, unter den 137 Kandidaten 38 Deutsche auf ihre Listen, von denen drei einen Sitz errangen (Eppan, Monnar und Bozoc).

Auch die italienischen Sozialisten (PSI) stellten bei beiden Wahlen deutsche Kandidaten auf, was noch bemerkenswerter ist, da ja zwei deutsche sozialistisch beziehungsweise sozialdemokratisch ausgerichtete Parteien teilnahmen. Bei den Gemeindevahlen 1974 standen rund 26 deutsche Kandidaten auf PSI-Listen (die Zahl kann auch größer sein, da genaue Angaben fehlen) und ungefähr drei errangen einen Sitz.

Eine nicht unbeträchtliche Zahl von deutschen Südtirolern hat sich demnach bereit erklärt, auf diesen italienischen Listen zu kandidieren und damit eventuell auch in italienischen Parteien tätig zu sein. Diese Tatsache wurde von der SVP wie von der deutschen Monopolpresse verschämmt übergangen, während man andererseits Jenny seine verschleierte Wahlkampfplung zugunsten des PSI jahrelang als Verrat am Volkstum vorgehalten hat, während man seine Stellungnahme zugunsten des Proporz laut Volkszählung als ebensolchen Verrat anprangert, obwohl dies die einzige gerechte Lösung wäre.

Die SVP will nicht zur Kenntnis nehmen, daß es Südtiroler gibt — vor allem junge Menschen — die die Vergangenheit überbrückt haben und ihre parteipolitische Überzeugung nationalen Überlegungen voranstellen. Es zeugt von Kurzsichtigkeit, diesen Landsknechten weder in der eigenen Partei noch in den deutschen Oppositionsparteien ein Ventil für diese politische Überzeugung offenzulassen, ja die Oppositionsparteien so schlecht zu machen, daß es für diese Südtiroler keinen Unterschied mehr ausspricht, sich zu ihnen oder zu italienischen Gesinnungsgenossen zu bekennen.

#### Was tun?

Ganz unschuldig dürften die deutschen Oppositionsparteien selbst allerdings an dieser Entwicklung auch nicht sein. Ihr politisches Engagement und natürlich auch ihre Möglichkeiten (wegen mangelnder Präsenz im Parlament

# Der Fall des Partisanen Hans Pircher

Seit den Festen anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung Italiens vom nazifaschistischen Joch ist auch in Südtirol die Diskussion über Partisanen, Widerstand und Freiheitskampf (nicht nur von 1809) wieder gesellschaftsfähig. Der Fall Pircher, vorher somatisch verschwiegen, wurde plötzlich zum Lieblingsthema fast aller politischen Richtungen. Doch weder eine großangelegte Unterschriftenaktion zugunsten Pirchers noch die zahlreichen Stellungnahmen aus den verschiedensten politischen Lagern haben das Öffnen der Kerker Tore bewirken können. Der SKGLAST bringt in diesem Beitrag die Vorgeschichte und die Ergebnisse zum Fall Pircher und hofft, damit zur Information und Diskussion beitragen zu können.

## Nationalsozialismus und Faschismus

Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung von 1933 setzte, wie in fast allen deutschen Volksgruppen außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches, so auch innerhalb der Südtiroler Volksgruppe, ein langsamer, aber immer stärker werdender Prozeß der politischen und ideologischen Ausrichtung auf den Nationalsozialismus ein. Im Juni 1933 wird die geheime Organisation des „Völkischen Kampfring Südtirol“ (VKKS) gegründet.

Die faschistische Ernationalisierungspolitik und vor allem der völlige Mangel an Informationen erleichterten die Propagandarbeit des VKKS, so daß es diesem bis 1939 tatsächlich gelang, einen Großteil der Bevölkerung politisch zu beeinflussen. Welches waren die Kennzeichen der faschistischen Ernationalisierungspolitik?

Der Faschismus richtete sich in Südtirol nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern gegen das ganze deutschsprachige Volk. Zwar wurden zuerst nach der faschistischen Machtergreifung die Sozialdemokratische Partei Südtirols aufgelöst, die sozialdemokratische Zeitung „Das Volksrecht“ verboten, das Bozener Gewerkschaftshaus geschlossen und viele Exponenten der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften ausgewiesen (i.a. Eisenbauer). Aber solche Maßnahmen, wie sie in ganz Italien gegen die Organisationen der Arbeiterklasse gerichtet waren, genügten in Südtirol nicht.

Das Ziel der Faschisten war es, die Südtiroler zu italianisieren. Der Gebrauch der deutschen Sprache wurde erschwert, die deutschen Schulen wurden geschlossen, deutschsprachige Beamte wurden versetzt oder entlassen und durch italienischsprachige ersetzt. Es wurden Maßnahmen getroffen, um Italiener in Südtirol anzusiedeln (siehe: Ansiedlung der Industriezone in Bozen bzw. Ankauf von Buntergütern durch die „Ente delle Irs Veneziane“).

Diesem Hintergrund betrachtend kann man verstehen, daß der Großteil der Südtiroler Bevölkerung auf das Nazideutschland wie auf einen Befreier blickte. Aber Hitler hatte gar nicht die Absicht, sich seine Bündnispolitik mit Mussolini durch das Südtirolproblem gefährden zu lassen.

Mussolini und Hitler schlossen ihren Schlipf und beschlossen 1939 gleichzeitig, die Südtiroler Volksgruppe umzusiedeln und so am Vorabend des Weltkrieges den letzten Streitpunkt zwischen den beiden Regimen zu beseitigen.

Durch Drohungen von faschistischer Seite, durch allerlei Versprechungen, durch die Propaganda, es sei Pflicht jedes Deutschen, dem Willen Hitlers Folge zu leisten, und soweit dies nicht wirkte, durch offenen Terror, brachte man es zustande, daß etwa 86% der Südtiroler für die Abwanderung nach Deutschland optierten; zu dieser Zeit hatte sich der illegale VKKS bereits in die offizielle Arbeitsgemeinschaft Deutscher Optanten (ADO) umgewandelt und die Propaganda für die Deutschlandoption organisiert.

Nur ein kleiner Teil des Südtiroler Volkes leistete aktiv Widerstand gegen das erzwungene Verlassen der Heimat und lehnte die von den Nationalsozialisten zynisch als Rückwanderung bezeichnete Aussiedlung ab.

Diese Südtiroler Dableiber zerfielen aber in zwei durchaus verschiedene soziale Gruppen: war es bei den Kreisen des Bürgertums, die fast geschlossen für Italien optierte, einfach das materielle Interesse, den Besitz nicht zu verlieren, so waren es bei einer anderen Gruppe politische und religiöse Motive, die sie bewegten, dem nazifaschistischen Terror Widerstand zu leisten und Südtirol nicht zu verlassen.

## Andreas-Hofer-Bund

Vor allem Vertreter dieser zweiten Gruppe schlossen sich am 22. November 1939 zum „Andreas-Hofer-Bund“ zusammen und begannen, der Umsiedlungspropaganda entgegenzutreten. Die ersten Deutschoptanten verließen Südtirol und wurden in Innsbrucker oder Salzburger Auffanglagern interniert. Die Nachrichten über die „Heimkehr ins Reich“ kühlten die Begeisterung der Südtiroler Optanten schnell ab und ein Großteil von ihnen versuchte, den Aufbruch hinauszuzögern.

Eine Wende brachte das Jahr 1943, als Hitler zum totalen Kriegseinsatz anrief und im Februar desselben Jahres mit Zustimmung der ADO diejenigen, die für Deutschland optiert hat-

ten, die nicht an der öffentlichen Parteientfremdung (adj.) stehen, wahrscheinlich nicht aus, um diese politischen Wähler für sich zu gewinnen. Für ihre Zukunft wird es daher von ausschlaggebender Bedeutung sein, eine konsequente Politik im Interesse jener Subjekte zu verfolgen, die sie gewinnen und vertreten wollen. Sie werden angesichts der mangelhaften Schulbildung der Landbevölkerung viel Aufklärungsarbeit leisten, sie werden aktuelle Probleme angeht und weit mehr parteipolitisch anschlussfähig müssen. Insgesamt also mehr Öffentlichkeitsarbeit betreiben, an der es vor allem bei der SPÖ heute noch mangelt. Die SPÖ wird beachten müssen, sich nicht von der SVP zu unterwerfen, wenn sie sich nicht weiterhin - wie nach ihrem letzten Kongreß - vorüberlassen will, daß zwischen ihr und der Einheitspartei eine Wehrschwäche besteht, daß sie in der SVP leicht Platz hätte. Auch für eine Annäherung zwischen SPÖ und SPÖ wird dies von Bedeutung sein. Unter den gegebenen Umständen sind die Aussichten nicht allzu groß, auch wenn sich dem Rücktritt Diets ein Hindernis ausgeräumt worden ist. Das zweite Hindernis dürfte zweifelslos Jenny sein, und dies abgesehen von seiner politischen Einstellung. Obwohl man ihm Führungseigenschaften nicht absprechen kann, hat er die Tendenz, die Fäden in der Hand zu halten und sich zu wenig um die Basis zu kümmern.

Eine nicht unbedeutende Rolle wird in Zukunft für die beiden Parteien auch ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften spielen, die in Südtirol nach und nach an Bedeutung gewinnen und von jeher für die Sozialisten einer der Grundpfeiler waren. Während die SPÖ auf eine Anhängerschaft im ASGB zählen kann, hat die SPÖ offiziell sich den Gewerkschaften eher ferngehalten.

Eine gründliche Abklärung der jeweiligen Standpunkte wird in jeder Beziehung notwendig sein, bevor man ein Zusammengehen denkt. Im Interesse einer demokratischen Alternative zur monopolistischen SVP sollte die Opposition keinen Versuch scheuen, an Stärke zu gewinnen. Ob in Südtirol unter den gegebenen Umständen heute schon Platz für zwei sozial ausgerichtete Parteien ist, die sich gegenseitig Konkurrenz machen, ist dabei fraglich, besonders wenn man sich auch eine Vertretung im österreichischen Parlament sichern will.

Es sei nicht, daß die SVP ihren nationalen begründeten Totalitarismusanspruch nach dem Übergang so zahlreicher Kompetenzen vom Staat auf das Land nicht weiter dazu benutzen wird können, egoistische Interessen zu verteidigen. Bei zunehmender Bewandlung der Macht ist die unkontrollierte Alleinmacht einer Partei darüber hinaus nicht weiter vertretbar. Allein dadurch ist die Auseinandersetzung oder vielmehr die Notwendigkeit einer schlagkräftigen Opposition gegeben. Und darauf kann diese ihre Identität aufbauen.

zu, in stillerem Ausmaß zum Kriegsdienst herangezogen.

Dann kam der Zusammenbruch des Mussoliregimes im September 1943. Italien trat aus dem Krieg aus. Mussolini gründete die neue „Repubblica Sociale di Salò“, die sich mit Hilfe der Deutschen Wehrmacht an der Wehrmacht hielt.

Die Provinzen Bozen, Trient und Brixen wurden zur „Operationszone Alpenvorland“ erklärt und unter das Kommando des obersten Kommissars Franz Hofer, des Gouverneurs von Trient, gestellt. Der Bozner Dr. Fred Krumann gründete den Südtiroler Ordnungsdienst S.O.D., der in Südtirol die Aufgaben einer Geheimpolizei wahrnahm. Der Einsatz des S.O.D. im Sinne der deutschen Heeres zur Bewachung von Bahnhöfen, öffentlichen Gebäuden usw. und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, gestattete es aufgrund der Passivität des größten Teiles der Südtiroler Bevölkerung und aufgrund der aktiven Kollaboration der ADO, auf Besatzungstruppen zu verzichten, obwohl Südtirol offiziell als besetztes Gebiet galt.

Von jetzt an bedeutete Nationalsozialist zu sein oder damit zu sympathisieren nicht mehr nur die Hoffnung auf die Möglichkeit, seine Muttersprache zu bewahren, seine Muttersprache zu gebrauchen zu können, sondern es bedeutete auch Machtpositionen besitzen zu können. Es ist klar, daß die Tätigkeit des „Andreas-Hofer-Bundes“ zu dieser Zeit immer schwieriger und gefährlicher wurde. Seit September 1943 wurden die Südtiroler unabhängig davon, ob sie für Deutschland operiert hatten oder nicht, zum Kriegsdienst bei der Deutschen Wehrmacht eingezogen. Viele junge Südtiroler wehrten sich dagegen und zogen es vor, in die Berge zu flüchten. Andere Südtiroler hatten das Elend des Krieges gesehen und waren von der Wehrmacht desertiert.

Hauptsächlich aus solchen Leuten bestand der aktive Kern des „Andreas-Hofer-Bundes“, der nun nach seinem Anführer Egarter benannt wurde. Dieser kämpfte gegen Faschismus und Nazismus für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler und setzte sich mit der Zentrale des europäischen Widerstandes, der „Dulles-Mc Caffery Mission“ (englische Mission der Alliierten) in der Schweiz in Verbindung.

### „Der Botschafter“ Hans Pircher

Der Mann, der Botschaften, Geld und Befehle von der Schweiz nach Meran zu Egarter brachte, hieß Hans Pircher. Auch er war an der russischen Front von der Wehrmacht desertiert und in die Schweiz geflüchtet. Dort trat er mit den Alliierten in Verbindung und erklärte sich bereit – vorerst als Botengänger – nach Südtirol zurückzukehren, obwohl er dort wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt worden war.

Nach einigen Kontakten zwischen der Schweiz und Meran erhielt er den

Auftrag, unter dem Befehl Egarters im Fasslerort, aktiv am Widerstand teilzunehmen.

Aus Dokumenten des AICPI (Italienische Nationale Partisanenvereinigung) ist ersichtlich, daß die Egarter-Gruppe aus mehreren Hunderten von Südtirolern zusammengesetzt war und im Fasslerort, Lina, Marell und Eisachtal usw. Aktionen durchführte und Kontakte zu über 5.000 Südtirolern hielt, die teils in der deutschen Wehrmacht, teils zu den Polizeiregimenten Briven, Schländers und „Alpenvorland“ eingezogen worden waren. (Diese Polizeiregimenter waren erst im Laufe des Jahres 1944 gebildet worden und unterschieden sich grundlegend von dem im Jänner 1943 aufgestellten „Polizei-Regiment Bozen“, das durchwegs aus fanatischen Südtiroler Nationalsozialisten zusammengesetzt war.)

Über diese verzweigte Organisation gelang es, zahlreiche Sabotageakte durchzuführen.

Die Egarter-Gruppe hielt viele Verbindungen zu Widerstandsgruppen in Nordtirol, und eines ihrer Mitglieder, Reich Amann, hatte auch Kontakte zu den italienischen Widerstandskämpfern unter dem Kommando von Manlio Lagoni aufgenommen. Der Einfluß dieser Gruppe wird auch dadurch verständlich, daß 1944/1945 ein verschärfter Terror von seiten der reichsdeutschen Behörden (Gestapo, Polizei, Hilfspolizei, S.O.D.) und einiger A.D.O.-Nationalsozialisten gegen jenen Teil der Südtiroler Bevölkerung einsetzte, der mit der Option für Italien im Jahre 1939 nach ihrer Meinung das Deutschtum verraten hatte: sie waren es, die jetzt am wenigsten Schonung zu erwarten hatten und gegen die sich der ganze Haß entlud. Gerade dieser Terror und die Tatsache, daß noch in den letzten Kriegsmonaten Hunderte von jungen Südtirolern als „Hitlerjugend“ zur Erringung des „Endsieg“ an die Front geschickt wurden und ihr Leben für den verbrecherischen Aggressionskrieg des Nationalsozialismus lassen mußten, führte dazu, daß durch die Nationalsozialisten in der Zeit zwischen 1943 und 1945 mehr Südtiroler umgebracht oder

in die Konzentrationslager verschleppt worden waren als vorher durch die Faschisten.

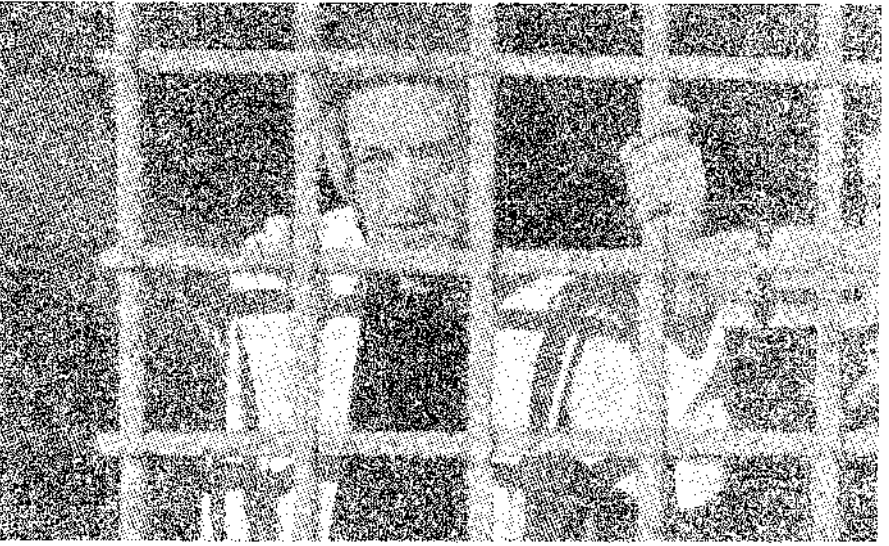
Das wird heute in Südtirol und in der deutschsprachigen Geschichtsschreibung über Südtirol zu verschleiern versucht. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches übernahm die Egarter-Gruppe im Auftrag der Alliierten Militärregierung Zeitungsredaktionen. Sie war berechtigt, Artikel zu tragen und nahm eine Reihe von Verhandlungen und Hausdurchsuchungen vor. Des nationalen Befreiungskomitee „CLN“ in Bozen versuchte aber, die Egarter-Gruppe als italienischfeindliche Kraft gegen die Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler auszuspielen.

Sowohl auf nationaler Ebene als auch hier in Südtirol gewann jene Leute immer mehr an Einfluß, die sich mit der faschistischen oder nazistischen Macht kompromittiert hatten und nach dem Zusammenbruch aus Angst vor Strafe sich zuerst einmal zurückgehalten hatten. Die Egarter-Gruppe war natürlich bei diesen Leuten verhaßt. Als der Nationalrat im Nationalen Befreiungskomitee immer stärker wurde, die Egarter-Gruppe sich aber dagegen wehrte, verbrochen zu werden, als die Alliierten ihnen die „Alexander-Paten“ und die Anerkennung als Partisanen verweigerten, wurden diese Südtiroler Widerstandskämpfer in die Isolation gedrängt. Nicht nur das, ein ehemaliger Faschist, der Carabinieri-Marescialli Giarrizzo, führte eine Polizeiuntersuchung durch, in der die Widerstandskämpfer plötzlich als gemeine Verbrecher erscheinen und angeklagt wurden.

Ihnen werden Taten zur Last gelegt, an denen sie völlig unbeteiligt waren oder die sie in ihrer Funktion als Partisanen bzw. nach dem Krieg im Auftrag der Alliierten durchgeführt hatten.

### Der Prozeß

Im Dezember 1951 kommt es in Bozen zum Prozeß gegen 18 Mitglieder der Egarter-Gruppe. Nichtangeklagt waren Egarter selbst, Pater Improbator und Reich Amann.



Der „Dolomiten“ schreiben über den Prozess schreibbar objektiv in Wirklichkeit aber so, daß die Vergewaltigung der Angeklagten als Widerstandskämpfer nicht aufgegriffen und erklart wird. Das Bozener Schwurgericht spricht alle Angeklagten aus Mangel an Beweisen frei. Die Verteidiger Hans Pircher, aber auch die Staatsanwaltschaft, legen Berufung ein.

Im Februar 1954 kommt es in Trient zum Berufungsprozess. Die allgemeine politische Situation in Italien wird gerade zu dieser Zeit, am 23. Februar 1954, von Pietro Secchia anlässlich der Jubiläumfeier der Befreiung Roms in einer Rede an die Senatstraktoren der DC so dargestellt: „Ihr habt die Ideale der Widerstandsbewegung seit Jahren verleugnet, mit Füßen getreten und verfolgt, insbesondere seit 1947. Und merkt Euch, ich beziehe mich nicht nur auf die unverschämten Verfolgungen gegen die Partisanen, wofür ich schon öfters gesprochen habe. Nein, ich beziehe mich auf die gesamte Tätigkeit dieser klerikalen Regierung seit dem April 1948, die den höchsten Verrat und die blutigste Beleidigung jenes Programms und jener Ideale darstellt, für die die Partisanen und mit ihnen alle Männer und Frauen der ‚Resistenza‘ gekämpft haben.“

Hans Pircher wird in diesem Prozess von einem christdemokratischen Richter zu 30 Jahren verurteilt. Über das Urteil wird in der Presse nicht berichtet. Auch in den „Dolomiten“ steht keine Zeile, als Hans Pircher im Dezember 1966 von der Carabinieri in Laas festgenommen wird. Hans Pircher glaubte zunächst an ein Mißverständnis. Im Gefängnis von Fossano (Piemont, Provinz Cuneo) erzählte er dem Mitgefangenen Roberto Miroglio sein Schicksal. Dieser forschte nach und entdeckte in dem Verfahren gegen Pircher eine Reihe schwerster Verfahrensfehler. Er begann Journalisten für den Fall zu interessieren und im Juli 1974 erschien in der Zeitschrift „Oggi“ ein kurzer Bericht mit einem Bild von Pircher. Lia Schindler, Witwe Pirchers, Besitzer eines Großbetriebes in Turin, erkennt seinen Freund, setzt sich mit ihm in Verbindung und stellt ihm einen Verteidiger zur Verfügung. Pircher kämpft für die Revision des Prozesses, während sich gleichzeitig die nationale italienische Tagespresse einschaltet. Berichte über Pircher erscheinen im „Giorno“, im „Adige“, im „Atto Adige“, im italienischen Programm der RAI und im italienischen Schweizer Fernsehen.

Die Revision des Prozesses wird vom Kassationsgerichtshof jedoch abgelehnt.

Die Gefängnisdirektion reicht das Gnadengesuch an den Präsidenten der Republik ein.

### Der Fall Pircher drängt an die Öffentlichkeit

Luzagna, ein ehemaliger Kommandant einer Partisanenbrigade, der im gleichen Gefängnis wie Pircher in Un-

tersuchungshaft wegen angeblicher Kontakte zu den „Roten Brigaden“ sitzt, schreibt nach Gesprächen mit Pircher ein Buch über den Fall, das in ganz Italien großen Anklang findet und Aufsehen erregt. Man muß dazu sagen, daß der Verteidiger Pirchers immer wieder die Massenschriften gebeten hat, den Fall zu veröffentlichen, um eventuelle Zeugen zu erschrecken, die die Vergangenheit Pirchers als Partisan, welche im Prozess ja gelugnet worden war, bestätigen konnten. Es liegt also durchaus im Interesse der Verteidiger Pirchers Informationen über den Fall auch in deutscher Sprache zu verbreiten.

Das war neben dem geschichtlichen und politischen Interesse unser Hauptgrund, weswegen wir im April dieses Jahres mit Einwilligung Pirchers und des Vertreters des Buch von Luzagna über den Fall Pircher übersetzt und herausgegeben haben. Pircher hat uns bei dieser Gelegenheit einen Brief geschrieben, der auch im Buch veröffentlicht ist.

Dann endlich, am Mittwoch, den 7. Mai 1975, hat die „Dolomiten“ Pircher Schweigen über den Fall Pircher gebrochen. Sie bringt einen Beitrag zur Information und für die Befreiung Pirchers.

Doch muß dazu gesagt werden, daß teilweise Tatsachen verdreht und verschwiegen wurden sind und daß es so aussieht, als sei der Artikel nur geschrieben worden, um durch das Wasser abzugraben, die sich bisher für die Publizierung des Falles eingesetzt haben.

Wir sind nicht gewillt, uns jetzt mit den „Dolomiten“ auf eine Polemik einzulassen, die Pircher nur schaden würde. In erster Linie geht es um die Befreiung Pirchers, aber das heißt nicht, daß die Informationen und Diskussions über die politischen und geschichtlichen Hintergründe des Falles verschwiegen werden müssen im Gegenteil.

Das Komitee für die Befreiung des Partisanen Hans Pircher

## Der „Skolast“ steht links

Es freut mich immer, wenn der „Skolast“ ankommt, er hat gegenüber anderen Publikationen etwas Frisches, man spürt, daß beim Skolast nicht von „oben“ angeordnet wird, was geschrieben werden soll. Ich hatte mir vorgenommen, auf Ihre Umfrage zu antworten, leider ist es beim Vorsatz geblieben, dafür will ich heute versuchen, „mein“ Urteil über den Skolast und seine Themen abzugeben.

Zunächst: Ich bin weder Hochschüler noch Akademiker, sondern ein Handwerker. Als solcher bin ich auch Unternehmer, doch was ich sage, ist weder im Rahmen der Unternehmer oder irgendeiner Interessengruppe, sondern ein ganz persönlicher Eindruck.

Mit dem Eigenschaftswort „links“ pauschalisiert man heute viel herum. Ich finde es durchaus in Ordnung, daß junge Leute heute eine Haltung einnehmen, die man als „links“ öbnet. So alt wie der „homo sapiens“ ist wohl auch der Kampf zwischen arm und reich. Heute wird für arm links und für reich rechts gebraucht. Es zeugt von einer Jugend, die noch idealen anhängt, wenn sie sich mit den Armen, mit den Minderbemittelten, mit den Befehlsempfängern verbunden fühlt. Eine gesund denkende Jugend muß sich ja mit jenen Kreisen verbunden fühlen, weil auch sie weniger Geld hat als ihre Eltern oder die Befehle ihrer Lehrer und Professoren auszuführen hat.

Daß unsere Jugend auch der Autorität mißtraut, ist ebenfalls leicht verständlich, denn was sich die Erwachsenen im Namen der Autorität alles leisten, ist sehr oft stark. Daß Ihr als studierende Jugend Eure Anschauungen auch wissenschaftlich untermauern wollt, ist ebenso verständlich, wie daß Ihr diese Erkenntnisse im „Skolast“ publiziert. Doch möchte ich Euch sagen, daß Ihr heute schon an folgende Erscheinungen denken sollt:

1. Die Metamorphose Eures Weltbildes: beinahe jeder von Euch wird aus der subalternen Position, in der er heute steht, herausdrücken, aus Geld- und Befehlsempfängern werden, Geldverteiler und Befehlshaber.

Ihr werden. Eure Weltanschauung von heute wird sich von der morgigen wesentlich unterscheiden.

2. Die Vergänglichkeit: auch die beste weltanschauliche Erkenntnis wird über kurz oder lang von einer (scheinbar?) noch besseren abgelöst. Deshalb sollt Ihr versuchen zu allem dem richtigen geistigen Abstand zu halten.

3. Vielfalt der Möglichkeiten: Wenn die Natur schon für die Lösung einer Aufgabe meistens eine unerschöpfliche Menge von Arten und Formen bereit hat, wieviel größer muß noch im geistigen Bereich die Vielfalt der Möglichkeiten sein. Manchmal kommt mir vor, Ihr stellt Zäune und Hindernisse auf, anstatt den Weg und den Blick freizumachen.

Noch etwas: Eure Zeitschrift läßt oft die Naivität vermischen. Manchmal ist etwas vom Dunst Eurer Hörsäle mit drinnen. Eure Argumente wirken oft wie Präparate, die Ihr gerade mit einer Pinzette aus dem Spätstus herausgeholt habt. Habt Ihr keinen Biologen unter Euch? Der könnte Euch wahrscheinlich noch erklären, warum nur 17 Prozent der Antworten auf Eure Randfrage von Frauen stammen.

Alles in allem gehört Euer „Skolast“ trotz meiner Kritik zum Besten was in Südtirol publiziert wird.

Viel Erfolg in Eurer Arbeit wünscht Euch

Wolfgang Raffener



# „Wie jeder Mensch, so soll auch der Student arbeiten“

Florian Kronbichler

Die Zeit der herkömmlichen Universität Humboldtscher Prägung ist auch in Österreich längst vorbei, obwohl ihr Mythos im Bewußtsein der Öffentlichkeit noch vorhanden ist. Der Oberlehrer, der sein Reifezeugnis erhalten hat und ein Studium an der Uni beginnt, muß dies sehr bald zur Kenntnis nehmen. Mit der zunehmenden Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses werden universitäre Ausbildung und Forschung immer stärker in die Kosten-Nutzen-Überlegungen der Kapitalisten und der staatlichen Bildungsbürokratie einbezogen.

1966 wurde mit der Verabschiedung des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes (AllSTG) eine „Reform“-Periode an Österreichs Hochschulen eingeleitet. Ihm folgten bisher eine Reihe von Studiengesetzen und Studienordnungen. Die Ende der sechziger Jahre in Österreich ziemlich unterentwickelte Studentenbewegung hatte noch leise Hoffnungen, daß diese Reform von oben das Ende der Ordinariatsuniversität bedeuten könnte und die Weichen für eine institutionelle Absicherung einer demokratischen Hochschule für forschendes Lernen und kritisches Studium gestellt würden. Doch sehr bald war der wahre Charakter dieser „Reformen“ zutage getreten:

Am 7. Februar 1975 veröffentlichten die Österreichische Hochschülerenschaft (ÖH) und der Verband deutscher Studentenschaften (VDS) ein gemeinsames Kommuniqué, in dem es heißt: „Zentralaspekte der ÖH und des VDS ist der Kampf gegen die zunehmende Formierung aller gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere der Hochschulen, durch den massiven Zugriff des Kapitals mittels des Staates. Besonders betroffen an den Hochschulen sind die demokratischen Rechte der Hochschulangehörigen, die materiellen und sozialen Studienbedingungen, die Lehrinhalte und die Art ihrer Vermittlung.“

Die Angst der Studenten vor der Reglementierung wurde zum ersten Mal öffentlich, als zu der Wiener Universität im Herbst 74 die Mathematik- und Physikstudenten gegen die 3-Semester-Klausel demonstrierten. 3-Semester-Klausel bedeutet: Wenn seit dem zuletzt abgelegten Teil einer Prüfung mehr als 3 Semester verstrichen sind, sind die bisher erfolgreich abgelegten Teilprüfungen zu wiederholen. 6-Semester-Frist bedeutet: der 1. Studienabschnitt muß innerhalb von 6 Semestern abgeschlossen sein.

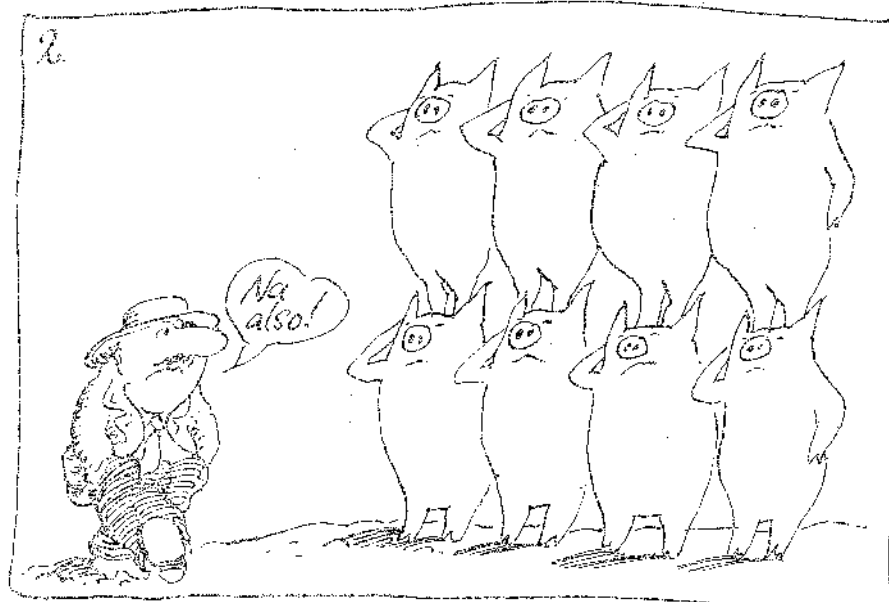
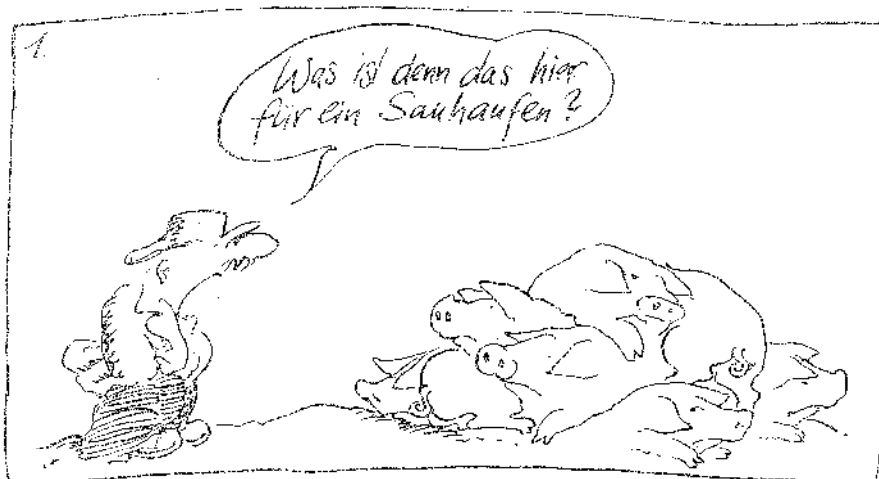
Nach Michael Grosser, einem der Initiatoren des Proteses am Mathematikinstitut sind folgende die Gründe dieser Reglementierung des Studiums:

1. Ein vorsehntes Studium ist für den Staat ein billiges Studium. Ausbildungskosten sind Kosten, die nicht unmittelbar zu Profiten führen; daher versucht man, sie niedrig zu halten, kurz und zuverlässig.
2. Die zweite Tendenz ist eine politische: ein verschultes Studium bildet einen Großteil der Studenten anders herum als ein weniger verschultes; es wird einem abgenommen, nach eigenen Entscheidungen zu lernen, und man wird angehalten, mehr oder weniger blind diesem vorgeschriebenen Studienablauf zu gehorchen und sich nur darum zu kümmern, die vorgeschriebenen Leistungen zu erbringen.“

Als Strategien, um diese Verschulung

anzuhaken, glaubt Grosser folgendes anbieten zu können:

„Wichtigste Voraussetzung, um ihr entgegenzutreten, ist, daß den Studenten bewußt werden muß, erstens daß diese Verschulung stattfindet und zweitens, was diese Verschulung für Hintergründe hat. Denn, wenn man diese Verschulung als einen Irrtum der Bürokratie ansieht, als Ausgeburt von einigen bösen Herren im Ministerium, die man ersetzen muß, dann wäre überhaupt nichts zu erreichen. Man muß sich über die realpolitischen Hintergründe dieses Vorgangs den Kopf zerbrechen. Das sind die Interessen der Wirtschaft, umfassend die gesellschaftlichen Vorgänge in unserem Staat.“



## Dr. Hertha Firnberg: Keine Reglementierung

Klar, daß von Wissenschaftsminister Dr. Hertha Firnberg die Studenten in diesem Fall keine Hilfe zu erwarten haben. Sie lehnt den Ausdruck „Reglementierung des Studiums“ überhaupt ab: „Das ist keine Reglementierung, sondern eine vom Gesetzgeber vorgeordnete Ordnung des Studienarbeits ein geordnet aufgebautes Studium, wie es in jedem anderen Lernprozeß auch der Fall ist.“

Vorkämpfer der Reformen an den österreichischen Hochschulen zweifeln allerdings auch, daß viele Studenten gegen die neue Hochschulordnung zu aktivieren sind. Zum Beispiel Ernst Bernatzer, Dozent am biochemischen Institut: „Ich glaube, daß die Studenten an den naturwissenschaftlichen Instituten, die aus den unteren Mittelschichten stammen, von Aufstiegsgedanken besessen sind und daher die Studienordnung nicht so sehr als Hindernis sehen. Sie glauben vielmehr, es sei wichtig, daß sie gut und zwar richtig geschult werden, um einmal in der Wirtschaft den passenden Posten zu bekommen. Den Studenten ist es nicht bewußt und den Professoren auch zum kleineren Teil, dem Ministerium aber sehr wohl, daß hier eine andere Art von Naturwissenschaftlern herangezogen wird und zwar solche, die für die Zwecke der Wirtschaft geeigneter erscheinen, nämlich höherqualifizierte Facharbeiter.“

Und das ist auch das Hauptargument der kritisierenden Studenten: daß man in der Hochschule zum kritiklosen, angepaßten, den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechenden Fachidioten herangezogen wird. Den Studenten ist es nicht mehr möglich, sich mit den Studieninhalten und der Ausbildung auseinanderzusetzen. „Die Studenten sollten durchs Studium durchgeholt werden, es soll ein System des Duckmäusertums, des Scheinensammelns von einem Institut zum anderen entstehen, kritisches Fragen sollte verunmöglichlicht werden. Die Industrie braucht Arbeitskräfte, die nicht über ihre eigenen Bedürfnisse nachdenken, sondern qualifiziert durch eine solche Ausbildung brav ihren Arbeitsplatz belegen und über deren Zusammenhänge gesellschaftlicher Art nicht nachdenken“ (Arch-Student Walter Stöckl).

Dieses Argument der Studenten pariert Minister Firnberg mit dem Hinweis, daß die auf der Universität ausgebildeten „Fachkräfte“ der Wirtschaft zu wenig wissen. Geschichte doktriert sie, daß wir in einer Zeit leben, in der jeder Mensch arbeiten muß. „so muß auch der Student arbeiten... er wird von der Öffentlichkeit in die Lage versetzt zu studieren, das ist heute noch ein Privilegium gegenüber anderen jungen Leuten, die viel früher in die Arbeit müssen; ... die jungen Leute, die dieses Recht des Studierens genießen, haben die Pflicht, doch in angemessener Zeit sich das Wissen zu erwerben, das sie in die Lage versetzt, der Gesell-

schaft, die ihnen dieses Privileg des Studiums gewährt, dienlich zu sein.“ Minister Firnberg gibt an, die Studenten sagen in Schutz zu nehmen vor dem grausamen Kapital: „Der Einfluß der Wirtschaft auf die Hochschule direkt kann nur dadurch verhindert werden, daß der Staat durch Gesetze und Verordnungen dafür sorgt, daß er nicht übermäßig und unangebracht „gründet.“

Wolfgang Pollak, Professor der Romanistik an der Universität Wien und auf der Seite der nach Reformen verlangenden Studenten stehend, schreibt in seinem Buch „Strategien zur Emanzipation“: „In der Öffentlichkeit wird noch weitgehend die Auffassung vertreten, die Hauptaufgabe des Studenten bestünde im Pauken, im fleißigen Hören und Nacharbeiten des in Lehrveranstaltungen angebotenen Stoffes und in der Aneignung einschlägiger Fertigkeiten.“

Nach seiner Meinung stellt die oben zitierte Auffassung von Bildung und Wissenschaft eine Parodie dar, die auch, zu einem nicht geringen Teil, an den Hochschulen praktiziert wird. Er tritt ein für die Auffassung, daß man vom 1. Semester an beruflich sein soll, eine Forschungshaltung des Studenten gegenüber dem Studium und den Bildungsinhalten zu erreichen. „Der Student muß mit adäquaten Problemen konfrontiert werden, bei denen bewußt wird, daß Wissenschaft eben nicht heißt, sicheres Wissen erwerben, sondern Wissenschaft sehr wesentlich bedeutet, immer wieder problemorientierte Auseinandersetzung mit den verschiedenen Phänomenen.“

Eine Arbeitsgruppe des VBS hat die Tendenz der gegenwärtigen deutschen Bildungsreformen katalogisiert. Diese Aufzählung entspricht den angeführten Bedenken der protestierenden österreichischen Kollegen:

1. Primäre Orientierung des Bereiches Hochschule an gegebenen kurzfristigen Arbeitsmarktanforderungen;

2. Verschärfung der hierarchischen Arbeitsorganisation auch die Hierarchisierung der Ausbildungsgänge;

3. Reglementierung des Studienbetriebes nach von Kapitalen kapitalistischer Leistungseffizienz;

4. Erweiterung des staatlichen Leistungsmaßes zur qualitativen Kapazitätsbindung.

„Man will mit einem Minimum an Kostenaufwand die Maximum an marktgerechten „guten produzierten“, wobei unter marktgerecht Prof. Pollak auch ideologisch zubereitet im Interesse des Staates und versteht.“

Prof. Pollak sieht in der Stärkung des Verantwortungsbewußtseins der Studenten und Assistenten durch verstärkte Mitbestimmung — wie sie im GOC prinzipiell vorgesehen ist — eine Gegenstrategie. Eine weitere in der Aufklärung darüber, daß Wissenschaft und ihre Vermittlung immer ein Politikum darstellen, auch wenn sie sich unpolitisch und überpolitisch deklarieren; d.h. es muß klar werden, daß Wissenschaft einen gesellschaftlichen Machtfaktor ersten Ranges darstellt, und die entscheidende Frage ist, in welchem Interesse dieser Machtfaktor genutzt und ausgenutzt wird. „Das gesellschaftliche und bildungspolitische Engagement hat sich an dieser Kernfrage zu orientieren. Ein solches politisches Verantwortungsbewußtsein ist die beste Gegenstrategie gegen Renoncierung, gegen Verschulung und Infantilisierung der Studenten“ (Pollak, Strategien zur Emanzipation).

Gustav M. Obermeyer, Rektor der Universität Regensburg, weiß in seinem Buch „Was wird aus der Universitätsreform?“ einen weit einfacheren Trost: „... schließlich meine ich, daß wir gegenüber den Reglementierungsversuchen der verschiedenen staatlichen und wirtschaftlichen Herrschaftsträger einen jungen Atem bewahren und auf die List der Vernunft bauen müssen, die auch hier die Bürokratie wie schon früher an ihrer eigenen Inkompetenz scheitern lassen kann.“

## Ist die Studentenrevolte in die Hosen gegangen?

Florian Kronbichler

„Unter den Talaren Maß von 1880 Jahren“ — mit diesem und ähnlichen Slogans wandren sich die Studenten in den Jahren 1968/69 gegen die unanschreibliche Macht der Ordinarien. Mit steigender Arbeitslosigkeit, Numerus clausus und mangelnden Lehrstellen scheint nun vielen die Zeit gekommen für eine politische Tendenzwende; Tendenzwende, von der Heinrich Böll riefte, sie sei nichts anderes als eine schöne Umschreibung für Rechtsruck.

W. Gottschalch, Marxist und Universitätsprofessor in Bremen, bestreitet hingegen, daß bei den Studenten und Oberschülern ein Rechtsruck stattgefunden hat. Vor allem deshalb, weil Studenten in der heutigen Massenuniversität mehr als in der alten ihr Schicksal nun auch als Massenschicksal erleben und auch ziemlich deutlich

begriffen haben, was ihnen im Berufsleben bevorsteht: daß sie nicht mehr Leuder sein können, sondern so etwas wie akademisch ausgebildete Lohnarbeiter. „Und gerade das — so Gottschalch — treibt die Studenten nach links, weil ihre objektiven Interessen dort sind, auch wenn die Studenten heute durch Studienregelungen und

Numerus clausus mehr Angst haben und mehr lernen und sich innerhalb der Unversität, schließlich auch durch politische Verfahren als das für Linke gut ist."

Diese Angst der Studierenden besteht nach Gortschalski darin, daß man sich, daß man nicht den entsprechenden Herz bekommen, daß also Erwartungen zerstört werden; dazu kommt noch die Befürchtung, daß sich eine Art akademischer Unregelmäßigkeit herausbildet. „Das alles, hofft man jetzt zu überwinden, mit besonders guten Leistungen, wobei klar ist, daß sogar die Leistung letzten Endes gar nicht zählt, weil die Stellen einfach nicht da sind.“

Gortschalski spricht vom Bankrott der kulturellen Planung, der die Gesamtentwicklung aus den Händen geraten ist; sie weiß nicht, wie die Entwicklung weitergehen soll, wie die Krise sich ausbreiten wird, so es sich um eine Stagnation oder um eine wirklich strukturelle Krise handelt.

„Wir stehen in einer gesammten Planung und gleichzeitig auch in einer psychischen Reaktion bei den Studenten. Das Chaos vor allem ist es, das die Studenten sich so verhalten läßt.“

Auch der Soziologie-Assistent Bernd Rabehl, ein enger Mitarbeiter Rudi Dutschkes bei den Studentenrevolten 1967/68 in Berlin, sieht in der Angst das Element, das inaktiv macht. Er leuchtet ein, daß der, der um seinen Studienplatz fürchtet, sein Transparent lieber zu Hause läßt, daß nicht „mit Eiern wirft“, wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat und der vom Verlust des Stipendiums Bedrohte nicht so leicht demonstrieren geht.

Daß die Studentenrevolte aber nicht unbedingt in die Hose gegangen ist, kann er mit ziemlich handfesten Beweisen belegen. Er zeigt auf, daß die augenblickliche Situation innerhalb der Gesellschaft doch starke krisenhaltige Symptome und deswegen auch innerhalb der Arbeiterschaft und deren Organisationen -- in erster Linie der Gewerkschaften -- doch etwas mobilisiert worden ist, das sie anspornt, ihre Interessen doch klarer zu vertreten. Und hierin wären dann nach Rabehl die Forderungen, die die Studenten damals gestellt haben, doch wieder richtig, da sie also doch auf eine andere Politikform aus waren: „Versuch der Veränderung der Persönlichkeit, den Sozialismus also mit Inhalten zu füllen und nicht nur mit Lebensstandard und höheren Löhnen.“

Gortschalski: „Man merkt, daß nach der Studentenrevolte auf den Universitäten doch ganz stabile Organisationskerne geblieben sind. Es kommt darauf an, woran man das mißt, was jetzt ist, am der Zeit des Höhepunktes 1968/69 oder an der Jahrzehntelangen politisch eher depressiven Lage zwischen 1945 und 1966. Da mein ich, wenn nach all den massiven Staatsingriffen soviel von der Studentenrevolte übriggeblieben ist, wie wir heute beobachten, kann man optimistisch sein.“

# Prof. Schupp und Freiheit der Wissenschaft

Prof. Wolfgang Pollak

Stellungnahme zur Amnestiebewegung von Prof. Schupp im Zusammenhang mit dem Konkordat und dem Staatsgrundgesetz der Freiheitsgarantie für die Wissenschaft und ihre Lehre.

Die sozial- und geisteswissenschaftlichen Anlässe, die schließlich in den deutschsprachigen Staaten zur verfassungsgeschichtlichen Freiheitsverbürgung der Wissenschaft und ihrer Lehre führten, liegen in der Aufklärung. Die nur durch kirchliche und auch weltliche Autoritäten (Antike) verfügbaren Traditionen und die auf ihnen basierende Lehre wurden in Frage gestellt. Auch für den deutschen Idealismus war Wissenschaft, schon aufgrund seiner erkenntnistheoretischen Prämissen „als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem“ zu behandeln, wie Humboldt es einmal formulierte.

Angesichts der besonderen Situation des deutschen Bürgertums waren diese emanzipatorischen Impulse mit einem elitären Persönlichkeitskult verknüpft, wurden also nicht eingebracht in eine gesamtgesellschaftliche emanzipatorische Praxis.

Sehr wesentlich scheint mir -- und diese Tatsache fällt bei der Diskussion um die Freiheit der Forschung und Lehre meistens unter den Tisch -- daß Wilhelm von Humboldt in einer Denkschrift die akademische Freiheit von den Universitäten und deren Zunftgeist bedroht sah! Kein Novum übrigens gegenüber der Aufklärungszeit. Bei Humboldt war auch ein nationalpolitisches Anliegen im Spiel; in der Forderung nach einer freien Wissenschaft sah er einen wesentlichen Faktor des Ausgleichs der Mächte in

Werte der Nation nach Jena und Tilsit durch Stärkung der geistigen Potenz und Persönlichkeitsbildung nach dem humanistischen Ideal seiner Zeit. Dieses Anliegen wurde im Bereich der Universität durch die doppelte Pflichtbindung gegenüber dem weisungsbehafteten Dienstherrn und gegenüber den Zwängen des Zeitgeistes der universitären Kooperation entscheidend behindert. Die Reaktion nach den Karlsbader Beschlüssen verstärkte die akademische Freiheitsforderung gegenüber der Staatsgewalt und führte im „Professorenparlament“ der Paulskirche zum Artikel 152 der Reichsverfassung von 1849: „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“.

Wer kann übersehen, daß sich die „Zwänge der Zunft“ heute wieder wesentlich verstärkt haben, in Österreich besonders, seit Mitbestimmungsfragen zur Behandlung stehen. Was es heißt, etwa in der Mitbestimmungsfrage mit dem Gros der konservativen Professoren, insbesondere mit der militanten Lobby nicht übereinzustimmen, haben einzelne Hochschullehrer zu spüren bekommen, indirekt deren Assistenten und die Studenten des betreffenden Faches, etwa bei einem Personalenzug. Unter der Etikette der „Demokratisierung“ (1) -- die Fakultät hat fast alles unter Kontrolle, es wird darüber abgestimmt, wobei der formale Status des Professors Allround-Kompetenz verleiht -- werden zuweilen konservative Machtpositionen rücksichtslos ausgespielt. So führte der Freiheits- und Autonomieanspruch schließlich weitgehend jenes Prinzip ad absurdum, um Gessentwillen er ur-

## Dissertationsthema wird angeboten

Der Assessor für Schule und Kultur der Gemeinde Schluderns, Dr. Kristian Kitz, sowie der Pfarrer von Schluderns, Hubert Unterwoger, möchten Kunstgeschichtestudenten von der Möglichkeit in Kenntnis setzen, über die bisher wenig erforschten Maler und Bildhauer Christian Greiner (sen.-jun.) und über eine „Greinerschule“ in Schluderns zu dissertieren. Sollte sich jemand für dieses Thema interessieren, so kann er im Pfarramt oder bei der Gemeinde vorstellig werden.

sprünglich durchgesetzt wurde! Die Autonomieförderung pervertiert zum Widerstand gegen authentische Demokratisierung.

Das alles mußte vorausgeschickt werden, damit nicht der Eindruck entsteht, daß sich die Amtsenthebung des Kollegen Schupp als brutaler Gewaltakt vor der unbedeckten Freiheitsluft der übrigen Fakultäten ereignet habe. Ebenso wenig soll diese Darstellung die inquisitorische Katz gegen Professor Schupp verneinlichen, vorgenommen von Leuten, die immer wieder auf ihr Wächteramt bezüglich der Bewahrung christlich-abendländischer Werte pochen.

Die Affäre Schupp zeigt, wie sehr in der katholischen Amtskirche noch die mittelalterliche, voraufklärerische Auffassung dominiert, derzufolge Wissenschaft nicht infragestellen und kritische Weiterentwicklung tradierter Vorstellungen und Überzeugungen ist, sondern die dogmatische Exegese der Glaubensüberlieferung. Die Freiheit der Forschung und Lehre ist hier prinzipiell ausgeschaltet, sie kann somit nicht einmal als noch immer und immer wieder einzulösendes Postulat interpretiert werden; der kritische Bildungsbegriff, welcher der Forderung nach Wissenschaftsfreiheit überhaupt erst Sinn verleiht, kommt gar nicht zum Tragen. Damit degradiert sich aufgrund des Konkordats der Staat zum Vollzugsorgan einer Institution, welche die *conditio sine qua non* wissenschaftlicher Forschung und Lehrtätigkeit prinzipiell eliminiert, ja sogar negativ sanktioniert. Es ist eigentlich eine Irreführung, wenn die für die Theologische Fakultät zur Verfügung gestellten Steuergelder mit dem Rekurs auf „Wissenschaft“ legitimiert werden. Insofern ist die Konkordatsbestimmung prinzipiell unvereinbar mit dem Staatsgrundgesetz. Die Kirche müßte ihre eigene theologische Universität einrichten und erhalten. Die andere Alternative hat Kollege Schupp aufgezeigt: eine wissenschaftliche Theorie auf interdisziplinärer Basis, also eine problemorientierte Forschung im theologischen Bereich!

Die Enthebung Schupps vom Lehramt zeigt, daß mit dieser Alternative derzeit an unseren theologischen Fakultäten nicht zu rechnen ist. Dabei könnte die Kirche dabei nur gewinnen, denn die Zeit geht langsam vorbei — trotz aller Rückschläge —, in der Tradition und alleingesessener Besitzstand auch im geistigen Bereich das Überleben einer Institution garantieren; viele junge Menschen tun da nicht mehr mit. Eine Theologie der Befreiung im sozialen Bereich ist unvereinbar mit der Unfreiheit im Bereich der Forschung und Lehre. Freiheit ist unteilbar. Wie auch in den profanen Fakultäten die Erfüllung des verfassungsrechtlich geschützten Freiheitspostulats nur im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Schrittmacherefunktion denkbar ist und nicht zur Aufrechterhaltung partikulärer gesellschaftlicher Machtpositionen.

n. c. Kaser

## glurns

gegen die kriegsflasterne inuistische schweiz als bollwerk gedacht & vom papier aus gebaut. dreckig wie keine unserer tholer petten besonders im fraeijahr wenn das gemisch aus faulem schnee lufmiste & wasser auf dem staedtlischen pilaster kaset. ansonsten ist g. recht liebelich von schmugglern bewohnt unraednet & schwach besiedelt. die faeben kaum manns hoch weil maeren den boden aufgeschult haben & herbergen eine handvoll handwerker & in den boegen fein aufgeschichtetes kl einholz. es rauscht der brunnen. das leben wie ein eingeschloefener faß. in der gaststube bueselt ein einsames weib. schwarzhaarig eine echte mit jedem rollenden zungenschlag & zu den faiffelern (die heiße liebschaft zum dativ) die dem vinschger eigen sind. die geschwelligkeit liegt orach... oft ein auto das durch die lacher spritzt; hindurch schweiz zu schweiz her. vor dem tor liegt die kirche als leichte heute den raebischen eidgenossen horden. vorbeie zeiten. in der historie hat es g. nie ernst genommen eine festung zu sein. das nachtlieben geht im eigenen bett vor sich: kinder werden wenig erstelt. außerhalb der mauer; weidet viel auf sumpfigen boden der bach ist gehuerdet eine alloe begleitet den wanderer. die maen nur arbeiten auswaerts. in den gaertchen an der mauer haengen ihre socken & eine alte jaeter. gaense scheiffen. das ist g. von allem verschont von schweizern fabrikon zukunft selbst vom wind einwonig. drei gassen drei tore stattliche staedt mit einem halben adler im schild.

in den jaenueelichen erdkundebuechern unster landes geistert g. als kleinstadt der welt die kinder sind gebeten sich das in ewigkeit zu merken. in tiefster erregung & empfindung sieht man vor diesem deukmal der beschaulichkeit & bescheidenheit. ein bild erbuch mit eselsohren abgegriffnen seiten... fuerwahr kein museum: es fehlen bis auf luerne & tore die schauustuecke & vetrinen bis auf jene des alroundladens worin der uralte geruch von welscher wurst (= mortadella) von kaese waschpulver suchzeug etc. mit neodlicht & sterilitaet versetzt ist. von haarkluppen zum sacktuch ueber wuerfflige molniboubons im obligaten glas alles: bauetien schraubenzicher kuebel fuer den staedtlischen bedarf & der ist nicht groß. eine zweite vetrine laest einblick in die bar & ihre exotischen immergruenen niebluchenden schlampig abgestaubten topfpflanzen wohinter maenner kartenspielen & gehet einzeichnen auf ein s malen... reste aus der zeit wo lesen & schreiben noch nicht jedermanns kunst war. auch hier beste mundart suedtiroler slang.

ein baum ein großer baum der staedtbaum draußen. g.

# Regionale und soziale Herkunft geben Auskunft über Bildungsdefizit

Helfmuth Ladurner

*„Haben diejenigen recht, die sagen, man sollte nur gerade so viel reformieren daß alles beim alten bleiben kann, oder haben die recht, die sagen, man sollte alles zerstören, damit nichts mehr beim alten bleibt? Oder gibt es einen dritten Weg?“*

(Hildegard Hamm-Brücher, Unfähig zur Reform? München 1972, S. 7)

I.

Von den Landesbilanzen kann es jeder Bürger Südtirols ablesen: der Zuwachs an autonomen Befugnissen fruchtet seinen äußerlichen Niederschlag in der Verkleinerung des Budgetrahmens der Südtiroler Landesregierung. Damit wird aber nur eine Seite beleuchtet: Autonomie bedeutet vielmehr einen qualitativen Sprung denn eine Zunahme in quantitativer Hinsicht. Autonomie muß demnach als Aufgabe und nicht als ein erreichter Zustand betrachtet werden. Mehr Autonomie für die Landesregierung heißt zumeist mehr Autonomie für den einzelnen Bürger. Die größere Verantwortung durch den erweiterten autonomen Rahmen muß von allen getragen und damit von allen mitbestimmt werden.

II.

In den letzten Jahren hat sich im verstärkten Ausmaße die Erkenntnis herausgeschält, daß gesellschaftliche Reformen vor allem im schulischen Bereich ansetzen müssen. Demokratische Verfahrensformen müssen bereits in der Schöpfung eingeübt werden.

Als Beispiel für diese Entwicklung können die Delegationsdekrete der Italienischen Regierung angesehen werden: die Kollegialorgane im schulischen Bereich sollen dazu beitragen, die bestehende Kluft zwischen Ausbildung und gesellschaftlicher Wirklichkeit zu schließen und damit sämtliche gesellschaftlichen und politischen Kräfte in die Verantwortung für die Ausbildung der Jugend einzubinden.

Da die Regelung der Kollegialorgane in die Zuständigkeit der Landesregierung fällt, muß diese in nächster Zeit durch eigenes Gesetz die Inhalte der Delegationsdekrete an die Realität unseres Landes anpassen.

III.

Diese Entwicklungen auf dem Schulsektor werden vor allem durch die Erkenntnisse der Pädagogik und der Sozialwissenschaften initiiert und vorangetrieben. Die fehlende Offenheit der

derzeitigen schulischen Strukturen den unterschiedlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten der Kinder gegenüber, die durch diese Strukturen erlaßt werden, wurde immer deutlicher herausgearbeitet und führte zur Forderung nach strukturellen und inhaltlichen Innovationen, die besser den individuellen Bedürfnissen der Schüler gerecht werden können. Diese mit dem Wort „Chancengleichheit“ belegte Forderung beinhaltet die Aufgabe, außerschulische Bedingungen als Ursache für Schulerfolg und damit für die Verteilung von Sozialchancen weitgehend auszuschalten. Erziehung „... muß auf der Seite des Kindes sein.“ „Unser öffentliches Bildungswesen ist ——— seiner Anlage, Struktur und Zielsetzung nach nicht auf der Seite des Kindes, ja es funktioniert sogar gegen das Kind, sobald dieses nicht mithält oder in Schwierigkeiten gerät.“ (Hamm-Brücher, a.a.O., S. 79)

IV.

Die Notwendigkeit, mit Landesgesetzen die autonomen Befugnisse auf dem Schulsektor zu verwirklichen und die Einsicht in die bestehenden Probleme des Südtiroler Schulwesens bewogen

die Landesregierung, zwei Institute der Universität Innsbruck, das Institut für Erziehungswissenschaft (seit Herbst 1974: Arbeitsgruppe für Sozialisationsforschung im Institut für Psychologie) und das Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu beauftragen, Erhebungen in den Schulen Südtirols durchzuführen.

Von den vielfältigen Fragestellungen soll hier nur eine herausgegriffen und kurz skizziert werden. Im letzten Jahren wurde in den Massenmedien des In- und Auslandes sehr oft auf Bildungsdefizite der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols hingewiesen. Statistische Erhebungen im Schulamt und im Amt für Wirtschaftsprogrammierung haben ergeben, daß die Anzahl der „Schulversager“ an den Schulen Südtirols vor allem bei der deutschsprachigen Bevölkerung sehr hoch ist. Über die Ursachen dieses Defizits konnten aber nur Vermutungen an- bzw. Analogien zu internationalen Forschungen hergestellt werden. Aus diesem Grunde wurde die Durchleuchtung dieses Schulversagens als vordringlich angesehen. Die Befragung einer mit statistischen Kriterien ausgewählten Stichprobe der 14jährigen Kinder des Schuljahres 1972/73 sollte Aufschluß über dieses Problem ergeben.

V.

Die den Untersuchungen zugrundeliegende Hypothese konnte weitgehend verifiziert werden: die Ursachen des Bildungsdefizits der deutschsprachigen Bevölkerung sind vor allem auf regionale und soziale Herkunftsvariablen zurückzuführen.

Ausmaß der Schulverspätung in den Mittelschulen des Jahrganges 1959:

	Südtiroler Schüler insgesamt %	Schüler an deutschspr. Schulen %	Schüler an ladinischen Schulen %	Schüler an italien. Schulen %
keine Schulverspätung (besucht 3. MS Kl.)	56	53	52	68
1 Jahr Schulverspätung (besucht 2. MS Kl.)	29	31	31	21
2 Jahre Schulverspätung (besucht 1. MS Kl.)	15	16	17	11
	100% (6650)	100% (4746)	100% (210)	100% (1694)
Durchschnittliche Schulverspätung pro Kind (in Jahren)	0,59	0,54	0,65	0,43

(Quelle: Gesamterhebung des Geburtenjahrgangs 1959)

In: E. Köchis-Stangl, Schulleistungen in Südtirol: Determinante nationaler Entwicklungschancen - Sprachgruppen- und Sozialschichtdifferenzen in den Leistungen der Pflichtschüler, Sozialisation und Bildung - Reihe B - Heft 6/1975, Bildungsforschung in Südtirol, S. 4.

## Maturantenberatung der SH

Die Südtiroler Hochschulenschaft veranstaltet in der Zeit vom 4. bis 6. August 1975 im Sitzungssaal des Welterhauses (3. Stock) in Bozen eine Inskriptionsberatung für Maturanten.

Dabei erteilen Hochschüler aus in- und ausländischen Studienorten Auskünfte über Inskription und Immatrikulation, Anerkennung ausländischer Studientitel, Militärangelegenheiten, Stipendien u.a.m.

Nachstehend geben wir den genauen Zeitplan, gegliedert nach den einzelnen Studienfächern, bekannt:

**Montag, den 4. August 1975**

9—12 Uhr:

Philosophie, Philologie, Sprachen, Geschichte, Geografie, Pädagogik, Psychologie, Politologie, Zeitungswissenschaften, usw.

13—18 Uhr:

Mathematik, Physik, Chemie, Botanik, Zoologie sowie die Fächer Land- und Forstwirtschaft

**Dienstag, den 5. August 1975**

9—12 Uhr:

Medizin, Veterinärmedizin, Pharmazie

13—18 Uhr:

Bauingenieurwesen, Architektur, Maschinenbau und Elektrotechnik

**Mittwoch, den 6. August 1975**

9—12 Uhr:

Rechts- und Staatswissenschaften

13—18 Uhr:

Handels-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften

Diese hohe Quote an Schulverspätern zieht folgende Konsequenzen mit sich:

1. eine größere Zahl an Pflichtschülern vor allem im Volksschulbereich und damit eine stärkere Belastung der Lehrkräfte durch zum Teil überfüllte Klassen;
2. einen erhöhten Einsatz an finanziellen Mitteln (in Frankreich rechnet man mit einer Zunahme der Bildungsausgaben im Volksschulbereich von 30%, die durch Klassenwiederholungen entstehen) (T. Hansen, Social background and educational career, OECD, 1972, S. 132).
3. Berufs- und Bildungsaspirationen hängen eng mit den Schulleistungen zusammen. „Hohe Aspirationen bezüglich weiterführender Schulen gehen mit guten Schulleistungen ... zusammen“ (Wieser, Laufbahnziele, S. 58) Da Schulleistungen sehr stark von der regionalen und sozialen Herkunft der Schüler abhängen, ist auch die Schul- und Bildungsaspiration der Kinder aus sozial niederen Schichten und aus dem ländlichen Bereich niedriger als der Kinder aus den mittel- und höheren Schichten und dem städtischen Bereich, d.h. „Die Ausnutzung der Begabungsreserven ist in der deutsch-italienischen Volksgruppe wesentlich niedriger als in der italienischen.“ (Wieser, Schulleistungen S. 61)
4. Schulerfolg oder Mißerfolg (im traditionellen Sinne) hängen weitgehend davon ab, ob ein Schüler eine Mittelschule im ländlichen oder im städtischen Bereich besucht, da die Leistungsbewertung zwischen diesen Schulen sehr große Unterschiede aufweist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Schulerfolg und d.h. das

Erreichen des Klassenzieles weitgehend von außerschulischen Faktoren bestimmt wird.

VI.

Schulverwaltung und die Schulpolitik stehen nun vor der Aufgabe, diese Erkenntnisse in die Schulpraxis umzusetzen.

Damit wird ganz allgemein die Notwendigkeit von Reformen angezeigt, wobei solche Reformen schrittweise verwirklicht werden müssen und sämtliche Bereiche der Schule umfassen sollen.

Für Südtirol ergeben sich gute Ansatzpunkte für solche Innovationen, da auch in einem bestimmten Ausmaß die rechtlichen Voraussetzungen durch die Erweiterung der autonomen Befugnisse geschaffen wurden. Sie müssen — grob gesehen — folgende Bereiche umfassen:

- a) eine intensive Elternweiterbildung;
- b) eine vor allem auf unterrichtsbegleitende Formen abgestellte Lehrerweiterbildung;
- c) eine Reform der Unterrichtsstruktur (Unterrichtsdifferenzierung), der Curricula, der Unterrichtsmaterialien und der Leistungsbeurteilung;
- d) eine Demokratisierung des Schulwesens und der Schulverwaltung.

Die konkrete Verwirklichung dieser Reformen sollte in der ersten Phase durch Versuchsschulen einsetzen. Vor allem muß die Bereitschaft von Eltern, Lehrern und Schulverwaltung geweckt werden, da nur durch die freiwillige Mitarbeit aller Beteiligten Reformen erst sinnvoll verwirklicht werden können.

VII.

Im Hintergrund dieser Überlegungen steht die Hoffnung, daß eine Re-

form der Bildungsinstitutionen, ausgehend von den rechtlichen, finanziellen und personellen Möglichkeiten des Landes in Gang gesetzt werden kann. Das Ziel dieser Reform besteht darin, die Bildungsinstitutionen zu befähigen, auf die individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten, die ein Kind mitbringt, eingehen zu können und diese Fähigkeiten zur höchstmöglichen Entfaltung zu bringen: „Fördern — statt wässern, begaben — statt entmenschlichen.“ (Hauer-Beliker, a.a.O. S. 75).

Es muß einen dritten Weg geben.

VIII.

**Veröffentlichungen zur Bildungsplanung in Südtirol**

E. Köckel-Stangl u.a., Bildungsprobleme unter der Lupe in: Schriftenreihe des Assessorates für Öffentlichen Unterricht und Kultur - Reihe B Forschungsberichte, Heft 1/1974

J. Wieser, Schulverspätung in Südtirol, Ergebnisse einer Gesamterhebung des Geburtenjahrganges 1959 in: Schriftenreihe des Assessorates für Öffentlichen Unterricht und Kultur - Reihe B Forschungsberichte, Heft 2/1974

D. Lukesch - P. Tschurtschenthaler, Die Südtiroler Lehrerdafel Band 1: Ziele - Organisation - Technik in: Schriftenreihe des Assessorates für Öffentlichen Unterricht und Kultur - Reihe B Forschungsberichte, Heft 3/1974

D. Lukesch - P. Tschurtschenthaler, Die Südtiroler Lehrerdafel Band 2: Materialienanhang in: Schriftenreihe des Assessorates für Öffentlichen Unterricht und Kultur - Reihe B Forschungsberichte, Heft 4/1974

P. Gstelner, Forscher in Schulen - Auf dem Weg zu einem handlungsorientierten Ansatz in der Bildungsplanung - Analysen, Berichte, Materialien aus dem „Projektbereich Volksschule“, in: Sozialisation und Bildung, Reihe B, Bildungsforschung in Südtirol, Heft 4/1975

P. Seidl, Organisationsentwicklung als Aufgabe der Bildungsplanung - Vorschläge zur Überwindung des Systems der Klassenwiederholungen durch schulinterne Differenzierung, in: Sozialisation und Bildung, Reihe B, Bildungsforschung in Südtirol, Heft 5/1975

J. Wieser, Jugendliche Laufbahnziele als Orientierungswerte der Bildungsplanung, in: Sozialisation und Bildung, Reihe B, Bildungsforschung in Südtirol, Heft 5/1975

E. Köckel-Stangl, Schulleistungen in Südtirol: Determinante nationaler Entwicklungschancen, Sprachgruppen- und Sozialschichtdifferenzen in den Leistungen der Pflichtschüler in: Sozialisation und Bildung, Reihe B, Bildungsforschung in Südtirol, Heft 6/1975

# Nicht nur Arbeitsplätze verteidigen — auch neue schaffen

Josef Perkmann

Die internationale Wirtschaftskrise hat auch Südtirol betroffen. Zahlreiche Industriebetriebe sind in Schwierigkeiten geraten. Entlassungen und Kurzarbeit stehen auf der Tagesordnung. Die zuständigen Stellen sind einigermaßen ruhig, während die Gewerkschaften zum Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze aufrufen, und die Südtiroler Arbeiter immer mehr Klassenbewußtsein zu entwickeln beginnen. Im Folgenden soll versucht werden, die derzeitige Beschäftigungslage in Südtirol einigermaßen gültig zu analysieren.

## Probleme der Beschäftigung

Um zu einer klaren Einschätzung der Beschäftigungslage in Südtirol zu kommen, wäre eine zuverlässige Erhebung der Beschäftigungsdaten erforderlich. Aber gerade auf diesem Gebiet ist Südtirol schlecht ausgerüstet. Es fehlt zwar nicht an Institutionen und Institutionen, die für den Eigengebrauch Zählungen und Erhebungen vornehmen, die wohl — teils mit der Beschäftigungslage zu tun haben, aber es gibt keine einzige Quelle, die Monat für Monat, geschweige denn Woche für Woche genaue Daten über die Beschäftigungslage liefert.

Dies ist natürlich ein großer Mangel, unter dem die Wirtschaftspolitik im Lande genauso leidet wie die öffentliche Meinung.

Auch eine Verpätung der Verfügbarkeit der Daten kann zu großen Nachteilen führen. Für wirtschaftliche oder gewerkschaftspolitische Entscheidungen sind Angaben, die mehr als 3 Monate zurückliegen, in der Regel überholt und unbrauchbar, es sei denn, sie dienen der Sicherbarmachung langfristiger Trends.

Die mangelnde Einsicht in die tatsächliche Entwicklung der Beschäftigungslage führt in Südtirol nicht selten zu Fehleinschätzungen und Fehlschlüssen. Man glaubte zu a Beispiel Ende 1974, Südtirol sei von der Krise verschont geblieben, während das gerade Gegenteil der Fall war.

Oder man mache gegen die Ansicht neuer Betriebe Stimmung, während die Arbeitsplatzsicherheit in den bereits bestehenden Betrieben täglich abnimmt (siehe Brisen).

Natürlich nehmen zahlreiche Organisationen, die an der Entwicklung der Beschäftigungslage täglich interessiert sind, in Umsetzung gewisser Überlegen zu Mitteln zur Linderung, Zu den bekanntesten dieser Hilfsmittel gehört das Alarmzeichen. So sind Beschäftigungsschließungen oder kurzfristige Personalreduzierungen ein eindeutiges Alarmzeichen für die Gewerkschaften. Man nimmt an, daß solche Hilfe eine allgemeine Verschlechterung der Beschäftigungslage einleiten. Andersherum halten die Unternehmensverbände Klagen über Personalmangel in den Betrieben für ein Zeichen der eingetretenen Vollbeschäftigung.

Über die Statistiken der in der Landwirtschaft Beschäftigten:

— IZ (Industrie- und Handelszählungen): sind nicht vollständig und müssen daher mit Hilfe anderer Quellen (hauptsächlich Krankenkassendaten) ergänzt werden;

— Amt für Wirtschaftsprogrammierte: stützt sich auf verschiedene vorläufig angegebene Quellen und erhebt nach ISTAT-Code den jeweiligen Stand der Beschäftigten — ist eine Einrichtung der Landesverwaltung und müßte am ehesten in der Lage sein, jederzeit Aufschluß über die Beschäftigungslage in Südtirol geben zu können;

— Arbeitsamt: führt Statistik über die Tätigkeit der Stellungsvermittlungsämter — zuverlässige Quelle für die offizielle Arbeitslosigkeit.

Keine von diesen Stellen erarbeitet aber eine vollständige Übersicht über die jeweilige Beschäftigungslage. Eine Ausnahme bildet das Amt für Wirtschaftsprogrammierte. Man hat aber auch dort große Bedenken, das erarbeitete Material als vollständig anzusehen. Und man zieht es daher (sicherlich auch, aber nicht nur) aus diesem Grunde vor, in Südtirol möglichst wenig „Offizielles“ über die Beschäftigungslage fallen zu lassen. Für die öffentliche Meinung und die Bildung einer gewissen Sensibilität für wirtschaftspolitische Probleme ist dies sicherlich kein Vorteil.

## Beschäftigungsstruktur und langfristige Entwicklungstendenzen

Um die gegenwärtige Beschäftigungslage einschätzen zu können, ist ferner ein Hinweis auf die Beschäftigungsstruktur und deren Entwicklungstendenzen ratsam. Wenn wir die Zeitspanne 1961—1971 zum Vergleich heranziehen, so fällt auf, daß bei einem Bevölkerungszuwachs von über 10% (40.000 Einwohner mehr), die Beschäftigtenanzahl im selben Jahrzehnt um 1000 Einheiten abgenommen hat.

## Verfügbare statistische Quellen

Bereits im „Dokument für ein Landesentwicklungsprogramm-Südtirol-1981“ wird darauf hingewiesen, daß es kaum nennenswerte Schwierigkeiten bei der Hinsicht in die allgemeinen Bevölkerungsdaten gibt, die Feststellung der Beschäftigungsdaten hingegen große Probleme aufwirft. Als unbrauchbar werden die Erhebungen des Zentralinstitutes für Statistik (ISTAT) angesehen. Und man muß dem wohl zustimmen, denn es handelt sich dabei um Stichproben-Erhebungen auf nationaler Ebene und nicht nach Provinzen. Zuverlässige Zählungen und Erhebungen nehmen hingegen folgende Stellen vor:

— Die Wechselseitige Landeskrankenkasse: sie erfaßt alle direkt und indirekt Versicherten, die Anzahl der Betriebe und somit den größten Teil der abhängigen Arbeiter in Landwirtschaft, Industrie und Handel;

— Die Handwerker- und Kaufleute-Krankenkassen: sie erfassen die selbstständigen Werkstätten und die Anzahl der Betriebe in den Sektoren Handel und Handwerk;

— Die VZ-Daten: gelten für den öffentlichen Dienst und das Schulpersonal;

— SCAU (Einheitsdienste für landwirtschaftliche Beiträge): verfügt

TABELLE I

## Entwicklung der Wohnbevölkerung Südtirols 1961—1971

		Personen	Veränderungen in %
Wohnbevölkerung VZ	15.10.1961	373.863	
Geburtenüberschuß	15.10.1961 — 25.11.1971	51.985	+ 13,9 %
Wanderungssaldo	15.10.1961 — 25.11.1971	- 11.867	- 3,16%
Bevölkerungszuwachs	15.10.1961 — 25.11.1971	40.178	+ 10,74%
Wohnbevölkerung VZ	25.11.1971	414.041	

Quelle: VZ 15.10.1961 u. VZ 25.11.1971

Ferner weist die nach Sektoren verglichene Beschäftigungsstruktur einen starken Umwandlungsprozeß auf. Während die Anzahl der Beschäftigten in

der Landwirtschaft in der Zeit von 1967—1971 um 38% abgenommen hat, konnten die dort frei gewordenen Arbeitskräfte zum Teil in der Industrie

und zum größeren Teil im Handels- und Dienstleistungssektor eine neue Beschäftigung finden.

TABELLE Nr. 2

Beschäftigungsentwicklung 1967—1971 nach Sektoren

	1967	1971	Veränderungen absolut	%	Anteil in % 1967	1971
Landwirtschaft	49.000	31.200	- 17.800	- 36,3	31,3	20,4
produzierendes Gewerbe	39.050	43.000	+ 3.950	+ 11,7	25,4	28,3
Dienstleistungen	65.950	78.200	+ 12.250	+ 18,6	42,8	51,1
Insgesamt Beschäftigte	154.000	153.000	- 1.000	- 0,6	100,0	100,0

Quelle: 5. Industrie- und Handelszählung 1971, Krankenversicherungsdaten

Es handelt sich also um ein Jahr zehnt, das von einer ausgedehnten Landflucht gekennzeichnet war. Man hatte sie wohl so lange durch völlig ungeeignete Mittel zurückgehalten. Sobald dies aber nicht mehr möglich war, mußten Möglichkeiten gesucht werden, den „Exodus“ aufzufangen. Dies geschah durch die teilweise Industrialisierung des Landes und durch die Aufblühhung des tertiären Sektors.

Dazu kam aber noch eine weitere Erscheinung.

Während viele in der Landwirtschaft Beschäftigten von den Höfen abwanderten und die Bevölkerung im allge-

meinen stark zunahm, mußte ein beinahe ebenso großer Teil der arbeitsfähigen Menschen den Weg ins Ausland oder in andere Provinzen Italiens antreten<sup>9)</sup> (Wanderungssaldo: 11.867), eine Unterbeschäftigung oder eine andere Form der versteckten Arbeitslosigkeit auf sich nehmen.

Versteckte Arbeitslosigkeit

Es ist bekannt, daß die offizielle Arbeitslosigkeit in Südtirol nicht sehr hoch ist. Und genaue Zahlen darüber liefern noch lange kein genaues Bild über die Beschäftigungslage. Sie kön-

nen sogar sehr in die Höhe führen, wenn sie aus dem Zusammenhang gerissen die eine oder andere Behauptung untermauern sollen. Wenn daher im „Atto Adige“ nach der Tagung des PSI (zur Beschäftigungslage in Südtirol) von 3.000 Arbeitslosen die Rede war und damit gesagt werden sollte, nur in Südtirol eine schwere Krise auf dem Arbeitsmarkt eingetroffen sei, so fiel es der Gegenpartei wohl sehr leicht zu sagen, daß es vor einem Jahr im selben Monat noch mehr Arbeitslose gegeben hat. Die Statistik gibt dieser Behauptung recht. Also noch heute geht es sogar wieder aufwärts usw. ...

TABELLE Nr. 3

Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt in Südtirol

Vergleichsmonat	im vorausgegan- genen Monat keine Arbeit gefunden	in die Listen für Stellen- verm. eingeschr.	neue Stelle gefunden	aus den Listen gestrichen	am Ende des Monats keine Arbeit gefunden
JANUAR 1974	4.307	4.550	4.048	580	3.409
MÄRZ 1974	3.272	3.683	3.526	438	2.991
JANUAR 1975	4.556	4.067	4.384	612	3.626
MÄRZ 1975	3.592	3.609	3.879	497	2.825

Quelle: Arbeitsamt BÖZEN

In Wirklichkeit stehen die Probleme anders. Die Zahlen über die Arbeitslosigkeit geben nur über einen Teil der Beschäftigungsprobleme Auskunft. Denn taugt nicht alle Arbeitslosen oder Arbeitssuchenden melden sich bei den Arbeitsämtern an<sup>10)</sup>. Normalerweise sind es in Südtirol nur diejenigen, die bereits eine Stelle in Aussicht haben oder in der Lage sind, um die Arbeitslosenunterstützung anzusuchen. Und um dies tun zu können, muß man in den zwei vorausgegangenen Jahren mindestens 1 Jahr gearbeitet haben.

In den Statistiken scheinen daher vorwiegend jene Arbeitslosen auf, die sich trotz ihrer zeitweiligen Arbeitslosigkeit in der Lage fühlen, ihre Ar-

beitskraft mit Erfolg auf dem lokalen Arbeitsmarkt anbieten zu können, während jene, die zwar einen geeigneten Arbeitsplatz wünschen, aber keine Zuversicht haben ihn zu finden, nicht aufscheinen.

Die Entmutigten, die also die aktive Suche nach einem Arbeitsplatz in Südtirol aufgeben, schlagen groß geschrien drei Wege ein. Sie wandern aus, suchen sich irgend eine Gelegenheitsarbeit ohne Sicherheit oder tauchen als „zu Lasten lebende Familienmitglieder“ in der Zahl der „nicht erwerbstätigen Bevölkerung“ unter.

1. Auswanderung: In vielen Abwanderungen werden nur jene Arbeitskräfte gezählt, die ins Ausland abwan-

den. Die Zahlen schwanken zwischen 12.000 und 15.000. Ebenso beachtlich ist aber auch die Abwanderung in andere Provinzen Norditaliens (hauptsächlich Lombardei). Die Ursachen dieser Auswanderung (über 10% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung) sind in 2 Richtungen zu suchen.

Das relativ große Wirtschaftswachstum in den benachbarten Industriezentren des In- und Auslandes hat

<sup>9)</sup> Vorderzweites Dokument für ein Landesentwicklungsprogramm Südtirol 1961 - Seite 9 und 11.

<sup>10)</sup> V. SYLLIG-LABINI, problemi dello sviluppo economico, Seite 125, Ausgaber Università Linate, 1972.



Im vergangenen Jahrzehnt einer beachtlichen Sieg auf den Arbeitsmarkt in Südtirol zugeführt. Im Südtirol selbst war eine ausgedehnte Unterbeschäftigung in den vorindustriellen Sektoren (Landwirtschaft, Kleinhandel, Handwerk) vorhanden. Sie wurde zum Teil auch durch die Auswanderung abgebaut.

2. Gelegenheitsarbeit: Die typische Gelegenheitsarbeit finden wir in der Landwirtschaft. Der Tagelöhner kennt kein festes Arbeitsverhältnis, keinen 12. Monatslohn, keine Kündigungsfrist und keine Abfertigung. Er lebt sozusagen von der Hand in den Mund. Diese Tagelöhner sind aber in den letzten Jahren immer weniger geworden. In vielen Fällen geht nur noch der Kleinbauer oder der Pflücker der nicht das ganze Jahr hindurch auf seinem Hof zu tun hat, in die Tagschicht. Das Baugewerbe ist der 2. Sektor, wo die Gelegenheitsarbeit blüht. Aber auch dort hat der Kampf um die Lohngarantie zu einer größeren Arbeitsplatzsicherheit geführt. Davon ausgenommen sind eine Vielzahl von kleinen Bauunternehmungen.

Auf einer ähnlichen Stufe der Unsicherheit wie der Gelegenheitsarbeiter befinden sich auch die Saisonarbeiter in den Fremdenverkehrsbetrieben und in den Obstanzgärten. Auch diese Form des Arbeitsverhältnisses wird oft nur als Notlösung vorübergehend in Kauf genommen.

3. Zu Lasten lebende Familienmitglieder: darunter sind natürlich Leute gemeint, die arbeitsfähig sind, aber keinen entlohnten Erwerbstitel nachgehen können. Es sind die entlassenen Arbeiterinnen, die nach dem Verlust des Arbeitsplatzes nicht „arbeitslos“, sondern Hausfrauen werden; Jugendliche, die keine geeignete Stelle finden, aber deshalb nicht „arbeitslos“ werden, sondern in der Familie bleiben, zu Verwandten gehen, oder die Schulfreisetzten, Arbeiter-Bauern, die nach dem Verlust des Arbeitsplatzes nicht „arbeitslos“ werden, sondern nur auf dem Hof bleiben“.

Für die Einschätzung der Beschäftigungslage sind Auswanderung, Gelegenheitsarbeit und strukturbedingte Arbeitslosigkeit mindestens so wichtig wie genaue Zahlen über die offizielle Arbeitslosigkeit. Und man müßte daher untersuchen, was sich gegenwärtig auf allen diesen Gebieten bewegt. Dabei kommt man aber mit den vorhandenen Statistiken sicherlich schwer an Rande.

#### Beschäftigungslage Mai 1975

Am besten bekannt ist zweifellos jener Teil des Arbeitsmarktes, der die tatsächlich beschäftigten Arbeitskräfte umfaßt. Weitaus weniger erfährt man über jene arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen, die keine Beschäftigung finden, oder sich mit einer Suchabfinden müssen, die ihrer Ausbildung

und ihren Erwartungen nicht entsprechen.

Für die tatsächlich beschäftigten Arbeitskräfte stehen die Zeichen in diesen Monaten schlecht. Das Fällig von Kurzarbeit haben sich, und vielfach ist die Kurzarbeit nur eine Vorstufe der Arbeitslosigkeit. Die soziale Härte, die jeder Personalreduzierung anhaftet, wird zwar durch die Lohnfortzahlung auf Kosten der Allgemeinheit gemildert. Das Problem bleibt aber im Grunde dasselbe. Bereits bestehende Arbeitsmöglichkeiten können nicht mehr ausgeschöpft werden. Im Januar 1975 haben 17 Betriebe für 1.147 Arbeiter die Fernzahlung für die Lohnfortzahlung erhalten. Im April haben zwar nur noch 10 Betriebe angewandt, aber es waren bereits mehr als doppelt so viele Arbeiter (2.412) davon betroffen. Auf gesamtstaatlicher Ebene wurden in einem Monat ungefähr 36,8 Millionen Arbeitsstunden von der Lohnfortzahlungskasse gezahlt<sup>1)</sup>.

Während derselben Zeitspanne kam es wieder zu Betriebsabschlüssen und radikalen Personalreduzierungen, die von manchen Belegschaften mit ebenso harten Kampfmaßnahmen zurückgewiesen werden (Petra Sport in Auer). Die Gewerkschaftsbünde schätzen daher die Lage durchaus richtig ein, wenn sie gegenwärtig das Beschäftigungsproblem an die erste Stelle ihres Kampfprogrammes gesetzt haben und der Ansicht sind, daß nicht nur jeder bestehende Arbeitsplatz verteidigt, sondern die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik neu ausgerichtet werden muß. Es wäre auch durchaus falsch, wenn man erst einmal abwarten wollte, bis die absolute Beschäftigtenzahl wirklich abnimmt oder doch stabil bleibt.

Auch eine stabile Beschäftigtenzahl halten, hieße in Südtirol rückwärts gehen. Wir haben noch einen beachtlichen Aufholbedarf an Quantität und Qualität von Arbeitsplätzen.

Im Dokument „Südtirol 81“ wird davon gesprochen, daß im Zeitraum von 1971 bis 1981 mindestens 26.800 neue außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze geschaffen werden müßten, um den Bedarf an Arbeitsplätzen einigermaßen zu decken.

Die Wirklichkeit zeigt aber eine ganz andere Entwicklung. Wenn die Beschäftigtenzahl von 1972 bis 1974 sicherlich zu langsam, aber doch angestiegen ist, so ist sie von 1974 auf 75 fast zum Stillstand gekommen und droht jetzt sogar rückwärts zu laufen.

Jemand könnte erwidern, das gehe nicht nur in Südtirol so, die Rezession sei eine allgemeine Erscheinung, man müsse eventuell bessere Zeiten abwarten. Abgesehen davon, daß man sich über die Aussicht auf bessere Zeiten streiten kann<sup>2)</sup>, wird die gegen-

TABELLE Nr. 4

#### Lohnfortzahlung Januar 1975

	Anzahl der Betriebe	Anzahl der genehmigten Gesuche
Reduzierte Arbeitszeit	13	1.098
Null Stunden	4	49
Insgesamt		1.147

#### Lohnfortzahlung April 1975

	Anzahl der Betriebe	Anzahl der genehmigten Gesuche
Reduzierte Arbeitszeit	10	2.412
Null Stunden		
Insgesamt	10	2.412

TABELLE Nr. 5

#### Beschäftigungsentwicklung (in einigen Sektoren) 1972—1974 (abhängige Arbeiter)

Sektoren	1972	1973	1974
Bergbau	650	750	590
Verarbeitendes Gewerbe	24.500	26.200	26.300
Baugewerbe, Energie und Wasserversorgung	11.850	12.200	12.000
Handel und Gastgewerbe	18.200	20.200	20.400

Quelle: Industrie und Handelskammer - Vergleichsmonat: Oktober

<sup>1)</sup> Vgl. Artikel von Luciano BARCA in „Riforma“ vom 16. Mai 1975, n. 20, Seite 3.

<sup>2)</sup> Südtirol 81 - Seite 66.

<sup>3)</sup> Vgl. E. PEGGIO in „Politica ed economia“, März 1975, Heft 1-2, Seite 57.

<sup>4)</sup> Vgl. E. PEGGIO in „Politica ed economia“, März 1975, Heft 1-2, Seite 5.

# Betrachtungen über das Lehrlingswesen in Südtirol - 2. Teil

Gottlieb Fomella - Basisgruppe Padua

würdige Krise sicherlich nicht durch eine abwartende Haltung lösbar sein. Weil wir eben einen Rückstand aufzuholen haben, könnten wir durch unerschlossenes Zuwarten nur noch mehr ins Hintertreffen geraten.

## Mögliche Auswirkungen einer weiteren Verschlechterung der Beschäftigungslage

Wenn sich die Beschäftigungslage in Südtirol weiterhin verschlechtern, sind folgende Auswirkungen vorstellbar:

1. Die Ausweichmöglichkeiten durch Auswanderung werden auf Grund der allgemeinen Krise geringert. Es ist sogar eine zusätzliche Belastung durch Rückwanderungen zu erwarten.
2. Frauen und Jugendliche wären in noch größerem Ausmaß als bisher gezwungen, erwerbslos zu bleiben und „zu Lasten ihrer Familie“ zu leben. Die Unterbeschäftigung in Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel würde wieder zunehmen. Dadurch wird der Lebensstandard in diesen Sektoren weiter hinabgedrückt.
3. Einige auf Saisonal- und Gelegenheitsarbeit eingestellte Sektoren (Fremdenverkehr, Landwirtschaft...) könnten die Notlage der Arbeiterschaft ausnützen und die Qualität der Arbeitsplätze verschlechtern.

## Wo kann eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik ansetzen

Es gibt sicherlich kein Rezept, um die weltweite Krise des Kapitalismus zu beseitigen, ohne ihn selbst zu überwinden. Es gibt aber Möglichkeiten, die Lasten dieser Krise anders zu verteilen, als es den sogenannten Wirtschaftskreisen vorschwebt.

Eine dieser Möglichkeiten besteht in einer neuen Industrialisierungspolitik, die sich nicht nur auf die Anlockung neuer Betriebe (durch Subventionen, Lohnerhöhungen, vorgünstige Kredite, Steuerfreiheit, billige Arbeitskräfte) beschränkt, sondern sich gerade auf Grund der öffentlichen Unterstützung ein echtes Mitspracherecht bei allen Entscheidungen sicherstellt, die sich auf die Beschäftigungslage auswirken.

Außerdem könnten durch die zeitgerechte Verwirklichung der öffentlichen Vorhaben neue Arbeitsplätze geschaffen und die sozialen Voraussetzungen (Wohnungen, Dienstleistungen, Schulen, Krankenhäuser...) für eine gesicherte Zukunft verbessert werden.

Durch die bevorzugte Förderung genossenschaftlicher Initiativen könnten größere Unabhängigkeit von ausländischem Kapital und bessere Möglichkeiten für eine echte Wirtschaftsprogrammierung geschaffen werden.

Es gibt sicherlich noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten, auch in dieser Krisenzeit eine fortschrittliche Lösung der Beschäftigungsprobleme anzustreben, aber die Ansätze dafür liegen wohl vorrangig auf den vorhin angedeuteten Gebieten.

Von den 2608 befragten Lehrlingen deutscher Muttersprache kommen 26% aus landwirtschaftlichen Kleinbetrieben und 24% aus dem Handwerk. Wenn wir noch die 10% Industrie- und Landerbeiterkinder hinzuzählen, so kommen wir auf 60% Lehrlinge, welche aus den untersten und unteren Einkommensklassen stammen. Dem stehen 40% Lehrlinge gegenüber, welche sich auf insgesamt 10 verschiedene Arten von einkommensstärkeren Familien verteilen. Kinder von Großbauern, Industriellen, Freiberuflern und leitenden Beamten weisen in der Untersuchungsgruppe eine verschwindend kleine Präsenz auf. Diese ersten Daten geben schon einen klaren Aufschluß über die soziale Herkunft der Lehrlinge.

## Umfrageergebnisse über die Handwerkerlehrlinge

Den Umfrageergebnissen über die Handwerkerlehrlinge wollen wir einen breiten Platz einräumen, da es sich dabei um jenen Wirtschaftszweig handelt, welcher am meisten Lehrlinge beschäftigt. Was die Vorschulbildung anbelangt, so ermittelten wir, daß 40% der befragten Handwerkerlehrlinge die Mittelschule nicht abgeschlossen haben. Wenn dazu die Malerlehrlinge mit 74% eine traurige Spitze erreichen, so ist das nach 10 Jahren Finkeitsmittelschule und aus der Sicht der angestrebten „Chancengleichheit“ ein beschämendes, aber klare Worte sprechendes Resultat. Wenn 57% der Befragten die Berufsschule als „sehr nützlich“ bezeichnen, so ist das vielleicht auf den Umstand zurückzuführen, daß die Lehrlinge durch den mehr oder weniger berufsbezogenen Lernstoff der Berufsschule eher motiviert werden können als durch die allgemeine und abstrakte Wissensvermittlung der Pflichtschule. Während 31% der Handwerkerlehrlinge die Berufsschule noch als „ziemlich nützlich“ betrachten, halten sie 2% für „total unnützlich“.

In den Augen mancher Arbeitgeber muß die Berufsschule hingegen ziemlich unnütz sein, wenn wir bedenken, daß über 9% der befragten Lehrlinge am Schultag arbeiten müssen (hauptsächlich Bäcker und Konditorlehrlinge). Während die Handwerkerlehrlinge 57,40% der insgesamt befragten Lehrlinge stellen, sind sie unter dem Modus „Arbeit am Schultag“ mit „nur“ 37,29% vertreten. Das heißt, daß die Lehrlinge des Handels und des Gastgewerbes noch öfters an Schultagen arbeiten müssen.

Daß die Lehrlinge über ihre im Gesetz festgehaltenen und in den einzelnen Kollektivverträgen ausgebauten Rechte nicht im geringsten informiert sind, wird durch die Tatsache bestätigt, daß 42% der Untersuchungsgruppe aus dem Handwerk über das Ausmaß des ihnen zustehenden Lohnes nicht Bescheid wissen. 13% sind der Meinung, weniger, und 14% sogar mehr als vorgeschrieben zu bekommen. Was das effektiv bezogene Gehalt anbelangt, so erhalten laut Umfrage 24% weniger als

25.000 und bloß 31% mehr als 50.000 im Monat.

Obwohl es gesetzlich verboten wäre, leisten 45% der Handwerkerlehrlinge nicht bezahlte und 35% bezahlte Überstunden. Auch die berufsfernen Arbeiten und Handlangerdienste wären den Lehrlingen untersagt, jedoch führen 48% der Befragten solche Arbeiten aus und zwar 36% bis zu zwei Stunden täglich. Die ebenfalls verbotene Sonntagsarbeit ist bei den Lehrlingen des Handwerks mit ca. 2% niedriger als bei den Lehrlingen anderer Wirtschaftszweige. Am freien Tag (gewöhnlich Samstag bzw. Sonntag-Nachmittag) müssen 44% der befragten Lehrlinge „manchmal“ und 9% „oft“ arbeiten.

Trotz dieser katastrophalen Situationen haben bloß 7% der betroffenen Untersuchungsgruppe mit einer Gewerkschaft Kontakt aufgenommen. Die Lehrlinge aus den graphischen Betrieben weisen mit 19% die weitaus häufigste Kontaktaufnahme mit den Arbeitnehmerorganisationen auf.

Daß sich die Lehrlinge ihrer prekären wirtschaftlichen und menschlichen Lage aber irgendwie bewußt sind, geht aus der Tatsache hervor, daß sich 40% als „unzufrieden“ erklärt haben. 25% beklagen sich wegen der langen Arbeitszeit und 30% wegen des niedrigen Gehalts. Wenn wir die Urteile der 1418 befragten Handwerkslehrlinge nach Berufsgruppen aufgliedern, so merken wir, daß jene Lehrlinge, welche objektiv der größten Ausbeutung ausgesetzt sind, sich am wenigsten beklagen. Ziehen wir außerdem die 53% „zufriedenen“ Lehrlinge in Betracht, so stellen wir fest, daß die Manipulation dieser jungen Menschen am Arbeitslohn, in der Schule, in der Ferne und durch die Kirche so stark ist, daß sie ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität nicht wahrnehmen sowie die Mittel zur Überwindung dieses Notstandes nicht erkennen. Die einzige und illusorische Maßnahme, mit der sich die Lehrlinge ihrem Los zu entziehen versuchen, besteht darin, daß sie ihren Arbeitsplatz häufig wechseln. Von den befragten Handwerkerlehrlingen haben 19% den Arbeitsplatz mindestens 1 Mal gewechselt. Wenn wir uns vor Augen halten, daß 60% der insgesamt befragten Lehrlinge (2608) seit weniger als einem Jahr arbeiten, dann liegt der errechnete Prozentsatz sehr hoch.

## Die Industrialisierung Südtirols und deren Auswirkung auf die Berufsausbildung

Nach einem langen Rückblick auf die Industrialisierung Südtirols beobachten wir am Anfang der vier Jahre die ersten Zeichen einer industriellen Entwicklung, welche hauptsächlich vom ausländischen Kapital vorangetrieben wird. Die Ursache dieser immer stärker werdenden ausländischen Industrialisierung liegt in der Tatsache, daß Südtirol als Randgebiet des europäischen Kapitals vorwiegend Agrarwirtschaft aufweist, welche noch breite Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Das heißt, daß die durch die beginnende Konzentration und Rationalisierung aus dem Agrarsektor ausgestoßenen, sowie die in den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben unterbeschäftigten Arbeitskräfte für die ausländischen Unternehmen billige Arbeitskräfte darstellen, deren Lohnansprüche und soziale Rechtssicherheit weit unter dem Niveau der entwickelteren europäischen Wirtschaftsregimen liegt.

Während sich die politischen Interessenvertreter der Großbauern und Fotoherren gegen die Industrialisierung Südtirols schlugen (z.B. Continental), um ihren saisonbedingten Arbeitskräftebedarf weiter decken zu können und allgemein die konservativen Kräfte (SVP, Kirche...) die Zerstörung der traditionellen moralischen und Volkstumswerte durch das Entstehen eines proletarischen Bewußtseins fürchten, setzt sich die aufgeklärte Komponente der Südtiroler Bourgeoisie (Industrielle, Freiberufler...) für eine zaghafte Erneuerung der Südtiroler Wirtschaft im Sinne eines allgemeinen Anschlusses an die weltliche Industriegesellschaft ein. Die Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen nach einheitlichen und peripheren Industriensiedlungen gelten vor allem der Arbeitsplatzbeschaffung für Arbeitslose und Unterbeschäftigte sowie der Einschränkung der Auswandererquote bzw. deren Rückführung in die Heimat.

Angeichts der Tatsache, daß das inländische Kapital teils ungewillt und teils nicht in der Lage ist die notwendigen Arbeitsplätze zu beschaffen<sup>1)</sup> begünstigen die lokalen Verwaltungsorgane die systematische Ansiedlung ausländischer Industriebetriebe durch großzügige Unterstützungen.

Während die Landesregierung Steuererleichterungen und günstige Kreditbewilligungen gewährt, stellen die Gemeindeverwaltungen die Infrastruktur (Bayplätze, Zufahrtsstraße, Wasserleitung, Stromzufuhr...) kostenlos oder zu symbolischen Preisen zur Verfügung. Diese Art von Entgegenkommen hat einer gezielten Spekulation von Seiten der begünstigten Unternehmen den Weg bereitet, welche darauf ausgeht, die ungenutzten Infrastrukturen, Kreditbewilligungen und Steuererleichterungen für die vorgesehenen Zeit (5 bis 10 Jahre) in Anspruch zu nehmen und dann den Betrieb in eine andere

Zone (Marona, Vlarana, Venedig, Broscio...) zu verlegen, um dort mit den alten Anlagen eine neue Spekulation aufzulegen.

Die in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen sowie der Umstand, daß die ausländischen Unternehmen wegen der betriebswirtschaftlichen Abhängigkeit vom Mutterbetrieb im Ausland bei einer eventuellen Rezession durch die ausländigen Stellen schwer kontrollierbar sind (siehe Entlassungen und Lohnausgleichskasse bei Euroindex, Esterglas, Polgor u.a.), sollten die Landesregierung und die Gemeindeverwaltungen veranlassen, stärkere Garantien für die Erhaltung der Arbeitsplätze zu schaffen bzw. das Entstehen lokaler Industriebetriebe primär zu fördern.

Letzthin ist es aber Aufgabe und Anliegen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbst, für die Erhaltung der Arbeitsplätze sowie für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (Arbeitsstatut) und der Kollektivverträge in in- und ausländischer Betrieben zu kämpfen. Die Beispiele von Montecatini bei St. Ulrich, Euroindex in Kältern, Esterglas in Vezzan, Petrasport in Auer u. a. beweisen, daß der Versuch der herrschenden politischen Kräfte, durch die ausschließliche Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben die Ausweitung der proletarischen Bewußtseinsbildung und der Politisierung von den vorwiegend italienischen Fabriken der Bozner Industriezone<sup>2)</sup> auf die deutschsprachigen Arbeiter der peripheren Klein- und Mittelbetriebe Südtirols zu unterbinden, fehlgeschlagen hat.

Was die quantitative Entwicklung des Südtiroler Industriesektors betrifft, so konnten die einzig aufschlußreichen Daten beim Landesamt für Industrieförderung ermittelt werden. Die Statistiken des genannten Amtes umfassen die Industriebetriebe in- und ausländischer Herkunft mit wenigstens 20 Beschäftigten, welche im Zeitraum 1959/72 neu erstellt, erweitert oder verinnert wurden und die Beratung bzw. Förderung des Amtes beansprucht haben. Laut dieser Statistik sind in Südtirol im Zeitraum 1959/72 54 neue Betriebe angegliedert worden, wovon mehr als die Hälfte (28) ausländischer Herkunft ist. Während sich die neu erstellten inländischen Betriebe auf die Holzverarbeitung konzentrieren, produzieren die ausländischen Fabriken vorwiegend Bestandteile für den in der Metallverarbeitung operierenden Mutterbetrieb im Ausland (EFPIA - KOPPE in Schluderns, King Italiana in St. Martin/Passoier, Birfield, Vandorvell und Bound Brook Italiana in Bruneck, Apparatebau in Neumarkt...). Während 19 der 28 ausländischen Betriebe (= 68%) aus der BRD stammen, bestehen die restlichen 9 aus produktiven Kapitalinvestitionen aus Österreich, den Niederlanden, der Schweiz und Schweden.

Die durch die Berufsausbildung vermittelten Qualifikationen hängen von der jeweiligen technischen Struktur des Produktionsprozesses ab. Da, je-

folge der derzeitigen Phase der kapitalistischen Akkumulation, die Umschlagszeit des fixen Kapitals immer kürzer wird, erfordert die Änderung der vom Kapital gefragten beruflichen Qualifikationen eine immer größere Beschleunigung. Für den Arbeitsmarkt bedeutet das, daß das Kapital nicht mehr einer Arbeitskraft mit spezifischer beruflichen Qualifikation bedarf, sondern eine Arbeitskraft vorzieht, welche durch die Grundschule für die kapitalistische Gesellschaftsordnung sozialisiert worden ist und an den Berufsschulen bzw. an den technischen Instituten eine polytechnische Ausbildung genossen hat, welche seine berufliche Mobilität ermöglicht.

Diese vom Industrie-Kapital an die berufsbildende Schule gerichtete Forderung kann auch in Südtirol beobachtet werden. So ging schon im Juli 1964 aus einer in Bozen abgehaltenen regionalen Konferenz der Südtiroler und Trentiner Industriellen klar hervor<sup>3)</sup>, daß auch das lokale Industriekapital Arbeitskräfte mit einem vielseitigen Berufsprofil vorzieht. „... non merita specializzarsi a scuola, ma occorre far acquisire agli allievi gli elementi essenziali di un mestiere tradizionale in modo cioè da permettere una più larga e multiforme utilizzazione degli allievi licenziati“. „... così l'azienda ha a disposizione un elemento in grado di essere impiegato in un'altra lavorazione, capace di apprendere nuove tecniche, di essere spostato o utilizzato in vari settori, cosa che non sarebbe possibile ottenere da un allievo che avesse avuto un'istruzione di tipo specialistico“.

Für die Schule im allgemeinen bringt das eine Verminderung der wirtschaftlichen Relevanz all jener Oberschulen und Universitätsinstitute mit sich, welche zur Zeit noch spezialisierte Fachkräfte ausbilden und es beschleunigt die Tendenz, die in den verschiedenen Schultypen zu vermittelnde Kultur zu vereinheitlichen. Für die unsere Berufsausbildung hat es zur Folge, daß die für die Industrie bestimmten Arbeitskräfte nach dem Abschluß der Pflichtschule nicht an der traditionellen Berufsschule ausgebildet werden sollen, sondern daß sie einen kurzen Fachkurs besuchen und dann in den industriellen Arbeitsprozess eingegliedert werden, wo sie in kurzer Zeit ihre vorläufige Spezialisierung erhalten. Vorläufige deshalb, weil die marktbedingten Umstrukturierungen des Produktionsprozesses eine entsprechend häufige Änderung der beruflichen Qualifikationen erfordert. Die Umschulung auf die neu gefragte Spezialisierung

<sup>1)</sup> Das primäre Motiv einer produktiven Kapitalinvestition ist ausschließlich die Verneuerung des eigenen Gewinnes (Profit) und nicht das Beschaffen von Arbeitsplätzen!

<sup>2)</sup> Zur Bozner Industriezone sei bemerkt, daß die Fabriken Accierie, Maresio, Lancia... nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen, sondern im Zuge der Italianisierungspolitik des Faschismus angegliedert wurden.

<sup>3)</sup> Considerazioni e note sulla formazione professionale luglio 1964 Südtiroler Wirt. und Sozial. Inst. 6/106

hant durch Betriebsferien, Intensivkurse oder durch öffentliche Branchenlehre erlangen.

Neben der erforderlichen beruflichen Mobilität der Industriearbeiter existiert auch ein zweiter Faktor, welcher den Einsatz des traditionellen Lehrlings in der Industrie erschwert. Der Umstand nämlich, daß im industriellen Arbeitsprozess die Arbeiter eine komplexe und zusammenhängende Maschinennarbe bedienen (Fließband), fördert die dauernde Präsenz aller Arbeiter. Nachdem jedoch die Lehrlinge laut Gesetz höchstens 4 1/2 Stunden (einschließlich der 8 Stunden Berufsschule) in der Woche arbeiten dürfen, keine Überstunden leisten und Schenarbeits verrichten sollten, nachdem sie außerdem an einem Wochentag die Berufsschule besuchen müßten, so wäre mit dem Einsatz dieser Lehrlinge die optimale Auslastung der Betriebsanlagen in Frage gestellt.

Die oben dargelegte Tendenz des industriellen Kapitals wird für Südtirol durch die Tatsache bestätigt, daß im Jahre 1962, zur Zeit der einsetzenden Industrialisierung Südtirols, durch ein Landesgesetz die sogenannten Berufserrichtigungskurse eingesetzt wurden. Die genannten Kurse sollten einerseits aus den oben erwägten Gründen die traditionelle Berufsschule ersetzen und zum anderen die Nachfrage von qualifizierten Arbeitern von Seiten der neu angesiedelten Fabriken decken. Außerdem werden diese Kurse von vielen Absolventen der Berufsschule besucht, welche als Handwerkergehilfen entweder keinen Arbeitsplatz finden (weil die Lehrlinge billiger zu haben sind) oder im Handwerksektor zu wenig verdienen und sich für die Fabrikarbeit umschulen wollen. Das trifft hauptsächlich für Metallarbeiter zu.

Die eindeutigste Bestätigung der bisher angestellten Überlegungen geht aus einem Vergleich hervor, den wir zwischen den Statistiken des Inspektors der Berufsschulen und denen des Landesamtes für Berufserrichtigung anstellen können. Aus den genannten Statistiken resultiert, daß im Jahrzehnt 1960/70 die Gesamtzahl der Lehrlinge zwar gestiegen ist, im Handwerk aber stationär geblieben ist. Während die Lehrlinge der metallverarbeitenden Handwerksbetriebe den unflüchtigsten Rückschlag aufweisen, verzeichnen im gleichen Zeitraum gerade die Berufserrichtigungskurse für die Metallverarbeitung mit 28% der insgesamt abgehaltenen Kurse den größten Anstieg.

Abschließend können wir sagen, daß die von der derzeitigen historischen Entwicklung des industriellen Produktionsprozesses bedingten beruflichen Qualifikationen mit der im wesentlichen spezialisierten Organisationsform des Ausbildungswesens nicht vereinbar sind und es deshalb zur Errichtung der Einheitsmittelschule, zu Reformtendenzen im gesamten Ausbildungssektor und schließlich auch zur Einführung der genannten Berufserrichtigungskurse gekommen ist.

Der Handelssektor im Jahrzehnt 1961/71

Während sich im Jahrzehnt 1961/71 der Handelssektor Südtirols um 28% vermehrte, stieg die Beschäftigtenzahl um 20%. Die Anzahl der in diesem Sektor beschäftigten Lehrlinge nahm im besagten Zeitraum von 843 auf 1191 das sind 29% zu. Zur Zeit der Umfrage waren 1310 Lehrlinge in der Abteilung Handel der deutschsprachigen Berufsschule eingeschrieben.

Das sind 29% der gesamten deutschen Lehrlinge.

Die überwiegende Anzahl der Handelslehrlinge sind in Kleinbetrieben und Mittelbetrieben beschäftigt. Großkaufhäuser wie STANTA, UPEM, COPE usw. ziehen den Lehrlingen ungelernte Arbeitskräfte vor, welche durch intensive Intensivkurse für die zu leistende Arbeit ausgebildet werden. Das reibungslose Funktionieren eines Verteilerzentrums mit fortgeschrittener Arbeitsteilung erfordert nämlich die dauernde Präsenz aller Arbeitskräfte und ist mit den gesetzlichen Bestimmungen zum Lehrlingswesen sowie mit dem Stundenplan der Berufsschule schwer zu vereinbaren (aus der Sicht des Arbeitsgebers natürlich). Wie die Berufserrichtigungskurse für den Industriezweig, so haben auch die genannten betriebsinternen Kurse des Handels die Funktion, dem Verteilerzentrum mit fortgeschrittener Arbeitsteilung bereits ausgebildete Arbeitskräfte zu liefern.

Mögen die Beschäftigten der großen Kaufhäuser zwar nach kurzer Anlernungszeit das Gehalt eines qualifizierten Arbeiters beziehen, so haben sie jedoch Schwierigkeiten, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, da sie kein anerkanntes Berufsausbildungsdiplom besitzen. Außerdem leiden besonders die Verkäufer dieser Großkaufhäuser unter dem Umstand, daß zwischen ihnen und den Konsumenten jede zwischenmenschliche Beziehung fehlt. Nachdem die Waren mit aufgeklebten Preis und werten Vergleichsmöglichkeiten offen zur Schau gestellt sind, ziehen die Konsumenten höchst selten das anwesende Personal zur Beratung heran. Während sich also die Verkäufer darauf beschränken, in die gestöberten Regale wieder Ordnung zu bringen und fehlende Waren nachzuliefern, besteht die Aufgabe des Kassiers oder der Kassierin einfach darin, die aufgeklebten Preise abzutippen und die geschaffelte Goldsumme zu kassieren. Wenn wir bedenken, daß ein Einkauf in soch einem Superladen oft ohne jeglichen Wortwechsel zwischen Konsument und Personal erfolgt (man kann schließlich sogar den geschuldeten Betrag von der Registrierkasse ablesen), dann darf es nicht Wunder nehmen, wenn sich die betroffenen Verkäufer nutzlos und total entfremdet fühlen.

Wie bereits erwähnt, ist der Großteil der Handelslehrlinge in Kleinbetrieben beschäftigt. Für sie wiederholt

sich das, was wir bereits bei den Handwerkerlehrlingen beobachtet haben. Durch das paternalistische Verhältnis, welches der Arbeitgeber zu den Lehrlingen aufrechterhalten sucht, gelingt es ihm, sie an der Stange zu halten und zeitliche Mehrarbeit herauszuziehen. An ein Aufleben des Lehrlings gegen diese vom Teil legitime Form der Ausbeutung ist angesichts des ungleichen Kräfteverhältnisses nicht zu denken. Der eventuelle Arbeitsausstand eines in einem Kleinhandelsbetrieb arbeitenden Lehrlings hätte die sofortige und gründlose Entlassung zur Folge. Hingegen haben sämtliche Beschäftigte und somit auch die Lehrlinge von Großbetrieben wie UPEM, STANTA schon öfters zum Streik-Mittel gegriffen, ohne repressive Maßnahmen befürchten zu müssen.

Bevor wir auf die Umfrageergebnisse näher eingehen, sei erwähnt, daß der Prozentsatz der Handelslehrlinge auf die insgesamt Beschäftigten in den Textil- und Konfektionsgeschäften mit rund 20% am höchsten ist<sup>1)</sup>. Um nicht Kommentare zu wiederholen, welche wir schon bei der Besprechung der Umfrageergebnisse der Handwerkerlehrlinge gegeben haben, wollen wir uns im folgenden darauf beschränken, die Ergebnisse über die Handelslehrlinge skizzenhaft darzulegen.

26% der Befragten haben die Mittelschule nicht abgeschlossen. Bei den Metzgerlehrlingen sind es 67%, 5% dieser letzteren haben nicht einmal die Volksschule abgeschlossen. 41% arbeiten „manchmal“ am freien Tag, 7% tun es „oft“, 26% arbeiten sogar an Schultagen. Die Arbeit an Schultagen kann vom Direktor der Berufsschule erlaubt werden, wenn der Arbeitgeber darauf fragt. Bei den Bäcker- und Konditorei-Lehrlingen steigt der Prozentsatz auf 43%, 61% der 985 Lehrlinge zählenden Untersuchungsgruppe leisten Überstunden, 15% bezahlt und 46% nicht bezahlt.

Obwohl es gesetzlich verboten wäre, den Lehrlingen Handlangerdienste bzw. berufsfremde Arbeiten zuzuweisen, leisten 50% der Handelslehrlinge für 2 und mehr Stunden am Tag solche Arbeiten. Mit der (vom Lehrling ungewollten) Tatsache, daß er häufig zu „unproduktiven“ Arbeiten herangezogen wird (Rehren, Putzen, Botengänge...) versuchen die Arbeitgeber den niedrigen Lohn zu rechtfertigen, „da der Lehrling ja sowieso nur eine Last ist“. In Wirklichkeit aber ist es so, daß der Lehrling wohl produktiv arbeitet (auch Rehren ist produktiv im weltlichen Sinn, da es ohnehin geschahen muß), der Arbeitgeber häufig aber seiner Verpflichtung nicht nachkommt, den Lehrling in die zu erlernenden Arbeit einzuführen, sondern nur einfach alle jene Arbeiten zuschiebt, zu deren Ausführung es keiner langen Erklärung bedarf.

<sup>1)</sup> Was die Verteilung auf die verschiedenen Branchen angeht, so konnten wir ermitteln, daß 77% von den 985 Lehrlingen Handelslehrlinge (1/2%) als Verkäufer tätig sind.

Wenngleich die Hälfte der befragten Handelslehrlinge weniger als 50.000 Lire im Monat verdienen, so haben doch 85% von ihnen keinen Kontakt mit den Gewerkschaften. Jedoch nennen sich 29% „unzufrieden“ und 20% haben den Arbeitsplatz wenigstens 1 Mal gewechselt. Abgesehen von einigen produktiven Abweichungen scheinen also bei den Handelslehrlingen dieselben Probleme auf, welchen wir schon bei den Lehrlingen des Handwerks begegnet sind.

### Die Situation im Gastgewerbe

Die rasche Entwicklung des Südtiroler Gastgewerbes im Jahrzehnt 1961/71 ist hauptsächlich auf den Touristenzustrom aus dem Ausland zurückzuführen. Den größten Zuwachs im besagten Zeitraum verzeichnen die Pensionen und Zimmer mit Frühstück. Diese letzteren stellen vielfach eine Nebenverdienstquelle dar für Familien, deren hauptberufliche Tätigkeit nicht oder kaum ausreicht, um die lebensnotwendigen Bedürfnisse zu befriedigen und wickeln sich auf das Arbeitsangebot in geringfügigem Maße aus. Während die genannten Pensionen häufig auch nicht qualifiziertes Personal einsetzen (Aufräumerin, Büglerin...), wirkt sich die Personalsachfrage der Restaurants, Kaffees und der Gasthäuser auch auf die qualifizierten Arbeitskräfte aus.

*Auf Grund der vorwiegenden Saisoncharakter der Beschäftigung im Gastgewerbe werden die betreffenden Schulungskurse meist in den Zwischensaisonzeiten abgehalten. Wie in der Industrie die Berufsertüchtigungskurse und im Handel die betriebsinternen Intensivkurse, so findet also die Struktur der Schulungskurse des Gastgewerbes in der betriebsspezifischen Arbeitsorganisation ihre Begründung. Der genannte Saisoncharakter der Beschäftigung im Gastgewerbe wirkt sich auf den Arbeitsmarkt durch periodische Freisetzung von Arbeitskräften mit folgender Unterbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit aus. In den Zwischensaisonzeiten sinkt die Anzahl der im Gastgewerbe Beschäftigten bis zu 100%!*

So wie in der Landwirtschaft aufgrund der Konzentration und Rationalisierung immer mehr selbstständige und ganzheitlich beschäftigte Arbeitskräfte „freierwerden“ und die Nachfrage von Saisonarbeitern ständig zunimmt, so weisen auch die unzähligen und wiederholten Saisonarbeits-Angebote durch Zeitungsinserte (Dolomiten) auf die immer größer werdenden Schwierigkeiten hin, Arbeitskräfte zu finden, welche der (wenn auch relativen) sozialen Sicherheit einer Ganzbeschäftigung den momentanen wirtschaftlichen Vorteil der Saisonarbeit vorziehen. Aus diesem Grund läßt sich der Widerstand von Grundbesitzern und Hoteliers gegen die Industrialisierung Südtirols erklären. Durch die ganzjährige und unbefristete Arbeitsplatzbeschaffung in lokalen und peripheren Fabriken sinkt die Anzahl der

Arbeitslosen und Unternehmensmitglie- und somit die Möglichkeit, Arbeitskräfte für saisonale Beschäftigungen einzustellen.

Obwohl die durch die Hotelfachschule fürs Gastgewerbe ausgebildeten Jungarbeiter nicht zum traditionellen Typ des Lehrlings zählen, befinden sie sich in derselben wirtschaftlich und gesellschaftlich prekären Lage wie die Lehrlern, weil die Arbeitgeber ihr junges Alter und ihre berufliche Unerfahrenheit häufig dazu ausnützen, sie für wenig Geld lang und hart arbeiten zu machen. Die Umfrageergebnisse der 93 befragten Jungarbeiter des Gastgewerbes bekräftigen die oben dargelegten Aussagen eindeutig.

50% der Befragten haben die Pflichtschule nicht abgeschlossen, 66% leisten Überstunden, 50% arbeiten „manche-mal“ und 17% häufig am freien Tag, 25% sind überzeugt, zu viele Arbeitsstunden zu machen und 16% beklagen sich über die geringe Entlohnung. Trotz dieser unhaltbaren Zustände erklären sich jedoch 63% „zufrieden“. Dennoch aber haben 53% der besagten Untersuchungsgruppe den Arbeitsplatz mindestens 1 Mal gewechselt. Der überraschend hohe Prozentsatz von „Zufriedenen“ kann nur damit erklärt werden, daß aufgrund der allgemeinen Manipulation durch die ausschlaggebendsten Erziehungsinstitutionen (Familie, Schule, Militär, Kirche) die jungen Menschen sogar ihre elementarsten materiellen Bedürfnisse nicht wahrnehmen und eine unrealistische Bewertung ihrer Lage abgeben. Es handelt sich in diesem Fall um ein „falsches Bewußtsein“ im Sinne, daß die Erkenntnisfähigkeit des Menschen durch die ihm kontrollierenden gesellschaftlichen Kräfte manipuliert worden ist.

### Schlußbetrachtungen zu den bisher analysierten Umfrageergebnissen

Während wir im vorhergehenden Teil der Analyse die Untersuchungsergebnisse der verschiedenen Wirtschaftssek-

toren getrennt betrachtet haben, wollen wir im folgenden die wichtigsten Daten auf die gesamte Untersuchungsgruppe darstellend skizzenhaft anführen.

Obwohl die Lehrlinge je nach Alter und laut Gesetz höchstens 35 bis 44 Wochenstunden arbeiten dürfen (8 Schulstunden pro Woche miteinbegreift), arbeiten in Wirklichkeit 38% der Lehrlinge 45 bis 54 Stunden und 15% sogar mehr als 55 Stunden pro Woche, 5% der befragten Lehrlinge arbeiten verbotenerweise auch an Sonntagen, 7% arbeiten oft am freien Tag. Auch die Überstunden wären gesetzlich untersagt. Dennoch leisten 31% der Befragten bezahlte und 45% unbezahlte Überstunden.

Obwohl die Lehrlinge weder für Handlungsarbeiten noch für berufs-fremde Arbeiten herangezogen werden dürften, müssen 52% der Untersuchungsgruppe solche Dienste verrichten.

Trotz dieser erdrückenden Arbeitslast übersteigt der Monatslohn von 56% der 2608 befragten Lehrlinge nicht den Betrag von 50.000 Lire. Dabei bekommen 18% bis zu 25.000, 38% von 26.000 bis 50.000 und bloß 37% bekommen mehr als 50.000 Lire monatlich.

Aufgrund dieser unhaltbaren wirtschaftlichen und menschlichen Zustände erklären sich 35% „unzufrieden“ und zwar 21% wegen der zu langen Arbeitszeit und 24% wegen der niedrigen Entlohnung. Wenn wir schließlich bedenken, daß rund 60% der insgesamt befragten Lehrlinge erst seit einem Jahr arbeiten, dann sind die 20%, welche den Arbeitsplatz schon wenigstens 1 Mal gewechselt haben, außerordentlich relevant.

Nachdem die Probleme der Schule im allgemeinen und jene der Berufsschule im besonderen einen komplexen Themenkreis darstellen, wollen wir diesen in der nächsten Skolast-Nummer den abschließenden Teil unserer Arbeit widmen.

Für die Basisgruppe  
Padua  
Pomella Gortlieb

Die deutsche Firma  
DYNAMIT NOBEL AG  
sucht für ihr Zweigwerk  
in Anzio bei Rom einen

## technischen Leiter

Er soll doppel-sprachig sein und bereits Kontakt mit der Autoindustrie haben oder zumindest auf einem ähnlichen Gebiet orientiert sein. Die Stelle ist gut dotiert. Anfragen an Herrn Dr. Karl Illmer, 38012 Meran, Sparkassenstraße 24, Telefon 22 186

# Decreti delegati: Reform der Schule?

Elmer Locher

Es soll hier nicht versucht werden, die gesamte Problematik der fünf Dekrete, die am 13.9.1974 in der Beilage der „Gazzetta Ufficiale“ veröffentlicht worden sind und die schon vorher in der Wochenzeitschrift „La Discussione“ (13.6.1974, Nr. 1024) und in der halbmönatlich erscheinenden Publikation „CGIL-Sindacato e scuola“ (28. Juni 1974) erschienen sind, zu behandeln. Diese Dekrete betreffen in der Reihenfolge, in der sie erschienen sind, folgende Sachgebiete:

1. Istituzione e riordinamento di organi collegiali della scuola materna, elementare, secondaria ed artistica.
2. Norme sullo stato giuridico del personale docente, direttivo ed ispettivo della scuola materna, elementare, secondaria ed artistica dello Stato.
3. Corresponsione di un compenso per lavoro straordinario al personale ispettivo e direttivo della scuola materna, elementare, secondaria ed artistica.
4. Sperimentazione e ricerca educativa, aggiornamento culturale e professionale ed istituzione dei relativi istituti.
5. Norme sullo stato giuridico del personale non insegnante statale delle scuole materne, elementari, secondarie ed artistiche.

Es soll hier nur versucht werden:

1. einen kurzen Abriss der Geschichte der „Decreti delegati“ zu liefern;
2. eine politische Bewertung derselben vorzunehmen;
3. politisch wichtige Forderungen für die Wahl der Kollegialorgane anzugeben;
4. eine kurze Bemerkung zur Anwendung bzw. Nicht-Anwendung der „decreti delegati“ auf Landesebene, zu geben;

Zu 1)

Hier ist zu sehen, daß der gesetzliche Weg der „decreti delegati“ in ihren entscheidenden Inhalten mitbestimmt worden ist von der jeweiligen Regierung. Mittellinks-Regierung 1970-1972: in die Reformvorschlüsse zur Schule, mit denen diese Mittellinks-Regierung angetreten ist, fiel auch die Neuordnung des „stato giuridico“ für die Lehrer, der bis dahin immer noch von der faschistischen Gesetzgebung geregelt war. Dieses Bedürfnis einer Neuordnung wurde dringend durch die Agitationen gegen Ende des Schuljahres, in denen die Lehrer die Blockierung der Prüfungen und der Notenkonferen-

zen angeprödeln hatten. Im Herbst 1970 wurde ein Gesetzesentwurf in die Abgeordnetenkammer eingebracht. Hier ist zu präzisieren, daß es sich nicht um eine normale Gesetzesvorlage gehandelt hat, sondern um ein Notverordnungs-gesetz, das nur die Rahmenrichtlinien absteckt, die als Interpretationsspielraum für die Regierung in der Ausarbeitung der endgültigen Gesetzesvorlage fungieren. Daran die Mitte-rechts-Regierung 1972 wurden allerdings einige entscheidende Begrenzungen eingeführt. Dies geht aus dem Text, den die Kommission für Öffentlichen Unterricht dem Senat im März 1973 vorgelegt hat, hervor:

1. Sie begrenzt die Lehrerfreiheit zu berücksichtigen bleibt bei der Ausübung dieser Lehrerfreiheit auch die moralische und staatsdienliche Entwicklung der Schüler.
2. Die sehr generell gewordene Forderung der universitären Ausbildung der Lehrer
3. Die detailliert aufrechenhaltene Differenzierung zwischen den verschiedenen Stammrollen
4. Die Verschärfung der Normen bei der Lehrerbewertung.
5. Die Übertragung des Vorsitzes in den verschiedenen Kollegialorganen an die Funktionäre des Staates (Direktor, Schulleiter, usw.).
6. Der Ausschluß der Vertreter der öffentlichen Körperschaften aus dem Provinzialschulrat (bei uns Landesschulrat).

Entscheidend für die weitere Entwicklung der „decreti delegati“ ist das Abkommen vom Mai 1973 geworden, auch als Beziehungspunkt der Gewerkschaften in ihren weiteren Forderungen, die die „decreti delegati“ als Ausgangspunkt der Demokratisierung und nicht als deren Abschluß betrachten. Zu diesem Mai-Abkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften war es unter Androhung eines Generalstreikes gekommen, in der für die Mitte-rechts-Regierung durch die Verschärfung der Arbeitskämpfe immer schwieriger werdenden Situation. Dies hatte seine Auswirkungen auch auf den Schulsektor. Es kam hier keine genaue Analyse des Mai-Abkommens vorgenommen werden, es sollen nur einige Punkte angemerkt werden. Dieses Mai-Abkommen zeichnete sich durch eine genauer skizzierte Perspektive aus, die auch den Schulbau, das Recht auf Studium, Ausbau des Kindergartenwesens, Reduzierung der Anzahl der Schüler pro Klasse, Ausbau der Integration im Pflicht-

Schulbereich, betrafen. Was den „stato giuridico“ des Schulpersonals anbelangt, sah das Mai-Abkommen die Verhandlung nach dreijähriger Vertagung (contrattazione differita). Die Lehrerfreiheit wurde nur noch abhängig gemacht von der Verfassung und von den Staatsgesetzen, die sie auslegen. Die Verantwortlichkeit des „stato giuridico“ der Lehrer auf zwei Ebenen (Abolman e Lauria) wurde in Aussicht gestellt. Die Bewertungsnoten für das unterrichtende Personal wurden aufgehoben. Zu den bereits bestehenden Kollegialorganen wurde das Kollegialorgan auf Bezirksebene eingeführt. Das Prinzip der Wählbarkeit der Vorsitzenden für die verschiedenen Kollegialorgane wurde anerkannt, und die Möglichkeit, auch während der behaltenden Gewerkschaftsverhandlungen abzuhandeln, wurde in Aussicht gestellt. Von diesen Zugeständnissen sind allerdings die meisten in der endgültigen Fassung der verschiedenen Dekrete nicht mehr vorhanden. Deshalb blief das Mai-Abkommen für die Gewerkschaften in der Herstellung ihrer Forderungskataloge um die Regierung von zentraler Bedeutung.

Zu 2)

Eine politische Bewertung der „decreti delegati“ kann nicht abschen von der schweren wirtschaftlichen Krisensituation und von der Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung (Zwei-Stufen-Modell zuerst muß man aus der wirtschaftlichen Krise herauskommen, dann können entscheidende Reformen durchgeführt werden) und wie sich diese auf den Schulsektor auswirken. Es wird ein massiver Angriff auf die Massenschule vorgenommen mit dem entscheidenden Ablassen von kostspieligen Reformen. (Z.B. wird die Volksschule nicht weiter ausgebaut, die Reform der Mittelschule und der Universität wird nicht vorgenommen, hier hat es nur die „provvedimenti urgenti“ zur Universität gegeben. Und schließlich verzichtet man noch auf die banalste materielle Voraussetzung für eine effiziente Schule, nämlich auf den Schulbau). Auf die Schulkrise ist in unserer Provinz bereits nicht besonders hingewiesen zu werden, auch wenn die offiziöse Sprachregelung, die in den „Dolomiten“ vorherrscht, gehaltenen Optimismus mündet.

Auf der politischen Ebene müssen die „decreti delegati“ als der erneute Versuch eines ideologischen Regimewechsels von seiten der DC angesehen werden, gerade in einem für die Loyalität des Systems so wichtigen Sektor wie die Schule, erneut massiv absteckend einzugreifen. Diesen Konsens konnte das Referendum (Mai 1974) nicht herstellen. Auf der anderen Seite fällt es schwer, die Einschätzung, die die „decreti delegati“ als einen entscheidenden Schritt zur Demokratisierung und als einen Sieg der Gewerkschaften nicht, ohne Widerspruch zu lassen. Und so hat auch nach der Verabschiedung der „decreti delegati“

die Auseinandersetzung in den Schulbewegungen nicht angehört, und es haben sich zwei Positionen gebildet. Eine Position, die die „decreti delegati“ als einen partiellen Sieg über eine veralteten Schulstruktur betrachtet (autoritär und bürokratisch, losgelöst von sozialen und ökonomischen Entwicklungen, Standorten des Unterrichts) und die in der Finanzierung der demokratischen Kämpfe öffentliche Körperschaften, Gewerkschaften, Eltern, Arbeiter in die Entscheidungsprozesse der Schule als das positive sehen.

Als Position dazu die offizielle Stellungnahme der Schulverwaltungen. CGIL: „I decreti delegati emanati in applicazione dello stato giuridico dei lavoratori della scuola, rappresentano un nuovo terreno di confronto ed una occasione indubbiamente importante per rompere l'isolamento nel quale la scuola è vissuta per lungo tempo. Non si tratta, naturalmente, di raccogliere acriticamente tutto il complesso delle norme nelle quali certamente riserve e critiche sono state avanzate. Si tratta di valutare i nuovi spazi che si aprono e le possibilità che si offrono non solo ai docenti e non docenti, ma a tutti i lavoratori, di partecipare alla gestione della scuola“ (Passagna sindacale n. 299 - 27.10.1974, S. 6).

„I decreti delegati emanati il 30 maggio 1974 in applicazione della legge 457 sullo stato giuridico del personale della scuola rappresentano nelle loro linee essenziali pur attraverso ambiguità e limiti il punto di partenza per una diversa gestione della scuola e uno degli strumenti (non l'unico certamente) e nemmeno il più importante per aprire spazi democratici all'interno di una istituzione fra le più arretrate e conservatrici del nostro sistema sociale.“ (R.S., S. 7).

Es muß aber klar gesagt werden, daß durch diese „decreti delegati“ der bisherige Klassencharakter der Schule kaum geändert wird. Anzumerken bleibt, daß die Führung der Schule weiterhin in den Händen der Exekutive bleibt (dies geht auch aus der Tabelle hervor, die weiter unten abgedruckt wird).

Die traditionellen Stützen innerhalb des Schulsystems auf den verschiedenen Ebenen (Direktor, Schulleiter und Minister) behalten eine übermäßig große Macht bei. In den Fällen, in denen die Kollegialorgane bindende Vorschläge formulieren können, betreffen diese selbst nur sekundäre Momente des Schulbereichs. Auf jeden Fall müssen diese Vorschläge vom (dem) Exekutivorgan durchgeführt werden und das steht wiederum unter dem Vorsitz des Direktors. Weiters handelt es sich in den Fällen, in denen die Organe bindende Vorschläge ausarbeiten, um reduzierte Organe, denen meist nur Vertreter des Schulpersonals angehören. (Auch darüber gibt die Tabelle Aufschluß.) Des weiteren tendieren „decreti delegati“ dazu, der Kooperation der Lehrer innerhalb der Schule entscheidende Positionen ein-

zuräumen. Die Vorschläge zu Didaktik auf Institusebene, die tatsächlich zählen, werden von den Lehrern ausgearbeitet. Das kann dazu führen, daß nicht an den jeweiligen Bedürfnissen angeknüpft wird, die gerade von den Arbeiter-Eltern als ihre eigenen Bedürfnisse (des Studierens, des Wohnens, Probleme des Arbeitsplatzes usw.) angesehen werden. Im übrigen zeigt die Wahrestimmung zu den Kollegialorganen, von welcher Grundkonzeption man ausgeht. Die Wahl zu diesen Organen hat getrennt auf verschiedenen Listen zu erfolgen (die Lehrer, die Arbeiter-Eltern, die Schüler, das nichtunterrichtende Personal, alle wählen getrennt auf eigenen Listen). Man geht offensichtlich davon aus, daß jede dieser Gruppen Bedürfnisse innerhalb der verschiedenen Kollegialorgane anspricht, die sich in ihrem Antagonismus neutralisieren. Die von der einen Seite so gelobte überwindene Trennung zwischen Schule und Gesellschaft kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Trennung doch sehr einseitig aufgehoben worden ist. Auf der einen Seite haben wir die Interessen der herrschenden Klasse durchaus gesichert (durch die Bestimmung der Inhalte und durch die Grundausrichtung der Schule, die nicht in Frage gestellt worden ist), aber kaum das politisch-emanzipatorische Interesse der Arbeiterklasse. Negativ wirkt sich aus, daß, wie die Diskussion in Italien gezeigt hat, die soziale Rolle des Arbeiters als Elternteil nicht unbedingt zusammenfällt mit der Rolle des Arbeiters als Lohnempfänger. Das hat natürlich Folgen für die Programmentwicklung innerhalb der Kollegialorgane.

Dieses wird noch stärker akzentuiert durch die Konzeption der „decreti delegati“, die den Arbeiter sehr viel eher mit seiner Kooperation der Eltern als mit seinen präzisen Klasseninteressen an der Schule identifiziert.

Zu 3)

Um zu vermeiden, daß sich in den Kollegialorganen nur Teilinteressen und Standesinteressen durchsetzen, wurde die Notwendigkeit, mit einer genau artikulierten Plattform in die Wahl der Kollegialorgane zu gehen, erkannt. „Essenziale diventa quindi per il movimento in vista di questo obiettivo l'individuazione di un programma che consenta di salvare un fronte di lotta e di individuare con chiarezza e isolare le forze che dentro e fuori la scuola, sono per la conservazione delle attuali strutture.“ Dieses artikuliert Programm gliedert sich in folgende Forderungskataloge:

a) Verbindlich gefordert wird eine antifaschistische Grundhaltung und die Verhinderung von autoritären Lösungsversuchen in der Schule, wobei erstere nicht nur die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Faschismus meint (die Geschichte Italiens seit 1969 ist reich an

Beispielen und diese brauchen also nicht besonders angesprochen zu werden, erwähnt sei nur die „strategia della tensione“). Diese antifaschistische Grundhaltung meint auch: „L'impegno antifascista significa anche lotta contro l'autoritarismo che si manifesta nella indisciplinata selezione di tipo classista e nelle insistenze giuridiche e di contenuto che ancora si ispirano al fascismo, significa lotta per una scuola democratica, viva nei suoi contenuti e nei metodi didattici, lotta per una scuola che assuma continuamente come riferimento culturale i dati di fondo delle trasformazioni sociali in atto e dei bisogni delle masse popolari in base ai principi di libertà e di uguaglianza sanciti dalla Costituzione“ (aus: „La Piattaforma per la scuola della federazione CGIL-CISL-UIL di Torino“).

b) Ausbau der Massenschule vom Kindergarten bis zur Universität, Ausbau der Vollzeitschule im Pflichtschulbereich, Verlängerung des schulpflichtigen Alters bis zu 16 Jahren.

c) Verteidigung und Ausbau der demokratischen Freiräume in der Schule, z.B. Öffentlichkeitscharakter der Protokolle der Kollegialorgane, jährliche Wählbarkeit der Vertreter der Eltern, Lehrer und Schüler in den Institutsrat.

d) Recht auf Studium, z.B. Höchstanzahl 25 Schüler pro Klasse, Zurückweisung des meritokratischen Prinzips im Pflichtschulbereich (hier soll nur auf die Daten verwiesen werden, die das Institut für Pädagogik Insbruck zur Schulverspätung und zu vorzeitigen Schulabgängen in Südtirol vorgelegt hat, um die Wichtigkeit dieser Forderung einsichtig zu machen), Kostenlosigkeit der Pflichtschule.

e) Zu Schulversuchen und Didaktik: Hier ist vor allem von den neuen Inhalten auszugehen, die sich in den Kursen der 150 Stunden bezahlten Bildungsurlaubs der Metallarbeiter gezeigt haben. „Bisogno tendere in prospettiva all'unitarietà dei processi formativi facendo saltare la differenziazione classista fra scuole e cultura e di mestiere; realizzare una vera unificazione fin dai livelli elementari, attraverso l'elaborazione di una cultura di base che sia effettivamente comune, non abbia una impostazione negativa classista, non emargini e non reprima, e sia rispondente ai bisogni delle masse popolari nella realtà sociale in cui esse si collocano.“ (Aus: La Piattaforma per la scuola della federazione CGIL-CISL-UIL di Torino).

f) Plattform zum „stato giuridico“ des unterrichtenden und nichtunterrichtenden Personals, Kontrolle der Stundenanzahl und der Überstunden, Neustrukturierung und Verein-

beihilfen der Stammreifen, Forderung nach der „paritativa triennale“.

(zu 4)

In Südtirol hingegen haben wir eine völlig andere Situation. Aufgrund der Befugnisse in der primären und sekundären Schulgesetzgebung (siehe Autonomiestatut und Durchführungsbestimmungen, D.P.P. vom 20.1.1973) hat die Landesregierung die Durchführung der im Rahmengesetz Nr. 477 vorgesehenen Maßnahmen blockiert (die Kollegialorgane kommen nicht mehr seit 1976 zustande).

Aus der Vorgangsweise der Landesregierung bei der Anpassung des Landescurriculums an die lokalen Situationen (wesentliche Punkte wurden restriktiver als im Staatsgesetz ausgelegt; unproportionierte Zusammensetzung der sozialen Komponenten, die nicht legitime Vertretung des Klerus von Rechts wegen, die Bestimmung der Elternvertreter durch die Landesregierung anstelle einer Wahl) läßt sich eine Tendenz ablesen, wobei die Gefahr besteht, daß dieselben restriktiven Kriterien auch in diesem Fall angewendet werden: einmal was die kollegialen Organe innerhalb der Schule (auch hier ein Vertreter des Klerus von Rechts wegen? Vertretung der Lehrer der zweiten Sprache? Kein Wahlrecht für Schüler unter 16 Jahren?), zum zweiten was die Organe auf Distriktebene betrifft: welches Verhältnis der sozialen Kräfte? Welches Verhältnis der ethnischen Komponenten? Über all diese Probleme, die sicher in den Kommissionen behandelt werden, sind die wenigsten informiert: die Arbeit der Kommissionen dringt nicht an die Öffentlichkeit; am Ende wird man wie gewöhnlich vor vollendete Tatsachen gestellt.

Eines könnte die Landesregierung sicher tun: aufgrund der spezifischen Situation ist es unumgänglich, daß die Bestimmung, die den Supplenten das aktive und passive Wahlrecht untersagt, gestrichen wird. In den Durchführungsbestimmungen des Ministeriums heißt es nämlich, daß Supplenten mit Jahresauftrag nur für jene Organe wählen bzw. gewählt werden können, deren Amtszeit ein Jahr nicht überschreitet; d.h. nicht für zwei der wichtigsten Organe: Schulrat und Distriktsrat. Die Folgen sind leicht abzusehen: an den meisten Mittelschulen hätten wir Schulräte, die eine Rure sind; wer käme hinein? Die Lehrpersonen der 2. Sprache, die Religionslehrer und die wenigen Lehrer mit unbefristetem Lehrauftrag; der Großteil der Lehrer wäre ausgeschlossen. Wir fordern deshalb, daß diese Kommissionen in erster Linie hier das Staatsgesetz abändern, um die kollegialen Organe nicht von vornherein funktionsunfähig zu machen.

In diesen Ausführungen bin ich größtenteils der Arbeit von Mario Garullo „Decreti delegati, die in scuola, documenti“ n. 5, Centro di documentazione Pistoia“ veröffentlicht wurde, gefolgt.

# Ausbildung und Wirtschaft

Sü-Studientagung 1975

Die heutige Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft, die unter dem Thema „Ausbildung und Wirtschaft“ steht, wird vom 19. bis 21. September in Bozen stattfinden.

Was bewegt uns zur Wahl dieses Themas?

- Die Krise der traditionellen Ausbildungsstrukturen, allen voran der Universität, wird immer augenfälliger.
- Die bisher durchgeführten Reformen zeigen vielfach „Feuerwehrcharakter“ und scheinen den Brandherd kaum unter Kontrolle zu bringen.
- Im Verhältnis Ausbildung und Wirtschaft laufen sich immer stärker die Widersprüche; Bewußtwerden und Bewußtmachen dieser Situation scheinen uns der erste Schritt zu einer kritischen Haltung zu den von den verschiedenen Lagern vorgeschlagenen bzw. durchgeführten Lösungsversuchen.
- Obwohl sich die Problematik aus verschiedenen Gründen in Südtirol akuter als irgendwo darstellt, hat man hier darüber noch kaum gesprochen.

Was wollen wir mit dieser Studientagung?

- Eine Analyse der Funktion und Bedeutung der Ausbildung für die Wirtschaft in den entwickelten Industriestaaten und Darlegung der gesellschaftlichen Entwicklung und der absehbaren Tendenzen in diesem Verhältnis.
- Wir wollen als Studentenorganisation dazu beitragen, daß die Beziehung zwischen Ausbildung und Wirtschaft in einer wissenschaftlich korrekten und auf den neusten Stand gebrachten Analyse dargelegt wird, und zwar deshalb, weil der Student direkt Betroffener dieses Verhältnisses und der dieses Verhältnis immer wieder verändernden Reformen ist.

Eine Klärung (was noch lange keine Veränderung ist!) dieser Fragen, ein Ersetzen unzureichender Erklärungsmodelle durch zutreffende, kann einen Beitrag zu einem emanzipatorischen Engagement, zu einem Abbau der am längsten überholten Ladenhüter in Theorie und Praxis bei den Studenten und in der Bevölkerung liefern.

Es ist uns bereits gelungen, eine Anzahl von Experten für Referate zu den verschiedenen Problembereichen zu gewinnen. Noch rechtzeitig werden wir das detaillierte Programm mit den entsprechenden Referenten bekanntgeben.

Studenten und Lehrer sollten die Tagung als Gelegenheit wahrnehmen, über ihre Situation hören und diskutieren zu können. Kommt alle!



# Das Südtiroler Kulturzentrum

Einheitlicher Kampf gegen die ideologische Hegemonie der Rechten

Siegfried Stuffer

Im Frühjahr 1975 wurde in Bozen das Südtiroler Kulturzentrum gegründet. Es sollen hier einige Überlegungen zusammengefaßt werden, die diese Initiative als notwendig und dringlich erscheinen ließen. Ein Unternehmen dieser Art kann nur erfolgreich sein, wenn die Voraussetzungen in den objektiven Verhältnissen begründet sind und dem spezifischen geschichtlichen Moment entsprechen.

Kulturarbeit in unserem Sinne bedeutet zweierlei:

einen Beitrag dazu leisten, daß die Bedingungen reifen, unter denen der kulturelle Überbau des herrschenden kapitalistischen Systems, die eigentliche Schaltstelle ideologischer Vermittlung unter dem Deckmantel von „Wissenschaftlichkeit“ oder „Kunst“ oder „Erziehung“ oder „Humanismus“, nicht zuletzt „Religiosität“, zunehmend obsolet wird und dessen Klassensicht klar zutage tritt;

die Ansätze einer breiten kritischen Volkskultur ausbauen und festigen, Gültiges aus der Vergangenheit übernehmen und mit den heftigen Bedürfnissen und Problemstellungen verbinden, Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und manueller Arbeit, zwischen Intellektuellen und Arbeiterklasse abbauen helfen.

Zu diesen Prinzipien jeder volksverbundenen, demokratischen und marxistisch orientierten Kulturarbeit kommen die spezifischen, auf unsere Südtiroler Situation bezogenen Momente.

In der Vergangenheit gab es in Südtirol vereinzelte kulturelle Initiativen linker oder demokratischer Prägung. Gemeinsam war ihnen, daß sie jeweils an einem Ort entstanden und darüber kaum hinausreichten. Es fehlten die organisatorischen Strukturen und die finanziellen Voraussetzungen, um sie auch den anderen Orten und in anderen Landesteilen wirksam werden zu lassen. So blieb jede Gruppe, jeder Aushilfsort isoliert.

Das Südtiroler Kulturzentrum sieht seine Hauptaufgabe in der Förderung und Koordinierung solcher Gruppen und Aktivitäten. Es verbindet damit zwei Ziele:

eine möglichst große Verbreitung und Maximierung linker oder demokratisch-fortschrittlicher Ideen und Werte im ganzen Lande und damit verbunden eine Schwächung der vorherrschenden bürgerlichen oder halbfeudal-patriarchalischen Ideologien;

durch den intensiven Kontakt zwischen allen Initiativträgern soll eine Wechselwirkung ermöglicht werden, was im Endeffekt eine Potenzierung und Konzentration bedeutet.

Das Südtiroler Kulturzentrum hat eine autonome und überparteiliche Struktur. Wie rechtfertigen wir dies, angesichts der Tatsache, daß Kulturkonzeptionen sonst überall von Parteien ausgehen, d.h. einer gesamtpolitischen Sicht untergeordnet sind?

Auch wir negieren keineswegs diesen Zusammenhang. Wir sehen Kultur nicht korporativ oder autonom, als etwas über den Parteien oder sogar Ideologien Stehendes. Es ist typisch für das Bürgertum, daß es seine Klasseninteressen faktisch gern hinter einer „neutralen“, überparteilichen, auf „Ewigkeitswerte“ gegründeten Kulturkonzeption versteckt. Das ist Idealismus.

Wir begründen unsere „Überparteilichkeit“ mit dem Umstand, daß in der Südtiroler Wirklichkeit Parteien, welche den demokratischen Fortschritt vorantreiben, als geschichtlich wirkende Kraft überhaupt nicht vorhanden oder sich erst im Anfangsstadium befinden. Die Kraft dieser Organisation reicht noch nicht aus, um ein linkes oder demokratisches Kulturprogramm zu formulieren und durchzuführen, bzw. der bürgerlich-konservativen Hegemonie wirksam zu begegnen. Wir müssen uns vor Augen halten, daß in Südtirol, im Unterschied zu anderen Gebieten, der läglichen Beeinflussung, ja Bombardierung durch konservativ-reaktionäre Anschauungen über die traditionsreichen Instrumente kaum Grenzen gesetzt sind. Seit über 50 Jahren ist eine inner-südtirolische Opposition in organisierter Form praktisch tot (seit der Faschismus unter wohlwollender Duldung des Südtiroler Bürgertums bald nach 1920 alle fortschrittlichen Parteien und Gewerkschaften in Südtirol liquidierte — Schließung des Gewerkschaftshauses in Bozen, Entlassung der Eisenbahner usw.); die sich aufdrängenden nationalen Konflikte mit dem faschistischen Italien und den nachfolgenden Regierungen überdeckten jede soziale und kulturelle Dialektik, die nationale Verteidigungsposition, die permanente „Geweih-bei-Fuß-Haltung“ erlaubten und erlauben dem Bürgertum und dem Kapital beinahe ungeschorene Ausbeutungsvverhältnisse und politische Alleinbestimmung. Der unbeschränkte Zugriff fast ausschließlich reaktionärer, im besten Falle konservativer „Geistes- und Kulturgüter“ im Namen des natürlichen Kontaktes zum „Mutterkulturräum“ (als demonstratives Beispiel sei hier erinnert an die „Meraner Hochschulwochen zur Pflege des überländischen Denkens“, wo von Mitte-Rechts bis extrem Rechts, von

der ÖVP zur CSL alles Hausrecht besaß) seit 1945 einerseits, andererseits die intensive Abwanderung „überflüssiger“ Arbeitskraft eben in diesen „Mutterkulturräum“ garantieren den ideologischen und sozialen Frieden im Lande an der Eisä und im Gebirge, gestützt hier und da lediglich durch die „aufsässigen“ italienischen Industriearbeiter und Studenten. (Nebenbei bemerkt deckte sich die Sammlung aller Südtiroler im Namen des rationalen Abwehrkampfes keineswegs mit gleichwertigen Beziehungen zu allen politisch- oder kulturellrelevanten Kräften in den deutschsprachigen Ländern, sondern dort wurde von den „Saumländern“ deutlich „ausgewählt“, mit allen negativen Folgen, besonders auf kulturellem Gebiet.) Das Pressemonopol sowie die überalterte und einseitige soziologische Struktur der Südtiroler Bevölkerung taten ein Übriges.

Eine Analyse dieser Faktoren führte uns zur Überzeugung, daß für die von uns projektierte Arbeit eine größtmögliche Einheit des demokratischen und linken Lagers unerlässlich ist, zumindest solange die angeführten Bedingungen anhalten. Mögliche innere Differenzierungen, welche zur Spaltung führen könnten, sollten zurückgestellt, das Gemeinsame-Programmatische im Rahmen der Organisation praktiziert werden.

Informierende und klärende Gespräche mit politischen Parteien und den Gewerkschaften im Lande sollen für unsere Zielvorstellungen werben und eventuelle materielle und moralische Unterstützung durch diese erbringen. Selbstverständlich rechnen wir mit Beiträgen für unsere Kulturarbeit durch die öffentliche Hand, d.h. wir beanspruchen dieselbe Behandlung, wie sie unzähligen anderen Kulturorganisationen zuteil wird.

Wichtig ist die Frage eines korrekten Verhältnisses mit der italienischen Volksgruppe. Wir sind der Auffassung, daß wir bei unseren Aktivitäten von den spezifischen Südtiroler Bedingungen und geschichtlich-ideologischen Implikationen ausgehen müssen, was eine eigenständige Auf- und Verarbeitung der notwendigen und wichtigen Aktionsfelder erfordert. Nur so kann eine Antwort auf die offenen Fragen der Südtiroler Gesellschaft gegeben und damit die Voraussetzung geschaffen werden, im Sinne des Internationalismus und der Interessensolidarität der gesamten Arbeiterklasse unseres Landes effizient zusammenarbeiten und die Verhältnisse in unserem Lande gemeinsam umgestalten zu können. Dies bedeutet auch, zu jeder Zeit und an jedem Ort nach Vereinbarung gemeinsame Initiativen ergreifen oder gegenseitige Unterstützung eingehen zu können.

Wichtige Vorhaben erscheinen uns Förderung von Theaterinitiativen und volksnaher Musik mit demokratischem Inhalt (Arbeiterlieder, Protestlieder, antifaschistische Lieder n.a.m. und Forschung im lokalen Bereich); Organisation von Vorträgen, Filmrunden

und Diskussionen, Unterstützung der Studiums der Arbeiterbewegung in Südtirol und darüber hinausgehend allgemein demokratischer und fortschrittlicher Bewegungen; Herausgabe einer Kulturzeitschrift usw. Unterstützung von Initiativen der Studenten und Lehrer im Kampf um eine demokratische Schule.

Das Südtiroler Kulturzentrum unterstützt prinzipiell Veranstaltungen von autonomen Gruppen oder führt Initiativen in Eigenregie aus.

Eine Bilanz der bisherigen Tätigkeit ergibt ein Vortrag in Bozen zum Thema des Antifaschismus und Klerikalismus zwischen 1918 und 1938 in Nordtirol, ein Volksfest in Bozen zur Aufmöbelung unserer Finanzen und als erster Versuch einer Neuorientierung dieser populären Feste im Interesse der Werktätigen, Vorträge zum 450. Jahrestag der Bauernkriege in Tirol mit Darbietung von historischen Volksliedern aus der Zeit in Schlanders, St. Ulrich, Trient und Innsbruck, Veranstaltung einer Ausschwitz-Theaterinitiative einer Gruppe Brunicker Studentinnen auch in Bozen.

Verfügt gebaut sind die Bauernkrieg-Gaismaif-Weche im Herbst mit Aufführungen eines neuen, zum Anlaß der 450 Jahre verfaßten Stückes, die Vorträge eines Fachhistorikers über den Deutschen Bauernkrieg und Beiträge zur lokalen Komponente, die Organisation einer Filmreihe und erstl. ein Anti-Bozinka-Vortrag.

Abschließend muß unterrichtet werden daß wir uns keineswegs als Konkurrenz zu linken politischen Gruppierungen erfinden noch ein Ersatz für Klassenkampf sein wollen. Wir sehen uns in der Nähe der Gewerkschaften und politisch fortschrittlicher Organisationen und wollen eine notwendige Vorarbeit für reife und bewußte Klassenauseinandersetzungen leisten.

Wir fordern die Arbeiter, Lehrlinge, Studenten und Intellektuellen auf, uns bei unserer Arbeit zu helfen und Mitglied des Südtiroler Kulturzentrums zu werden.

Kontaktadresse:  
Irntraud Mair  
Bozen-Rentsch  
Rentscherstraße 38a

da sie den Sängern das Leben kosteten. Spätere sozialkritische Lieder, besonders antimilitaristische, brachten den Verfassern und Sängern Kerker und Verbannung.

In Zeiten großer Unterdrückung wurden oppositionelle Lieder sozialer Natur gesungen; oder landläufigen Liedern wurde eine neue Bedeutung gegeben. Zum Beispiel das Lied „Wilde Gesellen“ mit seinem Refrain „aus geht die Sonne nicht unter“ wurde als Widerstandslied in Arbeits- und Konzentrationslagern unter den Augen der SS gesungen.

Südtiroler, die die politische Verwirrung der Opinionszeit mitgemacht haben, berichten, daß die Auswanderer bei der Ankunft am Innsbrucker Bahnhof 1940 mit Tränen in den Augen auf die Melodie von „Tirol isch lei oans“ sangen:

*„die Sunn, de geht unter,  
sie geht wieder au,  
Tirol isch gestorben  
und steht niemar au“.*

Im Gegensatz dazu wissen wir von einer „Dabieberin“ (Bäuerin aus T.), die trotz der Anfeindung im Dorf so sang:

*„die Sunn, de geht unter,  
sie geht wieder au,  
Tirol isch gestorben  
und steht wieder au“.*

In diesem „wieder au“ steckt eine Weftanschauung. Von derselben Frau bekamen wir über die Tochter das ergreifende Lied „Und jetzt muas i holt fort“, nach der Melodie „In die Berg bin i geara“. Dieses wohlklingende Lied zeigt nichts von der kriegsfreudigen Stimmung der offiziellen Lieder von damals, die ein Hohn und eine Beleidigung für alle die sind, denen vom Krieg eine Witwenpension von 18.000 Lire geblieben ist...

Deutungen und Angaben über das Liedgut bei uns können heute nur vorläufig gemacht werden. Man hat den Eindruck, daß vieles, was noch bei Beginn des ersten Weltkrieges vital vorhanden war, durch die späteren Ereignisse verschüttet und verkümmert ist.

Ein Bauer in D. wußte von seiner Mutter her ein Lied, von welchem er nur mehr die ersten Strophen konnte. Durch unsere Untersuchungen fanden wir den vollständigen Text im Ausland (Sammlung Steinitz), und stellten mit Überraschung fest, daß dieses Lied eine wichtige Rolle bei politischen Auseinandersetzungen zur Zeit des ersten Weltkrieges gespielt hatte. Ebenso das Lied „Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne“ (1870 das erste Mal belegt). Diese zwei Lieder drucken wir ab, um vielleicht über diesen Weg ihre Verbreitung festzustellen, was mithelfen könnte, einen Teil der Geschichte des arbeitenden Volkes in unserem Land neu zu schreiben.

## Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann

Beitrag zum sozialkritischen Volkslied

Irntraud Mair

Der ersten deutschen Volksliedersammlung hat J. G. Herder 1807 diese eindringlichen Worte vorausgestellt:

*Euch weih' ich die Stimme des Volkes, der zerstreuten Menschheit,  
Ihren verholenen Schmerz, ihren verspotteten Gram;  
Und die Klagen, die niemand hört, das ermattende Ächzen  
des Verstoßenen, des Niemand im Schmach sich erbarmt.  
Laßt in die Herzen sie dringen, wie wahr das Herz sie hervordrang,  
Laßt sie stoßen den Dolch in des Entarteten Brust.*

Die deutsche Volksliedforschung hat sich im wesentlichen aber nur mit jener Seite des Volksliedes beschäftigt, die Herder in der „Zueignung“ erst an zweiter Stelle nennt:

*Aber ich weih' Euch auch die Liebe, die Hoffnung  
und den geselligen Frost, und den unschuldigen Scherz,  
und den fröhlichen Spott und die belle Lache des Volkes...*

Nur die in diesem zweiten Teil der „Zueignung“ gemeinten Lieder finden wir in den gebräuchlichen Liederbüchern. Und diese Tatsache sagt viel über die Absicht aus, mit welcher Lieder gesammelt und für ein Liederbuch ausgewählt worden; wie einseitig also diese Sammlungen sind und wie daher der „Ausdruck des Volkes“ verfälscht wurde. Aus dieser Einseitigkeit unseres offiziellen Liedgutes erklärt sich auch der Widerwillen vieler Jugendlicher dagegen. Mit Recht hören sie

lieber „gospais“, „beat“ oder „pop“. Ich meine Musik, die der offizielle Kulturapparat noch nicht kontrolliert, Lieder mit sozialkritischem und kämpferischem Charakter. Gerade solche Lieder wurden aber nicht nur nicht aufgeschrieben, sondern mit allen Mitteln unterdrückt. So sind die Lieder aus den Bauernkriegen — von der Seite der Bauern! („Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“) — mit wenigen Ausnahmen nur über Prozedakten überliefert,

Köln am Rhein, du schön-est Städt-chen, Köln am Rhein, du schön-est Stadt.  
 dein-er liegt so gro-ße Fe-stung, die so ho-he Mau-ern hat.  
 Drum sollt dich einst je-mand fra-gen, was mag das für'n Haus nur sein?  
 Und die Ant-wert dar auf lau-tet: Da sperrt man Ma-tro-sen ein.

*In der Zelle öd und still,  
 wo ich Sonnenlicht reinsehnt,  
 sitz ich traurig oft am Fenster,  
 hab so bitterlich geweint.  
 Als Gefangener muß ich hier weilen,  
 hier zwei Jahr zu Köln am Rhein,  
 ach die Zeit wird mir so lange,  
 weil ich muß gefangen sein.*

*Lieber Vogel komm ach komme,  
 setz dich doch her zu mir,  
 setz dich vor mein Fenster nieder,  
 singe mir ein Freiheitslied.  
 Warum willst du von mir scheiden,  
 willst nicht länger bei mir sein  
 willst nicht länger bei mir verweilen,  
 weil ich ein Gefangener bin.*

*Und so schleich ich Tag und Wochen  
 und der Monat und das Jahr,  
 und der Kummer und die Sorgen  
 bleichen mir noch früh das Haar.  
 Soll ich einst auf Festung sterben  
 in der Zelle so allein,  
 dann pflanz mir auf meinem Grabstein  
 das Blümelein Vergißmichmein.*

Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht ger-ne, als ich es ward, hat man mich nicht gefragt.  
 Man riß mich fort, hin-ein in die Ka-ser-ne, ge-fangen ward ich, wie ein Wild ge-jagt.  
 Ja von der Hei-mat und des Liebe-rens Herzen muß ich hin-weg und von der Freun-de Kreis.  
 Denk ich dar-an, fühl ich der Weh-mut Schmer-zen, fühl in der Brust des Zornes Glut so heiß.

*Ich bin Soldat, muß Tag und Nacht marschieren,  
 Statt bei der Arbeit muß ich Posieren stehn.  
 Statt in der Freiheit muß ich saluieren  
 Und muß den Hochmut trecher Raben seh'n*

*Und gehts ins Feld, so muß ich Brüder morden,  
 Von denen keiner mir zu leid was tat.  
 Dafür als Krüppel trag ich Band und Orden,  
 Und hungernd ruf ich dann: „Ich bin Soldat“!*

*Ihr Brüder all, ob Deutsche, ob Franzosen,  
 Ob Schwed'n, Dänen, ob von Niederland,  
 Ob weiß, ob rot, ob gelb, ob grün die Hosen,  
 Reichet auch statt Blei zum Gruß die Bruderhand!*

*Auf, laßt zur Heimat uns zurückmarschieren,  
 Von den Tyrannen unser Volk befreien!  
 Denn nur Tyrannen müssen Kriege führen,  
 Soldat der Freiheit möcht ich gerne sein!*

Das Lied „Wir sitzen so fröhlich beisammen“ ist ein Kerkerlied; es wird nur mehr die erste Strophe davon gesungen — als gäbe es keine Kerker mehr! Ist nicht auch das ein Zeichen des Verfalls des demokratischen und sozialen Bewußtseins zugunsten des nationalen (dafür kommt in sechs von zehn gebräuchlichen Liedern in Südtirol heute das „Edelwein“ vor)?

Wie tat mir mei Herz so weh! — ein Deserteur im k.u.k. Regiment wird in Welsberg standrechtlich erschossen. Dieses Lied gibt es in vielen mehr oder weniger klassenbewußten Variationen im ganzen deutschen Sprachraum. Mit der von Silber 1835 komponierten Melodie fand eine entschärfte Fassung des Liedes Eingang in „Des Knaben Wunderhorn“. Die Enttäuschung in einem romantischen Zusammenhang ist überhaupt eine gebräuchliche Methode, um Lieder mit revolutionärem Inhalt abzustumpfen.

Hier eine Überlegung: das Volks- oder volkstümliche Lied wird von Leuten, die die Kunst als im politischen Prozeß stehend ansehen, oft als herabgesunkenes Kulturgut betrachtet. Aber gerade am Beispiel dieses Liedes wird das in Frage gestellt, denn eine ähnliche Fassung wie unsere ist aus der Kölner Gegend um 1790 als Volkslied bekannt.

Von dem besonders im Vinschgau bekannten Volkslied „Es ritt ein Ritter wohl über's Ried“, in welchem der Ritter als Verbrecher hingestellt wird, gibt es eine höfische Version mit ritterlichem Gefändel und „happy end“.

Was gab es zuerst? Berufen wir uns auf Goethe, der sagt, daß ursprünglich jeder ein Dichter war, sei es Bauer, sei es Ritter. Wer auch nur oberflächlich die geschichtliche Entwicklung des Volksliedes beobachtet, muß im Laufe der Zeit eine Verkümmerng bemerken, die nach einer Theorie von W. Reich der Verarmung breiter Volksschichten durch die Industrialisierung und der Verkümmerng der Lebensqualität durch die Arbeitsteilung und der politischen Unmündigkeit zuzuschreiben ist.

Nur in Zeiten der Verschärfung und Zuspitzung sozialer und politischer Konflikte (z.B. 1848 oder in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts) finden sich wieder Kämpfer, die dichten, und kämpfende Dichter, mit deren Liedern sich das Volk identifiziert (Herwegh, Erk, usw.); es ist offensichtlich, daß sich die Qualität als Volkslied nicht vor allem aus der Herkunft, sondern vor allem aus der Verwendung bestimmt.

So gesehen haben wir gerade jetzt Gelegenheit, mit Staunen und leisem Neid die außerordentliche Produktion an Volksliedern der italienischen Arbeiterklasse zu erleben. Zu Ereignissen wie z.B. dem „Selbstmord“ des anarchistischen Eisenbahners Pinelli im Mailänder Polizeipräsidium (1969) gibt es eine Menge von Liedern in verschiedenen Dialekten, unmittelbar nach der Tat entstanden und bindender als jede Parteiparole.

# Zum Thema Abtreibung

Hansjörg Dell'Antonio

Zur Erleichterung des Verständnisses und einer Identifikation mit Volksheldern (für solche, die dem „Volk“ und seinem Ausdruck entfremdet sind (wie z.T. Studenten), möchte ich eine „Arbeitung“ zu einer „Liebetrachtung“ geben. Alle kennen das Lied „An einem Sonntagmorgen“. Die positive Figur darin ist die des Wäldlers, die Sympathie des Volkes ist auf seiner Seite. In einer immer mehr reglementierten Gesellschaft wird er, das Symbol der Freiheit und der Rebellion gegen die institutionalisierte Macht (Jagdämter im Dienste des Herrn) zum letzten Zeichen aufbegehrender Obrmacht. Man beachte auch geringfügige Abweichungen im Text.

Zum Beispiel sagt eine Strophen:  
*„Den Jäger druckt's G'wissen,  
den Wäldschütz druckt's Blut,  
er mecht halt garan wissen,  
was der Wäldschütz drausn tuat“.*

Im Liederbuch finden wir den Text:  
*„Den Jager druckt's G'wissen,  
jam sein jung's Blut“.*

In der ersten Version wird klar getrennt zwischen Jäger und Wäldschütz, in der zweiten werden dem Jäger väterlich-humane Gefühle zugebilligt. Wenn man hört, mit welchem Ausdruck die erste Version gesungen wird, bleibt kein Zweifel an der im Volk anerkannten Version. In der letzten Strophe wird die Unvereinbarkeit der gegensätzlichen Interessen und die Verachtung für den (gekauften) Jäger noch einmal bekräftigt mit dem Satz:

*„Bevor i mit an Jager geh,  
loß i mei Leib und Seel  
und mei jung's Blut“.*

Wenn man beobachtet, was heute zum Großteil in Südtirol mit dem Volkslied geschieht, bekommt man den Eindruck, daß der Ausverkauf an kulturellen Werten, den schon Heine bei seinem Aufenthalt in Bräun während seiner Italienreise mit Bedauern festgestellt hat, im großen Stil weiterbetrieben wird. Sind Gruppen, die durchaus mit bewundernswerten Können im Kursaal für die Fremden aufzutreten, glücklich über den unkritischen Applaus des satren Publikums; die Mädchen, die sich nach dem bunten Abend dem abgeschmitteten Kopf wieder in die Trachtmasche stecken, weil sie ihn bei der Saisonarbeit als Hausmädchen nicht iragen wollen, sie erleiden eine neue, gefährliche Art der Entfremdung; erlaubtes Image des lustigen Tirolers einerseits — Alltagsleben mit seinen Konflikten andererseits.

Kann man von Gruppen, die bei Festreden und dergleichen hinter den Kulissen auf ihren Auftritt warten, um ein vorgegebenes Programm abzuspielen und nicht wissen, warum es geht, erhoffen, daß sie die Kultur beibehalten, die ja immer eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart bedeutet?

Das aus dem dreißiger Jahren stammende italienische Strafgesetzbuch (Art. 545 ff.) sieht für Abtreibung zwei bis fünf Jahre Gefängnis vor (ein bis vier Jahre, wenn die Abtreibung von der Frau selbst vorgenommen wird). Auf Initiative der Wochenzeitung „L'Espresso“ und der Radikalen Partei wurden ab Mitte April Unterschriften gesammelt, um die betreffenden Artikel durch ein Referendum abzuschaffen. Zum Zeitpunkt, an dem diese Zeiten geschrieben werden, wurde die Mindestanzahl (500.000) der dazu notwendigen Unterschriften bereits überschritten, so daß es mit großer Wahrscheinlichkeit tatsächlich zur Volksbefragung kommen wird, vorausgesetzt, daß vom Kassationsgerichtshof nicht allzu viele Unterschriften annulliert werden.

Auch in Bozen bildete sich schon im März ein Komitee für die Sammlung der Unterschriften, um die Diskussion über das Problem der Abtreibung in die Bevölkerung zu tragen. Diesem Komitee gehören an: UIL, Radikale Partei, PDUP, Kommunistisches Kollektiv, Jungsozialisten in der SFP, Lotta Continua, FGSI und die Frauenrechtsgruppe A. Kollontaï. Dem Komitee ist es ohne Unterstützung durch die traditionellen Linksparteien und gegen den erbitterten (und polemischen) Widerstand clerikal-konservativer Kräfte gelungen, in der Provinz Bozen bis heute mehrere Tausend Unterschriften zu sammeln.

Im folgenden möchte ich versuchen, einige mir wesentlich erscheinende Aspekte des Problems herauszugreifen und aus meiner Sicht darzustellen.

Die Abtreibung ist heute in Italien die einzige in breiten Schichten angewendete Methode der Geburtenregelung. Diese Behauptung wird durch die Tatsache erhärtet, daß jährlich an die 1.500.000 (sehr wahrscheinlich sind es sogar an die zwei Millionen) Abtreibungen vorgenommen werden (Geburtenzahl: knapp eine Million). Die Abtreibung ist somit in Italien nicht nur ein moralisches Problem oder eine Sache des Strafrechtes, sondern sie ist ganz eindeutig eine allgemein-gesellschaftliche Erscheinung.

Die Abtreibung ist wohl für jeden einigermaßen „normal“ denkenden Menschen keine wünschenswerte Methode der Geburtenregelung. Und das aus sozialen, medizinischen und auch aus ethischen Gründen. Diese ablehnende Haltung ändert aber nicht das geringste an der bestehenden Situation. Tatsache ist und bleibt, daß jährlich trotz drakonischer Strafanandrohung Millionen von Frauen abtreiben.

Das Strafgesetz ist somit bezüglich Abtreibung von einer gerade beispiel-

losen Wirksamkeit. Im Gegenteil, es bringt lediglich äußerst gefährliche und ungerechte Nebenwirkungen mit sich. Es bewirkt z.B., daß jährlich zig-Tausende von Frauen aus Geldmangel den Eingriff von „Körperbauern“ vornehmen lassen, was wiederum zu Folge hat, daß jährlich Tausende von Frauen an den Folgen von unachtsam vorgenommenen Abtreibungen sterben oder schwere Körperverletzungen davontragen.

Weiters öffnet die bestehende Gesetzgebung Erpressungen jeglicher Art Tür und Tor. Schließlich ist auch noch anzumerken, daß gerade jene Gesetze die ungerechtesten sind, die nur für wenige angewendet werden. Die wenigen Hundert Fälle, die jährlich in Italien abgeurteilt werden, betreffen fast ausschließlich Frauen der untersten sozialen Schicht. Wer es sich nämlich leisten kann keine Abtreibung beim Spezialisten kostet hundert- bis vierhunderttausend Lire; in der Provinz Bozen treiben schätzungsweise zehn bis 15 Ärzte regelmäßig ab und verdienen dabei ein Vermögen, der geht zu einem spezialisierten Arzt oder fliegt nach England und läßt für teures Geld in aller Diskretion und völlig risikofrei abtreiben.

Mit Strafanandrohung läßt sich also dieses dramatische Problem nicht lösen, man kann dadurch ja nicht einmal die erschreckend hohe Anzahl von Abtreibungen reduzieren.

Wenn wir diesem Phänomen zu Leibe rücken wollen, dann müssen wir nach seinen Ursachen fragen und das Übel an der Wurzel fassen.

Am Ausgangspunkt wohl jeder Abtreibung spielt sich eine menschliche Tragödie ab. Materielle und geistige Armut, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, der Mangel an Kinderhorten und Kindergärten, Unkenntnis über Möglichkeiten der Empfängnisverhütung und die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche das Aufziehen der Kinder für ledige Mütter mit sich bringt — das sind Faktoren, die Millionen von Frauen und Familien in schier ausweglose Situationen bringen. Wenn wir diese Mißstände beseitigen, dann wird die Anzahl der Abtreibungen ganz von alleine auf ein unbedeutendes Maß zurücksinken.

Um die allzuoft so dramatische Situation der Frauen und Familien richtig begreifen zu können, müssen wir schon einmal heruntersteigen vom hohen Ross unseres bürgerlichen Wohlstandes und unserer bürgerlichen „Wohlfühligkeit“. Wir müssen einmal hinausgehen in die Vorstädte und Arbeiterviertel, die wir oft so hochtrabend als „Revolverviertel“ oder „Shanghai“ bezeichnen, und uns diese

Menschen (und nicht „Buselevolk“) und ihre Probleme ansehen. Und da werden wir erfahren, daß, wo das Ringen um die nackte Existenz vorherrscht, wir mit unserem philosophischen oder gar theologischen Disputen gänzlich „unbeachteten“.

Noch zur Empfängnisverhütung. Wie können wir erwarten, daß Empfängnisverhütung bzw. Familienplanung auf eine vernünftige und auch menschlich zumutbare Art und Weise betrieben wird, wenn nach wie vor die einzige offiziell von der Kirche gebilligte Methode die „Ogino-Knaus“-Methode ist, wenn bis vor kurzer Zeit mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft wurde, wer öffentlich über Empfängnisverhütung rechnet (Art. 553 StGB.) Der betreffende Artikel wurde nicht etwa durch eine positive Maßnahme vom Parlament abgeschafft, es bedurfte dazu eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes.

Es ist nach meiner Meinung eine bodenlose Heuchelei zu wissen, daß jährlich 1,5 Millionen Abtreibungen vorgenommen werden, so gut wie gar nichts für die Aufklärung über und für die Verbreitung von Verhütungsmitteln zu tun und dann die wenigen Hundert, die es so ungeschickt anstellen, daß sie dabei erwischt werden, auch noch ins Gefängnis zu stecken.

Der Staat, d.h. die Gesellschaft, d.h. wir, haben nicht die geringste Berechtigung, eine Frau für zwei bis fünf Jahre ins Gefängnis zu schicken, solange wir diesen Frauen nicht helfen, indem wir die bestehenden sozialen Mißstände, die Wohnungsnot usw., die kulturelle und materielle Unfähigkeit, Verhütungsmittel anzuwenden, beseitigen. Es müssen konkrete Alternativen angeboten werden, aber das tut niemand, weder der Staat und noch weniger die Kirche.

Aus diesen Gründen ist es den Professoren der Volksabstimmung zu wünschen, daß ihre Bemühungen erfolgreich sein werden, und daß wir alle und vor allem auch die Frauen im nächsten Jahr durch unsere Zustimmung einer konkreten Beitrag dazu leisten, daß die bestehenden ungerechten Artikel des Strafgesetzbuches abgeschafft werden und so das Parlament gezwungen wird, eine neue und vor allem menschlichere Regelung einzuführen.

### Kleines Rechen-„Spiel“

*In Italien werden jährlich ca. 2 Millionen Abtreibungen vorgenommen (die Schätzungen bewegen sich zwischen 900.000 und 3 Millionen). Wollte man die bestehenden Strafbestimmungen tatsächlich anwenden, müßte man für 2 Millionen Frauen und für ca. 5.000 Ärzte, Hebammen oder Kurpfuscherinnen „Gefängnisraum“ schaffen. Bei einer angenommenen Insassenzahl von 500 pro Gefängnis heißt das, daß wir ca. 4.010 Gefängnisse bauen müßten und im darauffolgenden Jahr noch einmal ca. 3.500 Gefängnisse dazu. Das ergibt einen Zweijahresbedarf von ca. 7.510 neuen Gefängnissen. Wenn wir die Baukosten pro Gefängnis mit insgesamt 400 Millionen Lire annehmen, ergeben sich insgesamt Baukosten von 3 Billionen und 4 Milliarden. Dazu kämen dann noch Gerichtsspesen und „Betriebskosten“ (Personal, Verwaltung, Verpflegung usw.).*

*Mit anderen Worten: Der Staat ist von diesem Aspekt her gesehen auch nicht annähernd in der Lage, die bestehenden Abtreibungsbestimmungen durchzuführen. (Oder wollen wir dafür die für den geförderten Wohnbau bestimmten Gelder verwenden?)*

weniger problematisch sein als etwa für einen Arbeiter oder Bauern, erstens weil es mit der einheitlichen Interessenvertretung der Studenten schon nie klare einheitliche Ziele und damit auch Strategien gegeben hat und zweitens, weil der Student doch leichter instände ist oder sein sollte, seine Anliegen selber zu artikulieren und entsprechend zu vertreten.

Es gibt im gutbesetzten Ober der SH-Kritik ganz grob geschieden zwei Lager: getrennt nach den Kriterien, nach denen sie in der SH „den Wurm“ sehen. Beide setzen an zwei Hauptaufgaben an, denen gerecht zu werden sich die Südtiroler Hochschülerschaft von ihrem Anfang vor 20 Jahren an bemüht hat: Geselliges zu bieten und kulturpolitisch wirksam zu sein. An beiden diesen Funktionen erkenne nun die Kritiker an. An der ersten, der geselligen, weil sie weitgehend verloren gegangen sei bzw. vernachlässigt werde, an der zweiten, weil sie anders ist, als man sie gern hätte.

Die nostalgischen Schwauengesänge auf abhandengekommene Bodenheerlichkeit sind, wenn sie zur Kritik an der SH werden, einfach an die falsche Adresse gerichtet. Es handelt sich hier nicht um das Versagen einiger Leute oder einer Institution, die es schnellstens zu ersetzen gilt, sondern um völlig veränderte Umstände an der Universität und um veränderte Bedürfnisse bei den Studenten und im Studentenleben.

Zu häufigerem Heimfahren, gedrängterem Studium (bedingt durch vielfach erweiterte Programme), heute weit knapperen Geldmitteln, öfterem Wahrnehmen von kurzfristigen Arbeitsmöglichkeiten kommt noch hinzu, daß auch der Südtiroler Student inzwischen flügge geworden ist: er legt nicht mehr unbedingt Wert darauf, in der Mensa am „Südtiroler Tisch“ zu sitzen — wo inzwischen auch Gott Lob nicht mehr alle Platz hätten —, mit Südtirolern Karten zu spielen, zu singen und zu saufen. Das alles, hat er inzwischen bemerkt, läßt sich auch mit anderen — seien es Österreicher oder Italiener — recht gut machen. Eine veränderte „Wohnkultur“ — mehr Wohnungen zu dritt oder viert und nicht mehr so sehr Einzelzimmer, bei denen Besuch vielfach unmöglich oder gar verboten ist, trägt ein Übriges dazu bei, daß auf der Bude „weniger los“ ist. Es wäre nun natürlich falsch, aus dem Umstand, daß nicht mehr alle Budentische besetzt sind, zu folgern, die Bude sei nichts mehr als ein überflüssiges Relikt einer schönen Vergangenheit und deswegen wert, aufgegeben zu werden. Es besteht sehr wohl ein Bedürfnis dafür, aber ein geändertes: sie sollte nun eben dort einspringen, wo das Unterhaltungs- und Informationsangebot am jeweiligen Ort versagt, es aber nicht durch ein anderes, gezwungenermaßen bescheidenes ersetzen. Das Sich-langsam-Auflösen der „Mias-san-mias“-Ideologie als Krise der SH zu deuten, heißt nichts anderes, als Entwicklungen,

## In eigener Sache

Florian Kronbichler

„Bedenke nun, was Du tust, überlege noch und hüte Dich, Dir etwa den Fluch von Tausenden über Dein Haupt ziehen zu lassen!“ — Mit dieser pathetischen Aufforderung schließt ein anonymes Brief, der mir — ohne Datum — vor einiger Zeit zugesandt worden ist.

Die „Gruppe parteiloser Studenten (Bozen/Ausland)“ — mit diesem Kollektivnamen ist der Schrieb gezeichnet — möchte mich darin darauf aufmerksam machen, daß meine öffentlich und im Namen der SH dargelegte Haltung zur Universitätsfrage in Bozen nicht der Auffassung der Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung und auch nicht der Studenten entspricht.

Nun ist es bei jeder Organisation —

und bei der SH ganz besonders — so, daß bei unlieben oder gefährlichen Entscheidungen und Aktivitäten, die von den jeweiligen Entscheidungs- bzw. Vollzugsorganen gefällt und durchgeführt werden, die Gegner mit der Repräsentationsfrage — Wer seid Ihr? — auf den Plan treten. Daß diese Frage bei einer Studentenorganisation häufiger auftritt als bei anderen „Standesvertretungen“ ist durchaus verständlich und spricht sogar für ausgeprägtere Sensibilität und für größeres Krisenbewußtsein der Studenten. Eine territoriale Einheit von Studenten wird schneller an die Elastizitätsgrenzen der „Sammelorganisation“ stoßen als irgend ein anderer Verband. Nun dürfte das für einen Studenten auch weit

zum Gutteil gesunde Entwicklungen, vorzuziehen zu wollen.

Ein weit komplexeres Problem, an dem sich die Geister viel stärker scheiden, ist der demokratische Ausdruck der SH zu kultur- und gesellschaftspolitischen Fragen in Südtirol und die Frage der effektiven Interessenvertretung der Südtiroler Studenten durch das SH-Exekutiv. Nicht genehme Äußerungen und Stellungnahmen des SH-Vorsitzenden werden zunehmend pariert mit dem Hinweis auf den unzulässigen Haltungen, den die Südtiroler Studenten im allgemeinen und die SH-Mitglieder im besonderen, darstellen. Bei unangenehmen Forderungen wird dem SH-Vorsitzenden stets vornehmlich, wieviel Prozent der Südtiroler Studenten er im jeweiligen Anliegen vertritt und vor allem wieviel er nicht vertritt.

Dieses „Rückfragen“, das man von der SH so penetrant verlangt, ist als demokratisches Aktionsprinzip sowie so zweifelhaft und müßte von denen, die es fordern (von Partei bis zu den diversen Bündnis- und Standesorganisationen), erst einmal besser vorverarbeitet werden. Organisationen, die in unserem Land viel mächtiger tönen mit ihrem demokratischen Vertretungsrecht breiter Volksschichten, nehmen es nicht unbedingt genau mit dieser Rückfrage; vielmehr haben auch sie recht gut erkannt, daß es günstiger ist, zu der von einigen gezogenen Linie im nachhinein sich den nötigen Konsens zu sichern: ein im Grund völlig legitimer Weg, den ich unbedingt als demokratisch bezeichnen möchte; stetes Rückfragen würde jeder Aktivität schaden. Innerhalb der Hochschüler-schaft würde das unweigerlich dazu führen, daß Initiativen kultureller oder gar politischer Natur unmöglich werden. Sie würde degenerieren zu einem reinen administrativen Apparat, dessen Schwäche bald zu seiner Ablöse durch ein öffentliches Organ führen würde.

Ährenamtliche und freiwillige Arbeiter wären dazu nicht mehr lange zu mobilisieren, wenn neben der ordentlichen Verwaltung kein Raum mehr bliebe für ein Engagement um weniger papierene Werte.

Die SH muß sich häufig den Vorwurf gefallen lassen, sie sei dadurch in Krise geraten, daß sie sich mehr um Politik als um studentische Interessen gekümmert habe.

Dazu ist zu sagen, daß hier sowohl die studentischen Interessen als auch die Politik, die anscheinend gemacht wird, näher definiert werden müssen. Auch einem politisch völlig Unbedarften muß auffallen, daß es sich dabei um eine naive und widersprüchliche Bemerkung handelt. Interessen, sollen es nicht nur der nächstfällige Auszahlungstermin der Stipendien sein, können wirksam nur durch eine langfristig angelegte Strategie vertreten werden, durch eine Haltung also, die man gemeinhin eine politische nennt und die für viele immer noch stinkt. Wer der

SH vorwirft, sie mache Politik, sollte doch den Mut haben zu sagen, sie mache schlecht Politik oder die falsche Politik. Der Fall wäre dann so weit definiert, daß er es wert ist, unter die Lupe genommen zu werden.

Daß die SH schlecht Politik betreibt, d.h. ineffizient, wäre töricht zu leugnen und liegt — wie so vieles andere in Südtirol — an ihrer Zwitternatur. Sie will und kann wohl auch ihren Anspruch auf Allgemeinvertretung ihre Natur als „Sammelorganisation“ nicht aufgeben, und für eine „Studentenbewegung“ fehlen in Südtirol wohl alle Voraussetzungen, nicht zuletzt auch die Leute, die sie führen.

Gründe dafür gibt es viele:

Kritische und arbeitsfreudige Leute finden bald auf den jeweiligen Universitäten und in den dort bestehenden Organisationen ein weit attraktiveres Betätigungsfeld und gehen somit der SH-Zentrale an kritischem Potential verloren. Mit dem Versuch, die politische Aktivität in die Gruppen zu verlagern und so die Vielfalt in der Einheit, und damit auch diese Einheit, zu erhalten, sollte sich eine schwache Zentralführung als Stärke der SH beweisen. Die Dezentralisierung als Aktionsprinzip hat seine Schwäche darin, daß von öffentlichen und privaten Gönnern das Präsentsein der unterstützten Organisation gefordert wird, sonst versanden die Quellen. Die Aktionsabhängigkeit (und zwar Aktion in Südtirol) ist ein Charakteristikum der SH.

Das dauernde Abwesendsein vom Patienten (sprich Südtirol) führte unweigerlich auch zu einem immer ungeläufigeren Informiertsein bei den Studenten, zu schlechter Kenntnis der Bedürfnisse und der Situation. Eine starke Bewegung braucht aber mehr als nur Idealismus und Leidenschaft: sie muß über Kenntnisse verfügen. Sie muß Einsicht haben und analytisches Verständnis der Situation. Sie muß ja schließlich über ein Programm verfügen und ein Rezept, mit dem man die Überlegungen in die Wirklichkeit umzusetzen vermag.

Eine weitere Schwierigkeit für die SH ergibt sich auch aus dem „jugendlichen Alter“ ihrer Mitgliedschaft

und damit auch ihrer Führung. Die damit verbundene Fluktuation läßt keine Stetigkeit der Arbeit zu. Daher sehen sich die der älteren Generation angehörigen Förderer und Mitträger mancher Initiativen immer wieder genötigt, ihre Unterstützung anderer, „stabile-vec“ Organisationen zukommen zu lassen. Öffentliche Stellen müssen ihre widerwillige Unterstützung oft mit dem Bildersturmbedürfnis junger Intellektueller entschuldigen: ein offener Eintrag der Gelder brächte die entsprechenden Institutionen doch zu leicht in den politischen Ruch, selber politisch zu werden.

Ein nicht zu unterschätzender Grund liegt weiters in einer besonderen Einstellung des Gros der Südtiroler Studenten: aus der Überlegung heraus, daß in Südtirol ja sowieso alles anders sei (ob zu Recht oder zu Unrecht sei hier dahingestellt), sind sie nur zu geringem Teil in den verschiedenen Studentenbewegungen und Universitätsgremien organisiert und entbehren daher einer gewissen notwendigen Praxis im Kampf um Rechte. Einem Vergleich mit anderen Studentenorganisationen können wir, sowohl was Fachkenntnis als auch Dialektik betrifft, nicht im entferntesten standhalten. Das erschwert nicht unwesentlich die Rekrutierung fähiger Leute für die verschiedenen Posten.

Der Vorwurf, daß der SH-Vorstand eine nicht der Basis entsprechende Richtung vertrate, ist so lang unhaltbar, als er jederzeit durch Neuwahl des Vorsitzenden ersetzt werden kann und nicht im geringsten über die Machtinstrumente verfügt, die eine demokratische Willensbildung verhindern könnten.

„Der Fluch von Tausenden“ — sollte es dazu kommen — müßte sich also auf mehrere „Häupter“ verteilen und vor allem auf die grauen Mäuse, die sich falsch bevormundet fühlen. Der Umstand, daß jetzt schon gar einige Vorsitzende und auch jährlich neugewählte Ausschüsse hintereinander denselben Kurs verfolgen, ist ein Beweis mehr dafür, daß eben diejenigen das Sagen haben, die etwas sagen und etwas klar sagen und oft auch etwas tun.

Ich möchte hoffen, es bleibt dabei!

Der Landesausschuß Bozen  
sucht ab sofort einen

## Juristen oder Staatswissenschaftler

für die Abteilung  
Sport/Fremdenverkehr.

Anfragen an Herrn Dr. Walter Mayer,  
Landhaus Bozen,  
Telefon 26 222.

MAYR Siegfried, Lana	Promotion zum Doktor der Sprach- und Literaturwissenschaften an der Universität Venedig. Dissertationsthema: „Die Technisierung des Lebens in einigen Romanen Alfred Döbbins zwischen 1918 und 1926“.
MAYR-WEIS Wally, Bozen	Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die Geologie des Gebietes östlich des Eisacktales zwischen dem äußeren Vinschgau und dem äußeren Grödenal“.
MIRIBUNG Peol, St. Vigil/E.	Promotion zum Doktor der Philosophie (Psychologie) an der Universität Salzburg. Dissertationsthema: „Formen des Liebesverlustes als ätiologische Faktoren des Selbstmordversuchs“.
MORANDELL Herbert, Bozen	Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Bauwesen) an der Technischen Hochschule Graz.
MORESCO Walter, Bozen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
MURR Florian, Penas	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Das Sarntal: Bevölkerung, Siedlung, Landschaft, Wirtschaft“.
NÖSSING Ludwig, Seis	Promotion zum Doktor der Philosophie (Geologie) an der Universität Graz.
OBERSHAMMER Peter, Toblach	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. Dissertationsthema: „Das Südtirolproblem vor der UNO“.
OBER Anton, Bozen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.
OBERLECHNER Anton, Mühlwald	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
OBERLECHNER Franz, Mühlwald	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Mailand. Dissertationsthema: „Nietzsches Einfluß auf William Butler Yeats“.
OBRIST Maria, Kaltern	Promotion zum Doktor der Neuphilologie an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Der Expressionismus in Österreich“.
PICHLER Alois, Schlanders	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Die Problematik des ‚Armen Spielmann‘ von Grillparzer“.
PLANGGER Eva, Bozen	Promotion zum Doktor der Philosophie (Germanistik) an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Die Haltung der Literatur im 13. Jahrhundert zur volkssprachlichen Literatur in Deutschland“.
POHL Rudolf, Scheana	Promotion zum Doktor der Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana Rom. Dissertationsthema: „Der Missionar zwischen Ordensleben und missionarischem Auftrag. Untersuchung zur missionarischen Zielvorstellung und spirituellen Pluriformität in der Gesellschaft des Göttlichen Wortes“.
RÖSSLER Josef Hermann, Bozen	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Problemi e prospettive dei rapporti fra Bund e Länder nella Repubblica Federale Tedesca“.
SCHULLIAN Werner, Kaltern	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
SCHWIENBACHER Roland, Lana	Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Wirtschaftsingenieurwesen/Maschinenbau) an der Technischen Hochschule Graz.
SILBERNAGL Paul, Kastelruth	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Der untaugliche Versuch“.
SILLER Max, Sterzing	Promotion zum Doktor der Philosophie (Germanistik) an der Universität Innsbruck.
SOLVA Martin, Kaltern	Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Innsbruck.
TROYER Ernst, Sterzing	Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Elektrotechnik) an der Technischen Hochschule Graz.
UNTERHINER Josef, Layen/Ried	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
UNTERWEGGER Hans, Algund	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck.
VERTLER Frich, Toblach	Promotion zum Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Die Automation der administrativen und buchhalterischen Verfahren der Autonomen Provinz Bozen“.
ZAMBONI Luciano, Meran	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
ZINGERLE Hermann, Bruneck	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.

---

# skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

---

39100 Bozen  
Waltherhaus

---

Herausgeber und Verwaltung:  
Südtiroler Hochschülerschaft,  
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

---

Redaktion: SEPP KUSSTATSCHER  
Verantwortlich im Sinne des Pressgesetzes: WALTER FILL

---

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

---

Skolast, 4-6 Hefte im Jahr      Einzelpreis Lire 300  
Abonnement: Italien Lire 1500  
                 Österreich öS 70  
                 Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto Nr. 89-64377

Deutschland: Bayerische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

---

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni 1956

Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.

---